Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 9. März 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 57

Kriegstagung des Völkerbundes

Halle, 9. März.

Chamberlain hat vor der internationalen Pressekanaille gestern eine Rede gehalten, die neben den üblichen Friedensphrasen eine neue Hetze gegen die Sowjetunion enthielt. Auf die Frage nach dem gegenwärtigen Stand der englisch-russischen Beziehungen erwiderte der englische Außenminister: „Diese sind sehr schlecht. Das kann auch nicht anders sein, wenn es sich um eine Regierung handelt, die mit einer anderen diplomatische Beziehungen unterhält und gleichzeitig eine Politik offener Feindseligkeit gegenüber der anderen Regierung verfolgt."

Das oberste Ziel des englischen Imperialismus ist die Herstellung einer einheitlichen Front der bürgerlichen Staaten gegen die Sowjetunion. Dieses Ziel zu erreichen ist nicht leicht, denn die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Randstaaten, zwischen Deutschland und Polen, zwischen England und Frankreich, Frankreich und Italien lassen sich nicht ohne weiteres überbrücken. Seit Jahr und Tag laboriert der britische Imperialismus daran, diese Einheitsfront herzustellen. In Genf wird der Versuch gemacht, durch ein großzügiges diplomatisches Manöver Deutschland in die Antisowjetfront endgültig und festlos einzugliedern. Dieser Versuch wird durch drei nebeneinander herlaufende Aktionen unterstützt:

1. Gewinnung Mussolinis für den Krieg gegen die Sowjetunion. Die heute eingetroffenen Nachrichten besagen, daß Italien den sogenannten bessarabischen Vertrag ratifiziert. Was bedeutet dies? Im Jahre 1921 haben England, Frankreich, Italien und Japan mit Rumänien ein Abkommen getroffen, das dem imperialistischen Vasallenstaat Rumänien den Besitz von Bearabien garantiert. Dieser Raubvertrag, gegen den die Sowjetregierung den schärfsten Protest erhoben hat, wurde bis jetzt von Italien und Japan nicht ratifiziert, d. h. der Vertrag wurde von diesen beiden Mächten nicht endgültig anerkannt. Wenn nun Mussolini gerade auf der Genfer Tagung den Beschluß der Ratifizierung mitteilen läßt, so bedeutet dies einen weiteren demonstrativen Schritt zur Einkreisung der Sowjetunion. Gleichzeitig wird damit auf Deutschland ein Druck ausgeübt, um alle Vorbehalte aufzugeben, und den geplanten Feldzug gegen die proletarische Republik nicht nur durch wohlwollende Neutralität, sondern durch aktive Teilnahme zu unterstützen. Es ist noch nicht klar, welchen Preis Mussolini für seine Dienste erhalten hat. Jedenfalls wird er nicht umsonst die Pläne Chamberlains durch die Ratifizierung des Raubvertrages gefördert haben.

2. Gewinnung Frankreichs für die Kriegsfront. Die bürgerliche Presse Englands stellt mit großer Genugtuung fest, daß die französische Regierung sich dem englischen Standpunkt in der Frage der Beziehungen zu Sowjet-Rußland bedeutend genähert habe. Diese Wendung in der französischen Außenpolitik wird darauf zurückgeführt, daß der Sieg der nationalen Revolution in China in Frankreich Unruhe und Bestürzung hervorgerufen habe. Die französischen Imperialisten befürchten, daß die revolutionäre Bewegung auf die französischen Kolonien in Hinderindien übergreifen könnte, und schwenken in die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland ein.

3. Polnisch-litauische Annäherung. Die englischen Geschäftsträger in Riga und Polen entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um das größte Hindernis einer Einheitsfront der Randstaaten, den polnisch-litauischen Gegensatz, zu beseitigen. Man spricht von einer finanziellen „Hilfe" in der Form einer Anleihe an Litauen. Der Zweck dieser Anleihe soll darin bestehen, Litauen zur Aufgabe seiner Ansprüche auf Wilna zu bewegen. Der Besitz von Wilna ist ein Lebensinteresse für Litauen und darum fällt es den gegenwärtigen faschistischen Machthabern nicht leicht, den Raub Wilnas durch Polen ein für alle Mal hinzunehmen. Aber auch hier zeigt es sich, daß die Faschisten überall bereit sind, berechtigte nationale Ansprüche gegen Geld preiszugeben. Neben der Korruption spielen die Versprechungen auf eine Vergrößerung Litauens, die auf Kosten Sowjet-Rußlands erfolgen soll, eine Rolle in den jetzigen Verhandlungen.

Diese drei Aktionen zeichnen die Linie vor, für die der englische Imperialismus Deutschland gewinnen will. Teils werden Deutschland „anfeuernde Beispiele" vorgehalten, teils wird ein Druck auf Stresemann ausgeübt. Dabei spielt auch die zweite Internationale eine ungeheuer wichtige Rolle. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß Chamberlain, der königliche sozialdemokratische Minister Vandervelde und Stresemann gestern eine Sonderbesprechung abhielten.

Die Genfer Völkerbundstagung enthüllt sich immer deutlicher als eine Kriegstagung, deren wichtigster Tagesordnungspunkt Deutschlands Bearbeitung ist. Es wird hier Politik auf lange Sicht gemacht. Der Krieg gegen die Sowjetunion kann nicht in zwei Wochen, auch nicht in zwei Monaten geführt werden. Damit ändert sich aber in bezug auf die Wichtigkeit der in Genf gefaßten Beschlüsse nichts. Die Gegenaktion des deutschen Proletariats darf nicht um eine Minute verschoben werden. Wenn die Gegenaktion des Proletariats nur in dem Moment einsetzen würde, wo nach allen getroffenen Vorbereitungen der Feldzug der imperialistischen Räuber gegen die sozialistische Republik beginnt, so würde sie zu spät kommen. Ein neuer 4. August 1914 soll aber verhindert werden! Das ist möglich, wenn das deutsche Proletariat über den Sinn aller Tagesvorgänge aufgeklärt wird.

Es hat nicht viel Zeit zu verlieren!

Kriegsplan gegen die Sowjetunion

Mussolinien gliedert sich in die Front gegen die Sowjetunion ein Deutschland soll auch marschieren!

Bessarabien als rumänisches Staatsgebiet von Italien offiziell anerkannt

Genf, 8. März.

Im Völkerbundsrat teilte heute vormittag der italienische Ratsvertreter Scialoja mit, daß Italien soeben den Vertrag von 1921, betreffend die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien, ratifiziert habe. Zur Inkrafttretung des Vertrages fehlt jetzt, nachdem der Vertrag bereits früher von Frankeich und England atifiziert wurde, nur noch die Ratifizierung durch Japan. Die Ratifizierung durch Italien dürfte zweifellos auf englische Intrigen zurückzuführen sein und ein wichtiges Glied in der Einkreisungspolitik England gegen die Sowjetunion bilden.

Die leidlichen außenpolitischen Beziehungen zwischen Rußland und Italien basierten in der Hauptsache darauf, daß Italien als Spitze gegen Frankreich das unzweifelhaft rein russische Bessarabien bisher nicht als rumänisches Staatsgebiet anerkannt hatte. Wenn jetzt Italien sich in dieser Beziehung entgegen seiner früheren Stellungnahme festgelegt hat, so bedeutet das eine ausgesprochen feindliche Geste gegen Sowjet-Rußland und zeigt, daß der englische Antisowjetblock immer stärker im Werden begriffen ist.

*

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. März.

Die „DAZ." meldet aus Riga, daß die „Iswestija" imstande ist, einen weitreichenden, von den britischen Behörden ausgearbeiteten Plan mitzuteilen, der Osteuropa neu verteilen und die deutsch-polnischen Beziehungen regulieren soll. Nach diesem Plan soll Polen den Korridor und Danzig aufgeben und sich mit einer Revision der schlesischen Grenze einverstanden erklären. Dafür soll Polen Aktionsfreiheit in Litauen und Memel erhalten. Dieser Plan wird auch bereits in der Presse der Randstaaten behandelt und die „Iswestija" fügt noch Einzelheiten hinzu. So soll Polen das Gebiet am rechten Ufer des Dnjepr, einschließlich Odessa, erhalten. Ein neuer unabhängiger Staat soll am linken Ufer des Dnjepr unter Einschluß des Don-Gebietes unter gemeinsamem polnisch-deutschen Protektorat errichtet werden.

Für diesen territorialen Vorteil müsse Deutschland Polen militärische Hilfe gegen Sowjet-Rußland leisten.

Dieses englische Programm soll in den Kreisen Pilsudskis günstige Aufnahme gefunden haben. Trotz der Dementis Chamberlains bemühe er sich mit großer Energie, eine antisowjetrussische Front herzustellen. In Genf verspreche er Polen und Frankreich Vorteile auf Kosten Deutschlands und Deutschland Vorteile auf Kosten Polens und Frankreichs. Der englische Gesandte in Riga, der gleichzeitig in Litauen und Estland akkrediert ist, habe bei seinem kurzen Besuch in Kowno zur Bildung eines antisowjetrussischen Blocks der baltischen Staaten aufgefordert.

Chamberlain-Vandervelde-Stresemann

(WTB.) Genf, 8 März.

Reichsminister Dr. Stresemann empfing heute nachmittag nacheinander den Besuch Vandervoldes und Chamberlains. Dieser verweilte 1½ Stunden bei Dr. Stresemann. Die für heute nachmittag beabsichtigte Besprechung mit Briand wurde auf morgen verschoben. Außerdem wird Reichsminister Dr. Stresemann morgen eine Besprechung mit dem polnischen Minister des Aeußern haben.

10000 Steingutarbeiter vor der Aussperrung

(Eig. Meld.) Wittenberg, 8. März.

In Wittenberg wurde in der vorigen Woche von der Arbeiterschaft der keramischen Industrie folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die sehr stark besuchte Versammlung der beiden Wittenberger Steingutfabriken nimmt Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der zentralen Verhandlungen in Leipzig. Die Versammelten sprechen der Verhandlungskommission das Vertrauen aus und sind mit den Ausführungen und Vorschlägen des Kollegen Feustel einverstanden. Der Kollege Feustel wird beauftragt, den beiden hiesigen Firmen folgende Forderungen zu unterbreiten:

Da wir uns in einem tariflosen Zustande befinden und die Lebenslage der Arbeiterschaft sich von Tag zu Tag immer mehr verschlechtert, verlangen wir auf Grund des ablehnenden Standpunktes der Arbeitgeber bei den zentralen Verhandlungen folgendes:

1. **Sämtliche Lohnsätze werden ab 1. Februar um 25 Prozent erhöht.**
2. **In der Frage des Manteltarifes gelten die zentralen Forderungen.**
3. **Diese örtlichen Forderungen haben nur solange Gültigkeit, bis die zentralen Forderungen, hinter welchen die Versammelten nach wie vor stehen, ihre Erledigung gefunden haben.**

Sollten diese bescheidenen Forderungen einen ablehnenden Bescheid erhalten, so sind die Versammelten bereit, dieselben mit allen gesetzlichen Mitteln durchzusetzen. Da nur eine geschlossene Arbeiterschaft in der Lage ist, ihre Lebenslage zu verbessern, verpflichten sich die Anwesenden, der Organisation beizutreten und die Nichtanwesenden auch dazu aufzufordern. — Die gewählte Kommission."

Als Antwort verfügten daraufhin die Unternehmer die Aussperrung der Belegschaften zum 26. März.

Streikbeschluß der Belegschaften in Kahla, Blankenhain, Greußen

Am 5. März hat auch die **Kahlaer Porzellanarbeiterschaft** mit 600 gegen 12 Stimmen den Streik beschlossen, da die Direktion der Kahlaer Werke jedes Entgegenkommen ablehnte. Nach einer Kündigungsfrist von 14 Tagen treten in Kahla 18000 Porzellan-Arbeiter in den Streik.

Von der Belegschaft der Porzellanfabrik E. Gartsen in **Blankenhain** wurde mit 208 gegen 13 Stimmen der Streik beschlossen. — Des weiteren hat die Belegschaft der Porzellan-Fabrik Karstens in **Greußen** zum Lohn- und Manteltarif Stellung genommen und ultimative Forderungen eingereicht. Bei Ablehnung dieser Forderungen ist mit der sofortigen Aufnahme des Streiks auch für diesen Betrieb auf Grund einer bereits dementsprechend gefaßten Entschließung zu rechnen. Einstimmig wurde beschlossen, **keine einzige Ueberstunde mehr zu machen, auch nicht, wenn dafür 50 Prozent Zuschlag gezahlt wird.**

*

Im Februar fanden in Leipzig Tarifverhandlungen der feinkeramischen Industrie statt. Der Keramische Bund hatte folgende Forderungen aufgestellt:

Neue Lohntafel mit 80 Pf. Mindeststundenlohnsatz für Facharbeiter über 21 Jahre — Frauenlöhne nicht unter 75 Prozent des Männerlohnes. Mindestens 20 Prozent Akkordlohnerhöhung. Ueberstundenverbot, solange Kurzarbeit und Entlassungen vorgenommen werden.

Die Unternehmer verlangten demgegenüber Lohnabbau und Beibehaltung der bestehenden Arbeitszeit für das ganze Jahr 1927, Fortfall des Ueberstundenzuschlags für die 49. bis 54. Stunde, Verschlechterung in der Urlaubsfrage u. a. m.

Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Am 9. Februar tagte ein Schiedsgericht, das nach mehreren Tagen weiterer ergebnisloser Auseinandersetzungen schließlich am 17. Februar die Vertreter des Keramischen Bundes zur Abreise veranlaßte.

Die Steingutarbeiter von Annaburg und vielen anderen Orten haben von der Verbandsleitung entschiedenen Kampf für die aufgestellten Forderungen verlangt und den Streik beschlossen. Die Unternehmer, die sich ihr scharfmacherisches Vorgehen leisten zu können glauben, haben ihrerseits **für den 26. März die Aussperrung der Belegschaften angekündigt**, so daß etwa 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen dann im Kampfe stehen.

Die Arbeiterschaft der keramischen Industrie hat seit 1925 keine Lohnaufbesserung erhalten, obwohl eine gute Konjunktur in der Industrie herrscht. Es gilt, jetzt endlich dem willkürlichen Treiben der Unternehmer Einhalt zu gebieten und der übrigen Arbeiterschaft das Beispiel zu geben, was eine geschlossene Kampffestfront der Arbeiter vermag.

Insbesondere an die **Erwerbslosen** wird der Appell gerichtet: Unterstützt die Steingutarbeiter in ihrem Kampf für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, der auch Euren Interessen entspricht!

Arbeiter und Arbeiterinnen der Steingutbranche! Besinnt Euch, denn es ist festgestellt, daß Ihr die niedrigsten Löhne am Orte habt. Auf die Provokation des Arbeitgeberverbandes gibt es nur eine Antwort: **Hinein in die Organisation, den Fabrikarbeiterverband! Es lebe der Zusammenschluß zum Keramischen Bund!**

Das Gebot der Stunde sei für uns: Einigkeit macht stark, nur die Geschlossenheit der Organisation kann uns eine Verbesserung der Lebenslage bringen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0001

Die deutschen Länder verschlechtern das Arbeitsgerichtsgesetz

Das Arbeitsgerichtsgesetz, wie es vom Reichstag angenommen wurde, stellt eine schwere Benachteiligung des arbeitenden Volkes dar. Nunmehr, wo die Vorbereitungsarbeiten für seine praktische Durchführung im Gange sind, zeigen sich deutsche Bestrebungen das ohnehin schon für die Arbeiter so ungünstige Gesetz in der Praxis für die Ausgebeuteten noch ungünstiger zu gestalten. Der AfA.-Bund teilt mit, daß verschiedene Länderregierungen, besonders Bayern, Baden und Württemberg, in ihren Plänen für die Errichtung der Arbeitsgerichte „ganz schematisch die Orte der vorhandenen Amtsgerichte auch zum Sitze der Arbeitsgerichte bestimmen", und zwar auch dort, wo auf Grund der wirtschaftlichen Struktur und der tatsächlichen Bedürfnisse ganz andere Arbeitsgerichtssitze erforderlich wären. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Einteilung deshalb so getroffen wird, damit überall schematisch die Amtsrichter nebenamtlich zu Vorsitzenden der Arbeitsgerichte bestimmt werden. Auf diese Weise würde die von den Unternehmern geforderte und von der Arbeiterschaft abgelehnte enge Verbindung zwischen den ordentlichen Gerichten und den Arbeitsgerichten auf einem Umwege gewissermaßen „hinter dem Rücken des Gesetzes" durch die einzelnen Länder doch hergestellt werden.

Diese Entwicklung bedeutet eine schwere Gefährdung der Arbeiterinteressen. Welches Schicksal die Arbeiter und Angestellten von der deutschen Justiz zu gewärtigen haben, bedarf keiner Erörterung. Es ist zu befürchten, daß die ohnehin schon arbeiterfeindliche Rechtsprechung der Arbeitsgerichte in bedeutendem Maße zugunsten der Unternehmer verschärft würde. Die enge Verbindung zwischen Ordentlichem und Arbeitsgericht, die sich hier durch die einzelnen Länderregierungen anbahnt, ist als erster Schritt zu einer weiteren Liquidierung des Arbeitsgerichtswesens zu betrachten, einer Liquidierung, deren Folgen für die Arbeiter und Angestellten gar nicht auszudenken sind. Gegen diese Gefahren muß die Arbeiterschaft mit aller Energie ankämpfen, insbesondere durch die Gewerkschaften.

Keine Zurückziehung des Arbeitszeitnotgesetzes

(WTB.) Berlin, 8. März.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, liegt für die Regierung kein Anlaß vor, den Gesetzentwurf über das Arbeitszeitnotgesetz zurückzuziehen. Morgen vormittag werden sich die Reichsratsausschüsse und der interfraktionelle Ausschuß damit beschäftigen.

Wenski ausgeschlossen!

Wie das „Ruhr-Echo" erfährt, wurde der sozialdemokratische Arbeiter Wenski, der im Auftrage der 32 Unterzeichner des Offenen Briefes sozialdemokratischer Arbeiter auf dem Essener Parteitag der KPD. am Freitag gesprochen hat, bereits am Sonnabend aus der SPD. ausgeschlossen.

Erst hat die SPD.-Presse geleugnet, daß ein Mitglied der SPD. auf dem Parteitag der KPD. gesprochen hat. Jetzt wird Wenski ausgeschlossen. Die oppositionellen SPD.-Arbeiter werden dadurch nicht mehr eingeschüchtert.

Wieder eine SAJ.-Gruppe ausgetreten

Als Protest gegen den Ausschluß der oppositionellen Funktionäre trat die Abteilung Helmholtzplatz geschlossen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend aus.

Die Gruppe Helmholtzplatz zählt damit den SAJ.-Gruppen Neukölln I, Neukölln III, Nordost I, Lichtenberg-Nord und Wilmersdorf, die ebenfalls vor einigen Tagen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend, zum Protest gegen den Ausschluß der oppositionellen Funktionäre, geschlossen austraten. Die Künstler und Fechenbach, die Eingeweihten der Ausschlüsse der Herausgeber des oppositionellen Rundbriefes, haben in ihrer Ausschlußwut nur den gegenteiligen Erfolg gehabt: die Bildung der schärfsten Opposition gegen die klassenkampffeindliche antiproletarische Leitung der SAJ.

Ein schwerer politischer Fehler wäre es, wenn die sechs ausgetretenen Gruppen eine neue Splitterorganisation bilden würden. Eine wirkliche Politik und Arbeit im Sinne des revolutionären Klassenkampfes ist nur möglich durch die Einreihung in die Front **des Kommunistischen Jugendverbandes, des revolutionären Führers** des Jungproletariats. Die jüngsten Erfahrungen in der SAJ. dürften den ausgetretenen Jugendgenossen und Jugendgenossinnen jede Illusion geraubt haben, daß ein anderer Weg möglich ist.

Wiederwahl der früheren Regierung in Mecklenburg

Schwerin, 8. März.

Im Mecklenburger Landtag wurde heute der bisherige Ministerpräsident Schröder (Soz.) mit 25 Stimmen wiedergewählt gegen 24 Stimmen, die auf den früheren Ministerpräsidenten v. Brandenstein entfielen. Für die Wahl Schröders stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, für die Wahl v. Brandensteins die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, Deutschvölkische und die Wirtschaftspartei.

Weiter wurde der bisherige sozialdemokratische Finanzminister Asch in der Stichwahl mit 25 Stimmen wiedergewählt und sodann nach ergebnislos verlaufener Stichwahl der bisherige demokratische Kultusminister Möller durch das Los zum Minister bestimmt.

Somit ist das bisherige sozialdemokratisch-demokratische Ministerium Schröder-Asch-Möller wiedergewählt.

Auf der Tagesordnung der nächsten, am 23. März, stattfindenden Landtagssitzung steht u. a. der Antrag der Kommunisten auf Auflösung des Landtages, sowie der Haushaltplan.

*

Wir werden sowohl auf den Sturz der mecklenburgischen Regierung, wie auf die Wiederwahl der alten Regierung und die durchaus falsche Stellung der Kommunisten im mecklenburgischen Landtag zu beiden Fragen in den nächsten Tagen zurückkommen.

Die Krautjunker präsentieren der Bürgerblockregierung ihre Forderungen

Berlin, 9. März.

In der Reichskanzlei erschienen gestern die Vertreter der Großagrarier, das Präsidium des Reichslandbundes, um in Gegenwart des Reichswirtschafts-, des Reichsernährungs- und des Reichsjustizministers sowie Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums dem Reichskanzler ihre Forderungen vorzutragen. Es handelte sich in der Hauptsache um handelspolitische Steuer- und Kreditfragen, und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Junker höhere Zölle, höhere Preise, geringere Steuern und mehr Kredit forderten.

Oppositioneller Gewerkschaftssieg in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. März.

Bei der am 6. März dieses Jahres für das Jahr 1927 stattgefundenen Vorstandswahl des Zimmererverbandes (Urwahlen) wurde der bisherige aus Kommunisten bestehende Vorstand mit 76 Prozent aller abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die sozialdemokratischen Kandidaten konnten nur 24 Prozent auf sich vereinigen.

Lohnkämpfe im ganzen Reiche

Weitere Tarifkündigungen in der Chemieindustrie

Essen. Wie bekannt wird, haben die Gewerkschaften den Lohntarif im Wirtschaftsgebiet B der chemischen Industrie (Sauerland-Siegerland) zum 31. März gekündigt.

Im Wirtschaftsgebiet C (Bezirk Bielefeld) ist die Kündigung des Lohnabkommens schon vor einigen Wochen bis Ende Februar erfolgt. Diese Tatsache wurde von den Reformisten selbst der Arbeiterpresse gegenüber verschwiegen.

*

Die hallische Chemiearbeiter-Konferenz vom 6. März hat, wie bereits berichtet, für Ende März die Lohnkündigung beschlossen. Die Chemiearbeiter müssen beachten, daß am 31. März auch die Kündigungsfrist für den Arbeitszeitvertrag abläuft, der dann noch eine Gültigkeitsdauer bis zum 30. Juni d. J. besitzt. Schon am 31. Dezember war einmal die Kündigungsfrist abgelaufen. Hinter dem Rücken der Arbeiter haben aber die Gewerkschaftsinstanzen diesen bestehenden Arbeitszeitvertrag verlängert. Zu gleicher Zeit aber haben sie für die Wiederherstellung des Achtstundentages große Reden gehalten.

Damit nicht noch einmal ein solches Doppelspiel zwischen Worten und Taten der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen möglich ist, müssen heute schon die Verbandsmitglieder und die gesamte Chemiearbeiterschaft mit verstärktem Nachdruck auf der Kündigung des Arbeitszeitabkommens bestehen.

Schon bei der gegenwärtigen Lohnbewegung in der chemischen Industrie haben die Arbeiter immer und immer wieder die Forderung der Kündigung des Arbeitszeitvertrages und die Wiedereinführung des Achtstundentages gestellt. Die Verbandsinstanzen lehnten die Aufnahme dieser Forderung mit der Begründung ab, man wolle erst sehen, was der Arbeitszeitnot-Gesetzentwurf der Reichsregierung bringt. Mit einer solchen Einstellung der Gewerkschaftsinstanzen dürfen sich die Chemiearbeiter nicht abfinden.

Die hallischen Eisenbahner für Kampf

Am 4. März fand in Halle eine Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner statt, in der u. a. einstimmig folgender, aus der Mitte der Versammlung, vom Kollegen K. eingereichter Antrag angenommen wurde:

„Die am 4. März im „Volkspark" zu Halle (Saale) tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes der Eisenbahner unterstützt das Vorgehen der Eisenbahner-Gewerkschaften, die §§ 3, 4, 5 und 11 des TAV. zu kündigen.

Die heutige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes verlangt vom Vorstand, unverzüglich Schritte einzuleiten für folgende Forderungen:

1. Streichung des Nachsatzes im § 3 Abs. 1 (besondere Vereinbarungen) und endliche Schaffung des Achtstundentages, damit dem Abbauelend der Reichsbahnverwaltung ein Ende bereitet wird.

2. Reduzierung der Lohngruppen, Anpassung des Lohnes an den Lebensindex.

3. Einreihung von Halle in „teure Städte" bei Verhandlungen über Ortslohnzulagen.

4. Endgültige Beseitigung des § 11 in seiner jetzigen Form, um die Kollegen der Willkür der Verwaltung zu entziehen.

5. Restlose Beseitigung der unhaltbaren Dienstbauernvorschriften.

Die Mitglieder erwarten vom Vorstand, daß er alle Kraft einsetzt, die berechtigten Forderungen zu unterstützen und zu vertreten. Das Ansehen und die Stärke der Organisation hängt von den Leistungen derselben gegenüber seinen Mitgliedern ab.

(Bericht über die Versammlung folgt in der Freitag-Nummer.)

Kampfentschlossene Solinger Arbeiter erzwingen Lohnerhöhung

(WTB.) Barmen, 8. März.

Der staatliche Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Beigeordneten Bragard-Barmen, hat am Sonnabend in der Solinger Metallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der wesentlich über den ersten nicht anerkannten Schiedsspruch hinausgeht. Unter Verschiebung der Altersgruppen werden die Löhne der Facharbeiter um 8,2 bis 12 Prozent, teilweise bis 20 Prozent, erhöht.

Die Löhne der Akkordarbeiter sollen um fünf Prozent erhöht werden, ebenso die übertariflich gezahlten Löhne.

*

Dieser Schiedsspruch ist nur unter dem Drucke der ernstlich den Kampf organisierenden Solinger Metallarbeiterschaft zustande gekommen. Verschiedene Belegschaften, so bei der Firma Kieserling & Albrecht, hatten am 4. März die Arbeit niedergelegt.

Das Beispiel zeigt, daß Geschlossenheit und Machtbewußtsein der Arbeiterschaft allein der Weg sind, der dem immer schärferen Treiben der Unternehmer einen Damm entgegensetzen kann.

Hohnschiedsspruch in der Metallindustrie Nordwest

Osnabrück. (Eig. Meldg.) Am 4. März wurde vom Schlichtungsausschuß über das abgelaufene Arbeitszeitabkommen ein Schiedsspruch gefällt, der die Verlängerung der Arbeitszeit in den durchgehenden Betrieben auf 59 Stunden und in den anderen Betrieben 56 Stunden pro Woche vorsieht. Für die Feuerarbeiter bedeutet dieser Zehnstundentag der Metallarbeiter die Beibehaltung einer täglich zwölfstündigen Arbeitszeit, unter Einlegung der notwendigsten Pausen. — Außerdem wurde ein Schiedsspruch in der Lohnfrage gefällt, der eine Erhöhung der Löhne um 8,3 Prog. (5 Pf.) für die Spitzenlöhne vorsieht.

Zu beiden Schiedssprüchen wird die Metallarbeiterschaft Stellung nehmen und über die Aufnahme des Kampfes gegen diese Verhöhnung entscheiden. Es ist damit zu rechnen, daß durch einmütige Ablehnung, besonders des Schiedsspruches über die Arbeitszeit, der Kampf für den Achtstundentag aufgenommen wird.

Die Inquisition triumphiert in Deutschland

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 9. März.

Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde am Dienstagabend in dem Hochverratsprozeß gegen den Buchhändler Genossen Herzer aus Jena vom Niedner-Senat des Reichsgerichts das Urteil verkündet. Die Justiz verurteilte Herzer wegen „Vorbereitung zum Hochverrat", die durch den Verkauf von freiheitlicher Literatur durch den Buchhändler begangen sein soll, zu zwei Jahren Festung und 200 Mark Geldstrafe. Die beschlagnahmten Schriften sollen zum Teil ganz vernichtet, zum Teil der Inhalt zerstückelt werden.

Die hallischen Buchdrucker protestieren gegen das Urteil im Leipziger Buchhändler-Prozeß

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 8. März wurde einstimmig ein scharfer Protest gegen das provokatorische Niedner-Urteil im Leipziger Buchhändler-Prozeß angenommen.

Ebenso wie von den Leipziger Buchdruckern wurde ferner Stellung genommen gegen die Provokationen der Unternehmer bei den letzten Tarifverhandlungen und eine energische Kampfesmobilisierung im Buchdruckerverband gefordert.

Die deutsche Justiz auf der Anklagebank

Hinter verschlossenen Türen begann gestern vor dem Disziplinarsenat in Naumburg die Disziplinarverhandlung gegen die Magdeburger Richter Kelling und Hoffmann. Es handelt sich um eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Justiz, das vor einigen Wochen die breiteste Oeffentlichkeit in Spannung hielt. Der Industrielle Haas wurde neben anderen Personen seinerzeit auf die bloße Beschuldigung des nunmehr begnadigten Mörders Schröder hin längere Zeit in Untersuchungshaft genommen und konnte aus den Klauen des Untersuchungsrichters erst nach Einschreiten preußischer Behörden und nach Aufzeigen eines beispiellosen Skandals befreit werden. Als Angeklagte vor dem Disziplinarsenat in Naumburg stehen heute nicht zwei Richter, sondern das gesamte Justizsystem in Deutschland. In Hunderten von Fällen, wo es sich um Proletarier handelte, ist die deutsche Gerichtspraxis bereits ähnlich vorgegangen, wie im Falle Haas. Daß dieser Fall größere Kreise zog, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Beschuldigte zur herrschenden Gesellschaftsschicht gehörte und sich geschulte Rechtsanwälte und Presseveröffentlichungen leisten konnte. Von deutschen Richtern soll nunmehr das deutsche Justizsystem überprüft werden. Ihre Objektivität und der Ausgang dieser Untersuchung wird die deutsche Arbeiterschaft nicht überraschen. Die Tatsache allein, daß man die Untersuchung hinter verschlossenen Türen führen will, zeigt bereits, daß man sich fürchtet, vor der breiten Oeffentlichkeit das Willkürregiment deutscher Untersuchungsrichter aufzuzeigen. Der Disziplinarsenat in Naumburg mag entscheiden, wie er will, die Arbeiterschaft wird bei der bevorstehenden Beratung einer deutschen Strafgesetzesreform sich davon nicht beeinflussen lassen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Beseitigung dieses Systems drängen.

Eine gewaltige Erdbebenkatastrophe in Japan

Ueber 1400 Menschen umgekommen

London, 8. März.

Aus Japan kommt die Meldung, daß neuerdings eine große Erdbebenkatastrophe die Gebiete um Osaka verwüstet hat. Zahlreiche Häuser und Brücken sind zusammengestürzt. Zahlreiche Städte des Erdbebengebietes stehen in Flammen. Mehrere Dörfer wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht. Auch aus Kobe, Tanima und Korea werden schwere Verluste an Menschenleben gemeldet.

In Hakas brach eine Spinnerei, in der Hunderte von Arbeiterinnen beschäftigt waren, zusammen und begrub eine größere Anzahl von jungen Mädchen unter den Trümmern der Fabrik. In Osaka war das Erdbeben so heftig, daß viele Gasanstalten in die Luft flogen. Koroi, eine Stadt mit einer Einwohnerzahl von 32 000 Menschen, steht in Brand und gleicht einer rasenden Hölle. Die Bevölkerung ist von einer ungeheuren Panik ergriffen.

Dazu meldet die „Vossische Zeitung":

Nach den letzten japanischen Meldungen sind durch das gestrige drei Minuten anhaltende Erdbeben — soweit bisher bekannt — 1402 Personen getötet und 728 verletzt worden. Fünf Städte wurden vollständig zerstört. Die Distrikte von Kobe und Osaka haben am meisten gelitten, weil dort durch ein infolge des Erdbebens ausgebrochenes Feuer großer Schaden angerichtet wurde.

In das zerstörte Gebiet sind Truppen, Kriegsschiffe und Hilfszüge entsandt worden. Nach dem Erdbeben haben außer dem Feuer auch noch Springfluten zu dem Zerstörungswerk beigetragen.

Schanghais Schicksal besiegelt

Immer stärkerer Zerfall der weißen Armeen — Die Kanton-Truppen rücken weiter vor

Berlin, 9. März.

Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht ein Interview mit dem Kanton-Stabschef, in dem es u. a. heißt, daß, wenn die Lage um Schanghai so weitergeht, **mit einer baldigen Besetzung der Stadt durch die Kanton-Truppen zu rechnen ist.** Die Untergenerale der einzelnen Machthaber schließen sich immer zahlreicher den Süd-Truppen an. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Schangtung-Truppen und den Leuten der Armee Sun hat sich **zerschlagen.** Man rechnet stündlich mit dem Fall Sunschaus, wodurch die Eisenbahnlinie Nanking—Schanghai unterbrochen würde. Weiter führte der betreffende General, der bereits als zukünftiger Stabschef von Schanghai bestimmt ist, aus: „Der Regen hält die beabsichtigte Operation etwas auf. Bei Sudschau bieten die Streitkräfte des Nordens bereits ihren Uebertritt an. Das nächste Ziel ist Nanking, dann die Provinz Anhui. Die Regierung wird ihren Sitz nach Nanking verlegen. **Der Außenminister kommt nach dem militärischen Erfolg nach Schanghai und wird über den Abtransport der englischen Expedition verhandeln."**

*

In Schanghai selbst wird eifrig Propaganda für einen neuen **Generalstreik** gemacht. Die Erregung der Arbeiterschaft in Schanghai ist äußerst groß über die Gewaltmaßnahmen der Konterrevolution, die in der schärfsten Unterdrückung der Arbeiterschaft zutage tritt.

Der Internationale Frauentag in Moskau

(Inprekorr.) Moskau, 7. März.

Das Fest des Internationalen Frauentages begann in Moskau am 7. März, abends. In diesem Jahre fiel der Frauentag mit den Wahlen im Moskauer Sowjet und mit der dreitägigen Kampagne für Mutter- und Kinderschutz zusammen. Die Arbeiterviertel sind außerordentlich belebt. Es ziehen Fackelzüge, Kundgebungen der Werktätigen vorüber, überall ertönt Musik, Arbeiterinnen fahren in Automobilen durch die Stadt. Die Arbeiterklubs sind überfüllt, die Versammlungen nehmen einen überaus regen Verlauf.

Vor dem Generalstreik der Textilarbeiter in Polen

Warschau, 8. März.

Die in Lodz führenden Gewerkschaften polnischer Textilarbeiter haben gestern abend an die Arbeiterschaft der anderen Gewerkschaften in Bielitz und Bialystok die Aufforderung ergehen lassen, sich mit den Lodzer Textilarbeitern solidarisch zu erklären und ebenfalls mit dem heutigen Tage in den Ausstand zu treten. Die Presse rechnet damit, daß nunmehr 180 000 Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

Wahl eines kommunistischen Bürgermeisters. In der letzten Stadtverordnetensitzung in Oelsnitz i. V. wurde durch Stichwahl mit 12 gegen 12 Stimmen der Genosse Otto Bachmann aus Berlin zum Bürgermeister gewählt auf Grund einer durch ihn vorher erfolgten Programmrede.

Russisch-polnischer Gefangenenaustausch. Nach Meldungen aus Moskau soll demnächst ein Austausch von 11 in Rußland verhafteten polnischen katholischen Pfarrern gegen eine Anzahl politischer Gefangener stattfinden, die sich wegen kommunistischer Betätigung in polnischen Gefängnissen befinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0002

Schlußwort des Gen. Thälmann

Genosse Thälmann weist die Angriffe der Opposition zurück

Dritte Sitzung des Parteitages.
Vormittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Genosse Remmele Kenntnis von einem Telegramm der amerikanischen „Workers Party", die den Parteitag begrüßt. Der Einheitsfront der deutschen Sozialdemokratie mit dem deutschen Kapitalismus durch die Amerikanisierung der Ausbeutung muß die revolutionäre Einheitsfront des deutschen und amerikanischen Proletariats entgegengestellt werden, um den deutschen und amerikanischen Kapitalismus zu zerstören. Der zweite Teil des Telegramms bringt uns leider eine traurige Nachricht. **Der Führer der Amerikanischen Partei, Genosse Rutenberg ist gestern gestorben.** (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen). Rutenberg stand bereits vor dem Kriege am linken Flügel der sozialistischen Bewegung und hat seither in seinem Kampfe jahrelange Gefängnisstrafen auf sich genommen; erst jetzt hatte ihn ein amerikanisches Klassengericht zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Wir werden in seinem Sinne unseren Kampf weiter führen.

Hierauf begrüßt der amerikanische Genosse Gomez und der belgische Genosse Marian den Parteitag. Weiter sind vom Zentralkomitee der KPSch. vom Jung-Spartakus-Bund, Begrüßungsschreiben eingegangen, die unter lebhaftem Beifall verlesen werden. Hierauf wird eine Protestentschließung der Delegation Erzgb.-Vogtl. zur Verhinderung des Ausschlusses des Konsumvereins Schwarzenberg und gegen die Spaltung der Genossenschaftsbewegung einstimmig angenommen.

Schlußwort des Gen. Thälmann

Grylewicz-Opposition ist parteifeindlich

Genossen und Genossinnen! Die Diskussion hat im allgemeinen gezeigt, daß die Partei seit dem Offenen Brief durch eine unermüdliche systematische revolutionäre Arbeit gewachsen ist. Der Ernst, mit dem die Genossen an die Probleme herangegangen sind, ist der Anfang einer guten Entwicklung der Partei. Wir haben am gestrigen Tage verhindert, daß ein Dokument der Maslow-Gruppe verbreitet wurde, das nicht nur durch sein tiefes Niveau, sondern auch durch seinen parteifeindlichen Charakter bezeichnend ist. In dem Mitteilungsblatt wird schon im voraus der Parteitag **denunziert.**

Politisch wird der der nichtssagende hohle, leerste und verlogenste Parteitag sein, den man sich denken kann, man wird dort die immer stärker und offener durchbrechenden Stimmungen und Ueberzeugung der verfaulten rechten Gewerkschaftsfunktionäre, Parteiangestellten usw. von der „Ueberflüssigkeit" der Kommunistischen Partei und „Bankerott" des Kommunismus durch „furchtbar" radikale Redensarten und vor Begeisterung starrende Gelöbnisse für Sowjet-Rußland verdecken. (Hohngelächter und lebhafte Zurufe.)

Das eine Zitat zeigt den ganzen Inhalt des Dokumentes und wir müssen an dieser Stelle sagen, daß wir nicht nur seine Verfasser, sondern auch seine Agenten, die diese Schmutzblätter zu verbreiten wagen, als Verräter brandmarken. (Lebhafte Zustimmung des ganzen Parteitages). Maslow und Ruth Fischer kann man bezeichnen als die Gründer eines neuen Reichslügenverbandes. (Lebhafte Zustimmung). Ich glaube, der Parteitag wird es billigen, wenn ich mich mit diesen Leuten, zu denen auch Schlecht, Grylewicz und Bartels gehören, nicht mehr auseinandersetze. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Kötters Konfusion und seine Beschuldigungen

Nun zu Kötter. Er sagt, wenn man die Lage des Weltkapitalismus charakterisieren will, kann man nicht wie Thälmann sagen, daß in einigen Teilen der Welt revolutionäre Situationen sind, während andere Teile stabilisiert seien. Die Konsequenz dieser Auffassung ist doch, daß wir uns in der ganzen Welt in einer akuten revolutionären Situation befänden. Dem widersprechen die Tatsachen, oder aber die Konsequenz wäre die Volksstabilisierung, also eine absolut opportunistische Stellung.

An anderen Stellen, wo Kötter über die Politik der Partei spricht, zeigt sich nicht nur Konfusion, sondern eine wirklich opportunistische Haltung. Z. B. beim Vergleich von Mecklenburg und Sachsen. In Mecklenburg vergißt Kötter erstens, wie scharf das ZK. die Fehler zurückgewiesen und daraus die Nutzanwendung für die Partei gezogen hat. In Sachsen dagegen sieht er nicht das Besondere der Lage. Dort ist eine linke Sozialdemokratie, deren Arbeiter die Partei zeigen mußte, daß wir bereit sind, eine sozialdemokratische Regierung **unter bestimmten Bedingungen** zu dulden. Wurde dadurch unsere bolschewistische Linie befleckt? Keineswegs. Wir konnten mit ruhigem Gewissen für den Sozialdemokraten stimmen. Denn mit der Abstimmung war keineswegs ein Versprechen verbunden auf die Duldung der Regierung, ohne daß diese unsere Bedingungen erfüllen würde. Kötter steht in Sachsen die gleiche Lage wie in Mecklenburg und er sieht in unserem ganz anderen Verhalten dort eine Uebereinstimmung mit dem Fehler, den unsere Genossen in Mecklenburg gemacht haben. Kötter hat uns weiter beschuldigt, daß wir gegenüber dem Faschismus nicht die richtige Kampfmethode anwenden und andere Kampfmethoden verlangt. Nun, über diese anderen Kampfmethoden werden wir hier nicht sprechen vor dem Parteitag. (Beifall.)

Weber hat das Vertrauen zur Partei verloren

Wie steht es mit Weber? Weber leugnet die relative Stabilisierung. Er und seine Gruppe sehen eine „beschleunigte Zersetzung" des Kapitalismus. Die Genossen begreifen nicht, daß eine vorübergehende Stabilisierung einfach nicht zu übersehen ist und daß trotzdem die Widersprüche des Kapitalismus sich verschärfen. Sie wollen nicht zugeben, daß gerade auf der Erweiterten Exekutive und in unserer Resolution überall der verschärfte Charakter der Krise des Kapitalismus aufs schärfste unterstrichen wird, der fieberhaften Methode von Konjunktur und Depression, die Massenausschaltung von Produktivkräften, die Riesenarbeitslosigkeit, die ungleichmäßige Entwicklung in den einzelnen Ländern usw. Darüber ist in der Diskussion unserer Partei ausführlich gesprochen worden. Aber wenn Weber in seiner Rede davon spricht, daß die Parteitagsdelegierten nur aus Disziplin und nicht aus Ueberzeugung die „widerspruchsvollen Thesen der Zentrale" schluckten, so zeigt das, daß er alles Vertrauen zur Partei verloren hat, zeigt seine falschen Gesichtspunkte, seine falschen Theorien. Praktische Vorschläge hat auch diese Opposition nicht gemacht.

Kötter erklärt, er will die Beschlüsse der Partei durchführen.

Schlecht sagt, was auch der Parteitag beschließen möge, er würde sich der Disziplin nicht unterwerfen. **Nun, ich glaube, der Parteitag wird sehr scharf aussprechen, daß die Diskussion jetzt abgeschlossen werden muß und daß die Opposition zu wählen hat zwischen der Partei und den Renegaten.** Die äußerst ernste Situation erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte für ihre ernsten Aufgaben.

Drei Hauptfragen

Zu einer Reihe von anderen Fragen:

In der Diskussion tauchten auch eine Reihe rechter Abweichungen auf. Vor allem in drei Hauptfragen, und zwar:

1. Unsere Stellung zur Sozialdemokratie;
2. verschiedene Fragen der Gewerkschaftsarbeit;
3. die Frage der Produktionskontrolle.

Böttcher hat Unrecht, zu erklären, der Imperialismus schaffe die Voraussetzung zur Bildung zentristischer Gruppen. Lenin hat das Gegenteil vertreten. Nach Lenin schafft gerade der Imperialismus die objektive Basis des Reformismus, er schafft die Arbeiter-Aristokratie. Und die linken sozialdemokratischen Führer spiegeln nicht richtig die Opposition der aus den Widersprüchen der sozialdemokratischen Politik entstehenden Opposition wider, sie versuchen im Gegenteil, diese Opposition für die SPD. aufzufangen und sie in der Fortentwicklung zur KPD. zu verhindern. Darum sind sie die Hauptfeinde in der Arbeiterbewegung.

Dazu kommt Böttchers falscher Vergleich der englischen Linken, Cooks usw., mit den deutschen „Küken". Dazu nur folgende Tatsachen. Die Linken in Sachsen schließen die Rußland-Delegierten aus. Cook aber war in Sowjetrußland und führt in den englischen Gewerkschaften eine Kampagne für Rußland. Die Linken in Deutschland sabotieren die Wirtschaftskämpfe auf der ganzen Linie. Cook, wenn auch mit verschiedenen Fehlern und starken Schwankungen, hat den englischen Bergarbeiterstreik bis zum letzten Augenblick unterstützt. Die Linken in Deutschland bekämpfen uns aufs schärfste. Erst gestern wieder hat die „Leipz. Volksztg." angekündigt, daß unser Parteitag ein zweites Heidelberg sein wird. In England aber geht Cook sehr weit mit den Kommunisten zusammen. Die Levi und Lipinski und Künstler kann man trotz aller Schwächen Cooks mit ihm nicht vergleichen. Böttcher schafft auch die Spaltung der SAJ. falsch ein.

Natürlich müssen wir trotzdem die Gegensätze in der SPD. ausnützen, ohne die Fehler von 1923 zu machen. Ich erinnere an Lenins Stellung zu den drei Strömungen in Rußland, den Menschewiki, den Trotzkisten und den sog. Versöhnlern. Gerade gegen letztere war er am unversöhnlichsten. Die letzte Resolution der linken SP. in Deutschland, angenommen auf dem Chemnitzer Bezirksparteitag zeigt, unter welchen scharfen Druck die Arbeiter die Linke gesetzt haben. In dieser Lage gilt es, mit allen Kräften die Linksbewegung zu fördern und solche Leute, wie Cook, wenn sie in Deutschland auftreten, zu unterstützen. Hätten wir einige, die ganze Kampfeslage würde sich in Deutschland verändern. Warum schließt die Linke und Rechte Rußlanddelegierte und Kodewedelegierte aus? Weil sie genau weiß, wie mit jedem Tage die Widersprüche ihrer Politik sich verschärfen und wie stark wir schon jetzt in der Massenbewegung verankert sind. Was wir zu lernen haben, das haben hier alle Delegierten sehr klar entwickelt, **die bessere organisatorische Auswertung unserer politischen Erfolge.**

Schlimmer, wie die Auffassung Böttchers, sind die von Beck. In der Zeit der kommenden Massenkämpfe dürfen solche Auffassungen nicht die Grundlage der Orientierung der KPD. sein. Unsere Sprache ist eine andere. Wenn Kämpfe im Proletariat ausbrechen und wenn sie selbst so lange dauern wie der englische Streik, dann müssen wir, wie es selbst Cook getan hat, die Proletarier auffordern, im Kampf auszuharren (Beifall), d. h. nicht, daß wir überall die Arbeiter bis zum Weißbluten treiben und unsere Besten opfern. Aber nur die Gewerkschaftsführer stellen die Theorie und die Praxis der Eindämmung von Bewegungen in den Vordergrund.

Viel schwieriger ist die Frage der Produktionskontrolle. Aber diese Losung ist keine zusammenfassende Losung für das gegenwärtige Stadium der Kämpfe, wir sind in keiner Kerenski-Periode, wo Lenin bekanntlich diese Forderung in den Vordergrund stellte. Heute, wo die reformistische Bürokratie die Massen mit den Losungen der „Wirtschaftsdemokratie" betrügt, wo sie Kartellgesetze und dergleichen fordert, würde die „Produktionskontrolle" nur sozialdemokratische Illusionen fördern. Unser Kampf gegen das Trustkapital ist in erster Linie der schärfste Kampf um Arbeitszeit und Arbeitslohn, der Kampf um die Industrieverbände usw. Was über die Produktionskontrolle in den Thesen gesagt ist, erhalten wir vollkommen aufrecht.

Damit genug über die strittigen Fragen.

Von dem englischen Genossen Stewart konnten wir gestern lernen, welch ungeheuren Einfluß auch eine kleine Partei in den Gewerkschaften, in den Massenkämpfen, im Kampf gegen die Kriegsgefahr für die Unterstützung der chinesischen Revolution und Sowjetrußlands gewinnen kann. Das gleiche gilt von der Lehre, die uns der zahlenmäßig schwache englische Jugendverband gibt. In der Diskussion hat sich gezeigt, daß die Frage der Kriegsgefahr als die Hauptgefahr, die die Partei zu bekämpfen hat, die Hauptfrage, überhaupt neben der Führung großer Lohnkämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung viel zu wenig behandelt wurde. Das kommt auch zum Ausdruck in der ungenügenden Aufrollung unseres Kampfes gegen das Zentrum als Partei der Bürgerblockregierung, das nur Genosse Maslowski einsehend behandelte, in der ungenügenden Aufmerksamkeit der Frauenfrage und der Jugendfrage, wie sie in unserer Partei noch vorhanden ist und auch in der Diskussion zum Ausdruck kam. Das kommt weiter zum Ausdruck in der ungenügenden Diskussion unseres Parteitages zur Reichsbannerfrage.

Ich selber habe den Fehler begangen, zu wenig hervorzuheben die Rolle der bayerischen Konterrevolution und die Gefahr ihres Einflusses auf die Reaktion im ganzen Reiche, die heute in Bayern die Legalität der Partei vernichtet hat, die wir unbedingt wieder erreichen müssen, und die von dort aus uns gefährlich überhaupt bedroht.

Schlußfolgerung

Die Schlußfolgerung: Wir müssen unsere politischen Erfolge besser ausnützen, das Verständnis der Partei für die Einheitsfronttaktik schärfer umrißt machen. Uns fehlt noch Konzentration der Arbeit und Organisationstechnik. Nur kollektivste Zusammenfassung in allen Zweigen der Arbeit schafft die Voraussetzungen unseres Vorwärtskommens. Einige Beispiele von gestern, das Auftreten des sozialdemokratischen Betriebsrates der Zeche Diergardt, eines Arbeiters, der 32 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung steht, dann wegen Solidarität mit den englischen Bergarbeitern ausgeschlossen wurde und jetzt auf unseren Parteitag kommt, das Beispiel des Auftretens der Delegierten der Staatsgrube Recklinghausen, eines Betriebes von 15 000 Arbeitern, das alles zeigt das Wachstum unserer Partei vom 10. bis zum 11. Parteitag und ich glaube, sagen zu können, daß der 11. Parteitag den ganzen Ernst der Situation verstanden hat und die Aufgaben richtig stellte, daß weiter die bis zu einem gewissen Grade unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten der Partei helfen werden, nach einer gründlichen und gesunden Diskussion richtige bolschewistische Arbeit zu machen. Wir sind noch nicht vollkommen. Aber wenn wir die Aufgaben noch nicht restlos erfüllen können, so wachsen wir doch und überall sind wir auf dem Vormarsch. So wird auch die Zeit kommen, wo unter der Führung unserer Partei die Arbeiterklasse zum Sieg schreiten wird. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Schlußwort Thälmanns wurden zunächst verschiedene Erklärungen abgegeben. Zunächst Gen. Tittel im Auftrage der Delegation Thüringens. In dieser Erklärung wird die demagogische Behandlung durch die Opposition zurückgewiesen, die Delegation stellt am Ausgang der Thüringer Wahlen fest, daß die Partei auch in Thüringen vorwärts gekommen ist, wenn auch nicht in gleichem Maße wie in Sachsen, wo die objektiven Verhältnisse anders liegen. Die Delegation erklärt, daß die Hauptursache des Zurückbleibens einiger Bezirke Thüringens noch in Nachwirkungen der ultra-linken Zeit zu suchen ist. Der Bezirk, der im Mai 1925 127 000 Stimmen erhalten hatte, war schließlich auf 76 000 zurückgegangen, während er jetzt wieder 113 000 Stimmen aufbringen konnte. Die Erklärung besagt auch, daß es nicht der Fehler der west-thüringischen Presse war, wenn die Fortschritte noch bescheidener sind als in anderen Bezirken und führt zum Beweis den Altenburger Bezirk an. In einer Erwiderung erklären die Genossen Dengel und Dietrich, daß das ZK. verschiedentlich in Thüringen die Arbeit kritisierte, sie bedauern den Mangel an Selbstkritik in der Erklärung.

Vom Genossen Beck wird folgende Erklärung abgegeben:

Ich bin genötigt, zu dem, was Ewert gestern zu meinen Ausführungen sagte, sowie auf die heutigen Pressederichte über meine Rede folgende Erklärung abzugeben:

„Ich bin, wie Genosse Ewert durchaus der Meinung, daß die Verbreiterung der Lohnkämpfe unbedingt richtig und notwendig ist. Ich wollte nur zeigen, daß eine mechanische Forderung auf Verbreiterung jedes Lohnkampfes unserer Parole die Schärfe und Wirksamkeit zu nehmen geeignet ist. Ebenso lehne ich es ab, die Wirtschaftsdemokratie, die die reformistischen Führer zur Täuschung der Massen jetzt propagieren, in die Forderung der Produktionskontrolle umzubiegen. Ich habe diese falsche Formulierung, wie aus dem Stenogramm meiner Rede hervorgeht, sofort sofort korrigiert. Es handelt sich für mich um eine Gegenüberstellung der reformistischen Losung der Wirtschaftsdemokratie durch die revolutionäre Losung der Produktionskontrolle. Also um keine Umbiegung der Losung."

Dann erklärt Kötter, daß Thälmann seine Stellung zu Mecklenburg falsch interpretiert habe.

Vertrauensvotum für das ZK.

Hierauf wird zum Bericht des ZK. folgende Entschließung von der Delegition Wasserkante und Halle-Merseburg eingebracht und angenommen:

Entschließung zum Bericht des Zentralkomitees

Der 11. Parteitag der KPD. spricht dem ZK. nach Entgegennahme des Berichts über die in der Berichtszeit geleistete Arbeit Vertrauen und Anerkennung aus.

Der Parteitag begrüßt insbesondere die im Bericht des ZK. geübte scharfe Selbstkritik, als die richtige leninistische Methode zur Herausbildung einer bolschewistischen Führung.

Der mit dem Ekki-Brief eingeleitete neue Kurs wurde vom ZK. gegen alle fraktionellen ultralinken Abweichungen und gegen opportunistische Tendenzen energisch und ohne Schwankungen durchgesetzt.

Die politischen Erfolge der unter einer festen Führung geleisteten Arbeit der Partei zeigten sich unmittelbar in den Gewerkschaften und Betrieben, in der Fürstenentsteignungsbewegung, im Verlauf des Kodewe, sowie bei verschiedenen Wahlen.

Die Mitgliederzahl der Partei wurde wieder gehoben, die finanzielle Gesundung der Partei in starkem Maße gefördert. Die Presse erlebte trotz der großen Arbeitslosigkeit einen neuen Aufschwung sowohl mit ihrer Auflage wie in ihrer Ausgestaltung.

Die Reorganisation der Partei, ihre Umstellung auf Betriebszellen wurde praktisch durchgeführt. Die Politisierung der Zellenarbeit hat bereits erfreuliche Fortschritte gemacht.

So ist es der Führung der Partei gelungen, im Kampfe gegen größte Schwierigkeiten und Hemmungen die Partei zu konsolidieren und mit neuem Leben zu erfüllen.

Die Konzentration der Kräfte, die das ZK. durchzuführen verstand, sichert der Partei den weiteren erfolgreichen Vormarsch.

Diese Entschließung wurde zunächst mit allen gegen die zehn Stimmen der Opposition unter großem Beifall des Parteitages angenommen. Hierbei enthalten sich zwölf Genossen der Stimme. Nach Rückfrage mit diesen Genossen wurden noch die beiden folgenden Erklärungen abgegeben:

Neun Genossen der Delegation des Bezirks Erzgebirge-Vogtland, die sich bei der Abstimmung über die Billigungsresolution zur Arbeit des ZK.'s der Stimme enthalten haben, erklären:

Durch die Verhinderung der Abgabe einer Erklärung durch das Präsidium über die Differenzen im Bezirk Erzgebirge-Vogtland sahen wir uns veranlaßt, uns der Stimme zu enthalten. Wir wollten mit dieser Stimmenthaltung kein Mißtrauen gegen die Politik des Zentralkomitees zum Ausdruck bringen, denn schon auf dem Bezirksparteitag in Chemnitz haben wir die Politik des Zentralkomitees gebilligt. Nach einer Rücksprache mit Vertretern des ZK. ziehen wir unser Stimmenthaltung zurück und stimmen für die Resolution. Die Differenzen in den Bezirksfragen sollen in einer besonderen Besprechung der Delegation mit dem ZK. geregelt werden

*

Die drei Genossen der Delegation des Ruhrgebiets haben sich bei der Abstimmung über die Billigungsresolution zur Politik des ZK. deshalb der Stimme enthalten, weil sie im Gegensatz zur Resolution der Auffassung sind, daß die Reorganisation der Partei praktisch noch nicht endgültig durchgeführt ist. Da diese Frage aber gegenüber der Gesamtpolitik des ZK. eine untergeordnete ist, ziehen wir unsere Stimmenthaltung zurück und stimmen für die Resolution.

Der Vorsitzende konnte feststellen, daß diese zwölf Genossen von Chemnitz und vom Ruhrgebiet jetzt ebenfalls ihre Stimme für das Vertrauensvotum des ZK. abgegeben haben. Diese Mitteilung wird vom Parteitag mit langanhaltendem Beifall quittiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0003

Nur bei der allein echten Jasmatzi-Zigarette hat der Raucher die Garantie

die berühmten alten Qualitätsmarken zu rauchen. Unsere beliebte Standard-Marke Jasmatzi Pteo ist der Ausdruck höchster Leistung, die auf jahrzehntelanger Erfahrung beruht.

Jasmatzi PTEO zu 5 Pfg.

Allein echt von der G. A. Jasmatzi A. G. Dresden.

„NORDSEE"

Weißenfels, Jüdenstraße 1, Ecke Kl. Kalandstr.
Telephon 1197

Wir verkaufen Mittwoch, Donnerstag, Freitag

billige Seefische

ff. blutfrischer Seelachs Pfd. **22** Pf.
ff. blutfrischer Goldbarsch Pfd.

Ferner:
Schellfisch, Kabeljau, Rotzungen u. Schollen
zu niedrigsten Preisen

ff. blutfrische grüne Heringe Pfd. **14 ₰**

*641 5 Pfund nur **65 ₰**

Chaiselongues
Sofas
Auflagen
Patentmatratzen *540
Keine Fabrikmarke
Reparaturen werden sauber und preiswert ausgeführt
Zahlungserleichterung
Otto Nottrodt
Weißenfels, Langendorfer Str. 6

Gewerkschaftshaus f. Weißenfels u. Umg., e. G. m. b. H.

Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause":

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1926
2. Genehmigung der Bilanz
3. Entlastung des Vorstandes
4. Neuwahlen a) Vorstand, b) Aufsichtsrat
5. Statutenänderung (§ 17)
6. Anträge 637

Anträge sind bis zum 13. d. M. bei Unterzeichnetem zu stellen. Zutritt haben nur Mitglieder

Z. A.: Franz Plöttner, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Bekanntmachung 633

Die Neuwahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse Naumburg a. d. S. (Stadt) findet am Sonnabend, d. 12. März 1927, von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags im „Hotel zur Pole", Lindenring, statt. Zu wählen sind 12 Vertreter und 24 Ersatzmänner. Es sind 2 Wahlvorschläge eingereicht und die Stimmzettel an diese ausgelegten Wahlvorschläge gebunden

Naumburg a. d. S., den 9. März 1927

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Naumburg a. d. S. (Stadt)
gez. Nublack, Vorsitzender

Geigen
Mandolinen
Lauten
Gitarren
Zithern 632
Ziehharmonikas
Mundharmonikas
in größter Auswahl im
Musikhaus Niehle
Weißenfels, Jüdenstraße 3

Arb.-Gesangverein „Liederhalle"
Gem. Chor. Zeitz
Mitgl. d. Deutschen Arb.-Sänger-Bundes
Leitung: Max Köhler, Zeitz

Freitag, den 11. März 1927, abends 8 Uhr, im Saale des „Schützenhauses":

Kammermusikabend

unter Mitwirkung des Klaviertrios vom städtischen Orchester

Freunde und Gönner der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung sind herzlich eingeladen, um gütigen Zuspruch bittet

Der Vorstand

Der Flügel wird von der Firma R. Hupfer & Co. zur Verfügung gestellt *643

Geschäfts-Verlegung!!

Meiner sehr geschätzten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß ich morgen, Donnerstag, den 10. März 1927 mein

Blumengeschäft
von Steinweg 25
nach Steinweg 2

verlege. 26 Jahre sind mir im reichen Maße Beweise des Wohlwollens entgegengebracht worden, daß es mich treibt, öffentlich meinen Dank dafür auszusprechen. Mit der Bitte, dasselbe mir auch fernerhin bewahren zu wollen, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

Frau A. Ewald, jetzt Steinweg 2, Tel. 26528

Warnung!

Werden die Verleumdungen gegen die Unterzeichneten nicht eingestellt, werden wir gerichtlich vorgehen 639

Ammendorf-Osendorf, 9. März 1927

A. Woltzy, M. Franke, M. Hahn

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark**? Burgstr. 27 Telephon 21107

Billige Möbel

Kleiderschränke in Nußbaum und Eiche
Schlafzimmerschränke für Wäsche u. Kleider eingerichtet, 599 mit und ohne Spiegel
Ausziehtische in Eiche und Nußbaum
Hohe Stühle
alles in groß. Auswahl verkauft sehr billig
Max Jungblut
Albrechtstraße 37

„Luisenbad" Weißenfels

Promenade 19 **Kurt Laue** Telephon 253 5411

Elektr. Lichtbäder — Lichtbrücken — Heißluftbäder
Höhensonnebestrahlungen sowie alle anderen Bestrahlungsarten — Galvanisieren — Vierzellenbäder — Hand-, elektr. u. Vibrationsmassagen

Meine Lichtbrücken u. Heißluftbäder sind transportabel und es kann die Behandlung auch im Hause des Patienten erfolgen

Wannen- sowie sämtl. med. Bäder — Zentralheizung

Geöffnet von 9–8 Uhr

Werbt für den „Klassenkampf"

Ueberzeugte Genossenschafter beziehen nur Fabrikate der GEG.

Otto Hänisch
Fahrräder
Turmstraße 156

Farben
Schlemmkreide, Harnstoff
Heilkräuter, Sämereien
Barbara-Drogerie
Merseburger Straße 104

Wo kauft man
Bettfedern
Inlettstoffe
fertige Betten
am besten?

Bei
Kreß & Co.
Halle a. d. S.
Pfännerhöhe 4 Pfännerhöhe 4
Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich im Betrieb

Hermann Schütze
Zigarren, Zigaretten und Tabake
Pfännerhöhe 52

Ia. Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
sämtliche Ersatzteile billigst
— Eigene Reparaturwerkstatt —
Emaillieren und Vernickeln
August Kraft
Steinweg 51 Geißstr. 49
Tel. 251 56. Zahlungserleichtert.

Was schenken Sie Ihrem Gatten, Bruder, Bräutigam?
Eine echte Shagpfeife
von
Johannes C. Müller
Leipziger Straße 75
Zigarren — Zigaretten

Hermann Zander
Bertramstraße 20 u. Lessingstraße 26
Kolonialwaren
Konserven ⊙ Weine

Fahrräder
Triumph, Panther, Presto
Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
— Zahlungserleichterungen —
Paul Krause
jetzt Geißstraße 39

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak Steinweg 46-47
Ecke Taubenstraße

Arbeiter
laßt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen
1 Jahr Haltbarkeit, keine Seltenheit!
Kirchnerstraße 18 **Fußwohl** Wörmlitzstraße 9
Schuhinstandsetzungsfabrik
Auch Leder im Ausschnitt

Herrenhüte
für Straße und Sport
Regatta-, Sport-, Schülermützen
Sämtliche Vereinsmützen
J. Kaliga
Mützenfabrikant
Große Klausstraße 35
Telephon 244.36

Größte Auswahl
billigste Preise
Herren- u. Knabenkleidung
sämtliche Berufskleidung
Gustav Reinsch
Marktplatz 25
im Roten Turm

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Dreyhauptstr. 2 Dreyhauptstr. 2
Farben — Lacke — Pinsel
schnelltrockn. Fußbodenfarben
streichfertige
Oelfarben

Göbels Schuhe
sind die besten
Schuhfabrik, Einzelverkauf
20 Prozent Fabrikherstellungsrabatt
Schuhfabrik Albrechtstraße 25
Nähe Ludwig-Wuchrer-Straße

Fahrräder
Opel, Phänomen und andere erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl
Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark
Reparaturen prompt und billig
Max Lange
Ludw.-Wuchrer-Str. 63

Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate u. Zubehörteile
R. Kümpfel
Gr. Klausstraße 19
Ecke Domstraße

Groß-Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle an der Saale, Olearius-straße 3, Reilstr. 30, Tel. 23933
Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

G. Both
Fleischermeister, Schweischlestr. 19
Ecke Lerchenfeldstraße, empfiehlt
Ia. hausschlachtene Wurstwaren
Spez.: Wiener Würstchen
Jagd-, Sardellen-Leberwurst

Damen- u. Herrenhüte
Mützen aller Art
kaufen Sie zu äußerst billigen Preisen bei größter Auswahl im Spezialgeschäft
H. Gutermuth
Halle a. d. S. Rannischestr. 12

Gruden
Oefen, Herde
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klausstr. 24

Carl Saatz
Rannischestr. 6 Rannischestr. 6
Drogen, Parfümerien
Toilette-Artikel
Farben, Lacke

Zigarren
Zigaretten u. Tabake
Willy Feigler
Merseburger Straße 161
Zweiggesch.: Bahnhofsausgang Thielenstraße
Lauchstädter Straße 26
Delitzscher Str. 9

Spirituosen
Kolonialwaren
Spezialität:
Gebrannte Kaffees
Paul Richter
Steinweg 53 und 15
Geißstraße 32

Zigarren
Zigaretten, Tabake
M. Henning Pfännerhöhe 33 Telephon 28116

Schokoladen
kauft man am besten bei
Franz Däubert Thielenstraße (Bahnhofsausgang)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Fordert Lohnsteuern zurück!

Das Arbeitersekretariat Halle schreibt:

Trotzdem durch die Gewerkschaften und die Presse die Arbeiter wiederholt gemahnt wurden, **Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer zu stellen,** hat eine große Anzahl von der Möglichkeit der Rückforderung zuviel erhobener Steuern keinen Gebrauch gemacht. Wir fordern daher alle Arbeiter auf, unverzüglich solche Anträge zu stellen, wenn Gründe zur Rückerstattung vorliegen. Gründe dazu sind nicht nur Verdienstausfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streik oder Kurzarbeit, sondern auch wesentliche Herabsetzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit infolge außerordentlicher Belastung durch Unterhalt, Erziehung von Kindern, mittellosen Angehörigen, Krankheit, körperliche Verletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, ferner wenn Steuerbeträge abgezogen sind, obwohl die nachstehend bezeichneten Einkommenssummen nicht erreicht wurden:

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern mit Ehefrau RM.	ohne Ehefrau RM.
Keine Kinder	1320	1200
1 Kind	1440	1320
2 Kinder	1680	1560
3 Kinder	2160	2040
4 Kinder	2880	2760
5 Kinder	3840	3720
6 Kinder	4800	4680
7 Kinder	5760	5640
8 Kinder	6720	6600

Alle Arbeitnehmer müssen sich von sämtlichen Arbeitgebern, bei denen sie 1926 beschäftigt waren, **Durchschriften der vorgeschriebenen Lohnsteuerüberweisungsblätter** geben lassen, falls keine Marken verwendet wurden. Eine große Anzahl von Arbeitgebern versuchen, sich um die Ausstellung solcher Lohnsteuerüberweisungsblätter herumzudrücken. In solchen Fällen ist sofort durch den Arbeiter oder durch die zuständige Gewerkschaft der Arbeitgeber zur Hergabe dieser Bescheinigungen aufzufordern.

Auch wenn die Unterlagen noch nicht vollständig vorhanden sein sollten, dürfen **die Erstattungsanträge nicht aufgeschoben werden,** da sonst die Frist abläuft und die Anträge abgelehnt werden. Bei vorgelegter Erwerbslosigkeit muß darüber eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge der in Frage kommenden Gewerkschaft oder des Arbeitgebers vorgelegt werden, bei Krankheit die Bescheinigung der Krankenkasse (meist bereits bei der Invalidenkarte befindlich) oder des Arbeitgebers. Steuerbeträge unter 4 Mk. werden nicht zurückerstattet.

In all den Fällen, in denen nicht ordnungsmäßig zurückerstattet wird, ist **innerhalb eines Monats nach Empfang der Entschädigung Einspruch beim Finanzamt** einzulegen.

Formulare zu den Steuerrückerstattungsanträgen sind zu haben: beim Finanzamt der Stadt Halle, Hardenbergstraße, beim Finanzamt des Saalkreises, Reil-Kaserne, und beim Arbeiter-Sekretariat Halle, Harz 42/44.

Bericht vom ADGB. Torgau

Die Sitzung beginnt mit dem Bericht über Abrechnung bei der Bezirkskasse, wobei Kollege Holzweißig bemängelt, daß Sachsen-Anhalt noch immer Zuschüsse von der Bundeskasse benötigt. Es wäre Pflicht einer jeden Organisation, ihre Beiträge immer pünktlich an die OA. abzurechnen.

Zu der Konferenz in Halle wurden auf Vorschlag Holzweißigs vom OA. Torgau der Kollege Böge und von den Bauarbeitern Kollege Albert Schneider, von den Steinarbeitern der Kollege Groß vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Dann referierte die Kollegin Voigt über die Genossenschaftsfrage.

In kurzen Zügen erläutert sie, daß in Torgau ein Konsumverein gegründet werden muß. Sie fordert die Kollegen auf, dann auch als Mitglieder sämtliche Waren in den eigenen Geschäften zu kaufen. Für den 6. März wurde eine gründliche Hausagitation beschlossen, damit vorerst mindestens 250 Genossenschaftler gewonnen werden. Die Listen dazu wurden sofort verteilt.

Ueber den Punkt Maifeier erhält das Wort der Kollege Albert Schneider, der vorschlägt, dem Plan, den der geschäftsführende Ausschuß bereits in der letzten Vorstandssitzung ausgearbeitet hat, zuzustimmen. Es wird auf Vorschlag des Kollegen Holzweißig beschlossen, den Fahnenstreit zu beseitigen und eine rote Fahne anzuschaffen mit der Inschrift: „Ortsausschuß Torgau des ADGB.“.

Kollege Meißner spricht zu den bevorstehenden **Betriebsrätewahlen.** Dabei streift er die Bürgerblockregierung und behandelt besonders die Frage des Schiedsspruchwesens. **In keinem Betriebe soll der Betriebsrat fehlen.** Es darf nicht vorkommen, daß, wie z. B. bei Stoll, jahrelang kein Betriebsrat besteht. Kollege M. schildert dann, wie die Wahlen stattzufinden haben und betont, daß die Kollegen, die zum Betriebsrat gewählt werden, wirklich auch die Interessen ihrer Arbeitskollegen vertreten müssen. Kollegin Voigt hebt hervor, in den Betrieben, wo die Belegschaft aus vorwiegend weiblichen Arbeitskräften besteht, auch die Frauen mitzuwählen. Sie fordert des weiteren unbedingte Durchführung der Betriebsräteschulung, vor allen Dingen der weiblichen. Kollege Liesenberg, Betriebsrat in der Kuvertfabrik, ist der Ansicht, daß er in seinem Betrieb eine Neuwahl nicht vornehmen will, da dieselbe erst im August stattgefunden hat, er will erst sein volles Jahr im Amte bleiben. Er wird natürlich belehrt, warum im März überall im Deutschen Reiche die Wahlen vorgenommen werden müssen.

Kollege Holzweißig erstattet Bericht über die Konferenz in Jena betreffs **Arbeitsgerichtsgesetz.** Er hebt hervor, daß der Kampf um dieses Gesetz schon ein Kampf von Jahrzehnten ist. Er behandelt dann näher das Gesetz, daß für die Arbeiterschaft nichts Gutes bringt.

Im „Mitteilungsblatt“ wird gefordert, auch in Torgau **Arbeiterfilme** aufzuführen. Ueberall ist der „Panzerkreuzer Potemkin“, ebenfalls andere Stücke, wie die „Schmiede“ und „Freies Volk“, vorgeführt worden. Nur in Torgau weigern sich noch immer die Kinobesitzer, die dabei vom Besuch der Arbeiterschaft leben, Arbeiterfilme zu bringen. Die Aussprache ergibt, daß der geschäftsführende Ausschuß mit dem Besitzer vom Metropoltheater verhandeln soll, auch unsere Stücke vorzuführen. Weigert er sich abermals, sollen andere Maßnahmen ergriffen werden. Danach Schluß der arbeitsreichen Sitzung.

Der Keramische Bund in Torgau

Die letzte Versammlung war sehr gut besucht. Die Tagesordnung befaßte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen und den Arbeitsbedingungen bei der **Steingutfabrik Villeroy & Boch.** Es wird festgestellt, daß seit den paar Wochen, seit der Betrieb in Gang gesetzt wurde, die Belegschaft schon zu Zweidrittel organisiert ist. Mit dem Handzettel der Opposition, auf welchen ein Aufnahmeschein für den Fabrikarbeiterverband aufgedruckt ist, wurden die meisten Aufnahmen erzielt.

Der Gauleiter A. Blank wollte von der Existenz dieses Handzettels nichts wissen, obwohl im „Proletarier“ ein wüster Hetzartikel zu finden war. Das wurde ihm unter die Nase gerieben, so daß er sich davon überzeugen mußte.

Bei Villeroy & Boch wurden schon eine große Anzahl Mißstände festgestellt, die miserablen Lohn- und Akkordsätze, welche die Firma ihren Arbeitern zahlt. Ein Scheibendreher erhält pro Stunde ganze 66 Pf. Die Akkordsätze sind so niedrig gehalten, daß der Lohn kaum überschritten wird. Ueber den Meister Linge wurde vielfach Beschwerde geführt und die Arbeitsweise und das schlechte Tonmaterial unter die Lupe genommen. Ein Kollege sagte so recht treffend, daß die „Töpfchenbude“ nur nach Torgau gekommen sei, um erstens durch niedrige Löhne und schlechteres Material den Konkurrenzkampf mit den übrigen Steingutfabriken aufzunehmen und die Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Belegschaft wird sich gegen die miserablen Lohnbedingungen mit aller Energie zu wehren wissen, indem sie sich bis auf den letzten Mann freigewerkschaftlich organisiert.

Eine fristlose Entlassung einer Frau wurde von dem sattsam bekannten Obermeister Strohbach vorgenommen, indem er der Frau einen Diebstahl zuschieben wollte. Die Frau holte für sich und noch einige Frauen Trinkwasser, wobei sie Tassen benutzte. Dabei rannte ihr derselbe mit seiner korpulenten Figur, die jeder Frau beim Auftauchen Schrecken in die Glieder jagt, in den Weg, sah die Tassen und entließ die Frau kurzerhand.

In der genannten Versammlung wurden drei Beisitzer und zwei Karteldelegierte hinzugewählt. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit dem Appell, rege Gewerkschaftskollegen zu werden und dafür Sorge zu tragen, daß alle sich organisieren, um geschlossen den Unternehmerschikanen Widerstand zu bieten.

Um die Gestaltung der Märzfeier

ADGB.-Kartell Schkeuditz

Am 1. März tagte das Gewerkschaftskartell Schkeuditz zum ersten Male in seiner neuen Zusammensetzung. Die Tagesordnung fand eine kurze, aber doch stürmische Erledigung, da einige SPD.-Kollegen noch immer glauben, die KPD.-Genossen hätten, wie sie, zu allem nur „ja“ zu sagen.

Unter „Eingängen“ wurde ein Rundschreiben des Bezirksausschusses zur Bezirkskonferenz in Halle verlesen und ein Delegierter gewählt. Bei der Vorstandswahl wurden 3 SPD.- und 2 KPD.-Kollegen gewählt.

Zur Märzfeier wurde vom Vorstandstisch der Vorschlag gemacht, von einer Delegation von 3 Mann — möglichst in aller Stille — einen Kranz niederlegen zu lassen. Kollege Rüdiger (KPD.) beantragt demgegenüber, das ganze Kartellbereich zur Massendemonstration aufzurufen. Dittmar (SPD.) muß natürlich dagegen sprechen und es entsteht eine Diskussion über die früheren Märzfeiern. Der Antrag Dittmanns wurde **einstimmig abgelehnt.** Bevor es jedoch zur Abstimmung über den Antrag des Kollegen Rüdiger kam, **forderte der Vorsitzende, um ganz sicher zu gehen, von dem Genossen Rüdiger die Erklärung, daß kein Kommunist sprechen würde.** R. gab natürlich die gebührende Antwort. Es wurde dann ein Aufruf zur Massenkundgebung beschlossen, und von der SPD.-Mehrheit dennoch Schulze (SPD.) als Redner bestimmt. 11 Stimmen waren für R., 14 Stimmen für Sch. Die Republik ist also gerettet!

Auch die Frage betr. den Bildungsausschuß löste eine scharfe Diskussion aus. Kollege Ortlepp beantragte, daß nicht nur, wie bisher, die SPD., sondern auch die KPD. herangezogen werden müßte. Das ging dem SPD.-Kollegen Dittmann als Vorsitzenden des Bildungsausschusses wieder gegen den Strich, und er erklärte, daß die KPD. doch eine andere Auffassung über Bildungswesen habe. Die KPD. hat allerdings ihr eigenes Programm, während die SPD. sich längst das bürgerliche zu eigen gemacht hat. Es wird zum Schluß auch eine Kollegin der Staats- und Gemeindearbeiter in den Bildungsausschuß gewählt.

ZdA. Pirna für Aufhebung des Kasseler Beschlusses

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Pirna des Zentralverbandes der Angestellten beschloß, sich für die Aufhebung des Kasseler Beschlusses, der Kommunisten die Uebernahme von Funktionen verbietet, einzusetzen.

Dieser Beschluß der Ortsgruppe Pirna folgt dem Beispiel der Kölner Ortsgruppe des ZdA., dessen Delegierte zum bevorstehenden Verbandstag geschlossen für die Aufhebung des Antikommunisten-Beschlusses eintreten werden. Der Verbandstag findet vom 15. bis 17. Mai statt.

Aufgabe der Verbandsmitglieder des ZdA. in den anderen Ortsgruppen wird es sein, diesen Beispielen zu folgen, um endlich die Behinderung eines Teiles der Mitgliedschaft im ZdA. an ihrer gewerkschaftlichen Arbeit zu beseitigen und Voraussetzungen für eine verstärkte Gewerkschaftsarbeit aller Mitglieder im ZdA. zu schaffen.

Betriebsmord!

Vier Unglücksfälle an einem Tage

Leuna-Hölle, 9. März.

Gestern stürzten in Leuna bei der MAN. (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg) zwei Arbeiter vom Gerüst und wurden schwer verletzt.

Desgleichen stürzte in der Gasfabrik ein Korb, welcher mit einem Stück Eisen beschwert war, in die Tiefe (Seilriß) und verletzte den 26jährigen Schlosser Steuding aus Halle schwer am Kopfe. Der Vater des Schwerverletzten ist im Herbst im Leuna-Werk tödlich verunglückt.

Ein Zimmermann erlitt beim Transportieren von Balken einen Knöchelbruch.

Ein Landarbeiter in die Maschine geraten

Landsberg, 8. März.

Der 60jährige Arbeiter Ossig (Düringsdorf) geriet mit seiner Kleidung in das Getriebe der Häckselmaschine und wurde von der Welle umhergeschleudert, wobei ihm beide Beine, ein Arm und einige Rippen gebrochen wurden. Der Schwerverletzte wurde ins Knappschaftskrankenhaus Karlsfeld gebracht.

Unfall auf Griesheim-Elektron I

Bitterfeld, 8. März.

Kurz vor Arbeitsschluß am Sonnabend verbrannte sich das Belegschaftsmitglied des Griesheim-Elektron Werks I, der Arbeiter Paul Böhme, derart, daß er in das Kreiskrankenhaus nach Bitterfeld übergeführt werden mußte. Die Verbrennung ist mittleren Grades.

Auf der mitteldeutschen Gaukonferenz des ZdA. wurde die alte Gauleitung wiedergewählt und zum Verbandstag nach Köln drei SPD.-Vertreter, darunter Deininger-Halle, gewählt. Die Satzungsänderungen im ZdA., die auf dem Verbandstag angenommen werden sollen, bildeten den Haupt-Tagesordnungspunkt.

Neue Ausschlußkampagne im Baugewerksbund

Ausschluß von drei Reichenbacher Genossen, weil sie internationale Einheit forderten

In der letzten Generalversammlung der Baugewerkschaft Reichenbach i. V., wurde der Genosse Simon zum 1. Vorsitzenden der Organisation gewählt. Auf Grund dieses Ausfalls der Wahl versuchten Schüman und Konsorten alles, um ihre verloren gegangenen Positionen zurückzuerobern. Aus diesem Grunde wurde Genosse Simon als 1. Vorsitzender vom Vorstand nicht anerkannt. Da dieses Mittel aber bei den Mitgliedern nicht verfing und sie nun erst recht hinter dem Genossen Simon standen, mußte man einen anderen Grund ausfindig machen, um ihn zu beseitigen.

Den Anlaß zum Ausschluß bot ihnen eine Resolution, die von den Genossen Simon, Heckel und Knabe eingebracht worden war und in welcher die internationale Einheit der Bauarbeiter gefordert wird.

Diese Forderung allein war für die Reformisten Grund genug, um den Ausschluß dieser drei Genossen vollziehen zu können.

Am 26. Februar wurde in einer zweiten Generalversammlung ein Geschäftsordnungsantrag eingebracht, der verlangte, daß den drei ausgeschlossenen Kollegen die **Möglichkeit der Verteidigung** gegeben wird. Der alte Vorsitzende ließ keine Abstimmung zu und der Referent des Bundesvorstandes erging sich in wüster Hetze gegen die gesamte Gewerkschaftsopposition. **Die Versammlung wählte indes abermals einen Kollegen der Opposition zum ersten Vorsitzenden.**

Der Ausschluß der drei Reichenbacher Genossen ist der Anfang einer neuen Ausschlußkampagne im Baugewerksbund. Geschlossen muß die Mitgliedschaft diesen neuen Spaltungsversuch der Reformisten zurückweisen. Sie muß Protest erheben gegen die Ausschlüsse und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen verlangen.

Zusammengeschobene Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes

Am Sonntag und Montag fand in Halle eine Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes statt, die wiederum keinerlei praktische Ergebnisse in der für die Landarbeiterschaft so wichtigen Lohnfrage gebracht hat.

Darüber, wie diese Konferenz, bei der sorgsam jede rote Fahne vermieden und nur Schwarzrotgold Trumpf war, zusammengeschoben worden ist, gibt folgende uns aus **Ermsleben** zugehende Entschließung einer Landarbeiterversammlung vom 6. März Aufschluß, die mit einem Appell an die Aktivität der Landarbeiterschaft, und besonders an die noch Unorganisierten, sowie mit einem Hinweis auf die Gutsratswahlen schließt:

„Die Versamlung nimmt Kenntnis von der Kreiskonferenz vom 20. Februar und spricht dem Kreisleiter Pinkowski für seine Methoden das Mißtrauen aus. DLV.-Konferenzen, wie die in Halle, dürfen nicht nur als Vortrags-Konferenzen betrachtet werden, zu denen man keine Delegierten braucht. Schulungs-Vorträge sollten lieber mehr in öffentlichen Versammlungen gehalten werden.

Auch kann die Ortsgruppe den von Pinkowski eingestellten Bezirksführer Henneberg nicht anerkennen . . .“

Es handelt sich darum, daß auf der genannten Kreiskonferenz, wie auf denen der anderen Kreise, diktatorisch über die Wünsche und Anträge der Mitglieder hinweggegangen und von den Beamten Saupes einfach Vertreter zur Gaukonferenz nach Halle ernannt wurden.

Nur so ist es zu verstehen, daß in Halle die von der SPD.-Presse gemeldeten 104 „Delegierten“ alles das schweigend über sich ergehen ließen, was ihnen dort vorgesetzt wurde.

Nach sehr allgemeinen Abhandlungen von Saupe, Georg Schmidt und Hille wurden Entschließungen betr. Einbeziehung der Landarbeiter in die geplante Arbeitslosenversicherung (nicht etwa gegen diese neue Verschlechterung für die Erwerbslosen) angenommen, und für Einreihung der Landarbeiterinnen in den Wöchnerinnenschutz; ferner für Abhilfe der Landflucht durch Lohnerhöhung. Die von der SPD.-Presse erst vor wenigen Tagen verbreitete Mitteilung über einen Kampf um 4 bezw. 5 Pfg. Lohnerhöhung wurde überhaupt nicht zur Tagesordnung gestellt. **In Wirklichkeit hat ja der DLV.-Leiter Saupe bereits von jeder Lohnforderung Abstand genommen.**

Der zweite Tag galt als „Kundgebung“. Hier ließ man durch bürgerliche „Wissenschaftler“, den Professor Seedorf, Göttingen und den Landwirtschaftsdirektor Kühle, Quendlinburg, den Konferenzteilnehmern vorerzählen, daß beide selber vom Lande stammten und eigentlich hätten Pastor werden wollen und daß „die Landwirtschaft“ bzw. „der Bauer“ (womit beide den Großgrundbesitzer, den Kleinbauer und den Landarbeiter in einen Topf taten) in Not seien und deshalb feste die Arbeitsleistung gesteigert werden müßte. Ueber sein eigentliches Thema: Saatzucht, Rationalisierung und Standardisierung, las der Herr Kühle mit unverständlicher Stimme etwas aus verschiedenen Blättern ab, so daß selbst die geduldigen Konferenzteilnehmr genug bekamen und die Reihen sich mehr und mehr lichteten. Eine Diskussion gab es auf dieser „Schulungs“-Konferenz auch nicht.

Es ist verständlich, wenn bei solchen Erlebnissen die Masse der Landarbeiterschaft von dem Verbande so wenig wissen will, wie es immer wieder gerade in dem Bereich des Gauleiters Saupe festzustellen ist. Trotzdem ist diese Einstellung falsch. Ohne wirtschaftliche Organisation, die den notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum erst den Rückenhalt geben kann, ist die Landarbeiterschaft ein Nichts. Die freien Gewerkschaften müssen von den Arbeitern umgestaltet werden zu wirklichen Arbeiterorganisationen. **Darum gebt Euch nicht stumpf zufrieden mit dem Verlauf Eurer Gaukonferenz! Nehmt überall Stellung gegen solche sinnlosen Veranstaltungen und erzwingt in Eurem Verband eine gründliche Aufrollung aller der Fragen, die Euch wirklich auf den Nägeln brennen.**

Ueber die

Kreiskonferenz Sangerhausen

am 20. Februar ging uns folgender Bericht zu: Erst um ½12 Uhr wurde die Konferenz von dem Kreisleiter Pinkowski eröffnet, obwohl die Delegierten schon in der Frühe zur Stelle waren. Es war wirklich zu bewundern, welche Mühe sich der Kreisleiter Pinkowski sowie Hille und Schmidt gaben, um die Konferenz zu unterhalten, so daß in den fünf bis sechs Stunden, die uns zur Verfügung standen, die wichtigsten Tagesordnungspunkte knapp behandelt werden konnten. Für die Wahlen standen dann nur noch einige Minuten zur Verfügung, so daß die Kandidaten einfach vorgelesen wurden und die Sache erledigt war. Ein Antrag aus Zabenstedt auf Austritt aus der Tarifgemeinschaft wurde von dem Antragsteller auf gutes Zureden der Leitung zurückgenommen und ein Antrag auf Verschmelzung mit dem Schäfer-, Gärtner- und Schweizer-Verband dem Vorstand überwiesen. Ein Antrag aus Ermsleben, die nächste Kreiskonferenz nach Hettstedt zu verlegen, wurde angenommen. Der Antrag auf Führung einer Lokalkasse wird nicht verhandelt. **Ferner wurden alle Anträge auf Tarifkündigung, Lohnforderung, Schlichtungswesen und Naturallohn sowie über das Krankenkassenwesen bis zur nächsten Generalversammlung verschoben.** Die Delegierten kamen kaum zu Worte. Es war von den Angestellten schon so gedreht worden.

Auch über den Kassenbestand des Kreises und über Kreisangelegenheiten ging man hinweg.

Landarbeiter, so geht es nicht weiter! Wenn wir Konferenzen haben, so muß man eben auch mal um 6 Uhr aufstehen können, denn an solchem Tage wollen wir doch praktische Arbeit leisten und uns über die Mängel und die Belebung unserer Arbeit klar werden. Daran müssen alle mithelfen, indem sie in jeder Zahlstelle für die Wahl nur klassenbewußter Vertreter sorgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0005
DFG

Gegen die neue Mietssteigerung

Vom Reichsbund Deutscher Mieter wird uns geschrieben:

Der neue Anschlag auf die schwer belastete Mieterschaft, die von der Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Miete auf 110 Prozent ab 1. April 1927, fordern zum schärfsten Protest heraus.

Laut amtlicher Pressemeldung hat die Regierung dem Reichsrat eine Verordnung zugehen lassen, wonach die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 um 10 Prozent und vom 1. Oktober 1927 an um weitere 10 Prozent erhöht werden soll

Im Vorwege müssen wir darauf hinweisen, daß die tatsächlich gezahlte Miete den Satz von 100 Prozent jetzt schon um etwa 6 bis 7 Prozent übersteigt, wenn man in Betracht zieht, daß der größte Teil der Mieterschaft zur Ausführung der Innendekoration selbst verpflichtet ist, obwohl dies in der Vorkriegszeit Sache des Hauswirts war.

Die erwähnte Verordnung stützt sich auf den § 3 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich, nach dem die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich festsetzt. Durch diese Verordnung wird dem Aufruf des Volkswohlfahrtsministers vom Oktober 1926 zum Teil Rechnung getragen, der bekanntlich eine Erhöhung um 30 Prozent als durchaus tragbar für die deutsche Mieterschaft erachtet. Man kann jetzt ja gespannt sein, wie der Volkswohlfahrtsminister den Gedanken der Mindestmiete auffaßt. Den Ländern wird durch diese Verordnung freigestellt, ab 1. April 10 Prozent zu erheben und je nach Belieben diese zum Teil zum Wohnungsbau oder zum Finanzausgleich zu verwenden. Tieftraurig ist, daß die Reichsregierung keine direkte Bestimmung trifft, daß diese 10 Prozent wenigstens restlos abzuführen sind und daß sie auch nur zum Wohnungsbau zu verwenden sind.

Sicher wird sein, daß die Hausbesitzer von der einsetzenden Erhöhung wieder bestimmte Abstriche für sich verbuchen können, weil der Staat diese Erhöhung — wie immer — nach der Grundvermögenssteuer einziehen wird. Das werden bei 10 Prozent ungefähr 3 Prozent für den Hausbesitzer sein!

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Hausbesitzer mit 100 Prozent der Friedensmiete nicht nur auskommen, sondern **daß sie erhebliche Ueberschüsse erzielen.** Jede weitere Steigerung der Miete führt dazu, **daß sich die Häuserpreise verdoppeln und der Spekulation Tür und Tor geöffnet wird.**

Zehnprozentige Mietsteigerung macht im Durchschnitt eine Erhöhung des Stundenlohnes von 1¼ Pfennig aus. Welcher Gruppe von Arbeitern, Handwerkern oder Angestellten wird es nun gelingen, diese Steigerung durch Lohnkampf wieder wettzumachen?

Keiner dieser Gruppen!

Deshalb hat die Mieterschaft alle Ursachen, sich gegen diese ungerechte, in nichts begründete Belastung energisch zu wehren und zu fordern, daß diese Art der Besteuerung beseitigt wird und die Lasten tragfähigeren Schultern auferlegt werden, wie es beispielsweise durch einen Ausbau der Besitzsteuern möglich ist.

Vor allen Dingen aber wird es höchste Zeit für alle Mieter, daß sie sich endlich organisieren zum geschlossenen Angriff gegen das spekulative Grundeigentum!

Die Mieterorganisation muß zu einer Macht werden, wenn die ständigen Mietsteigerungen aufhören sollen.

Eine rigorose Exmittierung

Eine proletarische Familie mit sieben Köpfen auf die Straße geworfen

Der Arbeiter Theodor Wanke, Schülershof 21, wohnt mit seiner Frau und seinen fünf Kindern seit zwei Jahren in einer dortigen Dreizimmer-Wohnung. Er war dort seinerzeit als Untermieter eingezogen bei einem gewissen Haupt. Vor einiger Zeit starb dessen Mutter und Haupt selbst kam ins Siechenhaus. Die Hausbesitzerin Olga Landmann, Gütchenstraße, war damals mit dem Einzug des Theodor Wanke und seiner Familie einverstanden. Ja, Wanke hat sogar außer dem Mietzins, den er regelmäßig an Olga Landmann entrichtet hat, sich noch verpflichtet, 66 Mark Schulden zu bezahlen, die der eigentliche Mieter Haupt noch schuldete. Diese 66 Mark sind in Raten, wie es vereinbart war, restlos gezahlt worden.

Inzwischen versuchte die Hausbesitzerin Olga Landmann, nachdem der Hauptmieter ins Siechenhaus gekommen war, den Untermieter Theodor Wanke aus der Wohnung herauszuprozessieren. Es fanden verschiedene Termine statt, die das Resultat hatten, daß Wanke, weil er nur Untermieter sei, die Wohnung am 1. Januar zu räumen habe. Daraufhin hat W. sich sofort an das Wohnungsamt gewandt, um eine beschleunigte Zuweisung einer Wohnung zu erhalten. Folgende Antwort wurde ihm durch das Wohnungsamt zuteil:

Wa 4/26 Wanke. 30 523.

Urschriftlich zurückgesandt.

Da in dem uns vorgelegten, anbei zurückfolgenden Urteil die Gestellung von Ersatzraum nicht vorgesehen ist, vermögen wir Ihrem Antrag auf Ausfertigung einer roten Dringlichkeitskarte nicht zu entsprechen. Wir können Ihnen nur anheimgeben, **sich bei etwaiger Obdachlosigkeit an die Polizei oder im Falle armenrechtlicher Hilfsbedürftigkeit an die Fürsorgebehörde hier zu wenden.** Auch steht es Ihnen frei, sich um schwer vermietbare Räume zu bewerben, wie solche neben der Eingangstür zum WA. durch besonderen Anschlag bekanntgegeben werden.

Halle, den 22. Dezember 1926.

Städtisches Wohnungsamt.
gez. Unterschrift.

Das Wohnungsamt hatte W. gleichzeitig mitgeteilt, er möge sich nach schwer vermietbaren Wohnungen umsehen, die vom Wohnungsamt hier und da zu vergeben seien. Aber auch hier wurde kein Ausweg gefunden, weil das Wohnungsamt solche „schwer beziehbaren" Wohnungen nicht zur Verfügung hatte.

Gestern nun erfolgte die Exmittierung, so daß Wanke mit seiner ganzen Familie und seinen Möbeln auf der Straße steht. Anverwandte oder Bekannte, die ihm helfen könnten, daß er wenigstens einige Tage ein Dach über dem Kopfe hätte, besitzt er nicht, so daß er buchstäblich die Nacht auf der Straße zubringen muß. W. hat noch ein Kind, das gerade 1½ Jahr alt ist.

Das tollste bei der ganzen Geschichte aber ist, **daß die Wohnung, aus der Wanke herausgeworfen wurde, leer steht** und vorerst noch kein Mieter dort eingezogen ist.

Die Arbeiter können aus diesem Fall wieder erkennen, welch skandalöse Wirkungen die systematische Durchlöcherung des Mieterschutzes mit sich bringt, der jetzt erst wieder zuerst durch den preußischen „Wohlfahrtsminister" Hirtsiefer, dem Reichsbannerkameraden, Zentrumsmann und Schutzbefohlenen der preußischen Landtagsfraktion der SPD., getätigt worden ist.

Von den städtischen Behörden, und vor allen Dingen vom Wohnungsamt, muß verlangt werden, daß der Familie Wanke sofort eine ordentliche Wohnung zugewiesen wird. Und solange dies nicht möglich ist, sofort die Anweisung gegeben wird, daß Wanke mit seiner Familie wieder seine alte Wohnung bezieht.

Die Bürgerblockregierung gegen die Arbeiterinnen

Vor kurzem wurde in der Herrenkonfektion ein Schiedsspruch gefällt: Er brachte 5 bis 8 Prozent Lohnerhöhung und einen Zuschlag auf die Frauenlöhne.

Der Schiedsspruch wurde verbindlich erklärt — mit Ausnahme der Erhöhung der Frauenlöhne. Was heißt das?

Seit Jahresfrist ist die Parole der Unternehmerverbände: Differenzierung der Löhne, Abbau vor allem der Hilfsarbeiter- und Frauenlöhne, Vergrößerung der Lohnspanne. Kurz:

Nationalisierung der Löhne!

In Hunderten von Betrieben der Textil-, der Schuh- der Zigaretten- und Kartonnagenindustrie wurde diese Parole schon in die Tat umgesetzt: weniger durch Aenderung der Tarife als vielmehr durch Unterbrechung der Akkorde und durch Umgruppierung der Lohnklassen.

Durch diese Differenzierung der Löhne wird die Arbeiterklasse immer stärker gespalten, werden breitere Lohnbewegungen immer mehr erschwert. Zugleich aber dient der Unternehmerangriff auf die niedrigsten Lohnklassen der Lohnabbauoffensive überhaupt — sind doch die Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenlöhne die Eckpfeiler des ganzen Lohngebäudes.

Die Regierung aber — die „berufene Vertreterin des Volkes", die „berufene Beschützerin" vor allem seiner schwächsten und gedrücktesten Schichten — die Bürgerblockregierung hilft nicht nur dabei, sie verschärft noch den Angriff der Unternehmer: Selbst den völlig unzureichenden Spruch des arbeitsgemeinschaftlichen Schiedsgerichts hat das Reichsarbeitsministerium nur teilweise für verbindlich erklärt — es hat die Aufbesserung der Frauenlöhne ausdrücklich abgelehnt.

Die Arbeiterinnen werden sich das merken. Sie werden am Internationalen Frauentag aufmarschieren gegen die Kapitalistenklasse und ihre Regierung mit dem trotzigen Ruf:

Nieder mit der Bürgerblockregierung —

Erhöhung der Löhne —

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

*

Werktätige Frauen, Arbeiterinnen, Angestellte und Hausfrauen!

„Kriegsgefahr, Bürgerblock, kapitalistische Ausbeutung. Was müssen die werktätigen Frauen davon wissen?"

Große öffentliche Versammlung

heute, Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal)

verbunden mit Lichtbilder-Vortrag: **„Mutter und Kind".**

Referentin: **Genossin Marie Wiedmeyer, Berlin.**

Werktätige Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

KPD. RFMB. JAH. Intern. Bund. KJVD.

2. Bezirkstagung „Freie Schulgesellschaft"

Die „Freie Schulgesellschaft, Unterverband Provinz Sachsen", hatte am Sonntag, dem 6. März, eine Vertretertagung im „Volkspark". Aus mehr als 20 Orten waren Delegierte erschienen, hinter denen einige tausend Eltern und noch mehr Kinder stehen. Im Vorjahre trat kaum die Hälfte auf, so daß schon daraus hervorging, daß die „Freie Schulgesellschaft" im Vorwärtsschreiten begriffen ist. Doch geschieht das nicht ohne Kämpfe, von denen die Berichte der einzelnen Ortsgruppen lebhafte Bilder boten Der Bericht des Vorstandes unterstrich diese Dinge, streifte die Möglichkeiten, die das künftige Reichsschulgesetz enthalten wird, hob die Notwendigkeit einer Umstellung des Werbe- und Zeitungswesens hervor. Danach wurde der Statutenentwurf genehmigt, das künftige Arbeitsprogramm besprochen. Als Vorort für die Generalversammlung am 28. August wurde Halle gewählt. Nach Erledigung verschiedener Anfragen nahm die Vertreterversammlung ihr Ende. Im Anschluß daran fand noch eine Sitzung der Lehrer an weltlichen Schulen statt, in der die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für einzelne Führer des Unterrichts beschlossen wurde.

*

Leider muß nach wie vor der Vorwurf mangelnder klarer proletarischer Einstellung gegen den Bund erhoben werden. Sicher wird von einem Teil seiner Mitglieder Arbeit in diesem Sinne geleistet, aber die Vertreterversammlung ging um diese Fragen recht vorsichtig herum, was sich u. a. darin zeigte, daß **kein einziges Referat über Grundsätzliches** auf der Tagesordnung stand.

Erfreulich war die Annahme einer Resolution, die Verweltlichung des gesamten Schulwesens verlangt, eine Forderung, die leider nicht immer mit genügender Deutlichkeit vertreten wird (Vortrag in der Elternversammlung am Sonnabend), so daß häufig der Eindruck entstehen muß, als sei die Gleichstellung der weltlichen mit den Konfessionsschulen Endziel des Bundes. Das kommende Reichsschulgesetz wird allerdings eine äußere Gleichstellung der weltlichen mit den Konfessionsschulen bringen. Ueber Inhalt und Ausbau der einzelnen Schularten wird es voraussichtlich gar nichts aussagen. Ziel der „Freien Schulgesellschaft" bleibt die weltliche Schule als Gemeinschaftsschule Man sollte sich freilich darüber klar sein, daß eine wirkliche Gemeinschaft mit den Kindern ohne proletarische Einstellung der Lehrer unmöglich ist und daß der kapitalistische Staat jeden Ansatz dazu sofort zu unterdrücken versuchen wird. Solange man an den wichtigsten Lebensfragen der proletarischen Klasse verständnislos vorübergeht oder die Augen davor schließt, kann es höchstens zu einer scheinbaren Gemeinschaft kommen. Auch ein bloßes „Mitleid" mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Proletarierkinder kann an dieser Tatsache nichts ändern. Es bleibt also noch ein großes Stück Propagandaarbeit für unsere kommunistischen Elternbeiräte und Lehrer an den weltlichen Schulen zu leisten

Hallische Tageschronik

Verkehrsunfälle. Am 8. März, gegen 1 Uhr nachmittags, wurde in der Dreyhauptstraße ein 4jähriger Junge von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Das Kind trug eine leichte Verletzung am Kopfe davon. — Am 8. März, gegen 2¾ Uhr nachmittags, erfolgte in der Liebenauer Straße ein Zusammenstoß zwischen zwei Radfahrern, wobei beide zu Boden stürzten. Verletzt wurde niemand. Ein Fahrrad wurde leicht beschädigt. — Am 8. März, gegen 3¼ Uhr nachmittags, stieß an der Ecke Leipziger Straße — Neue Promenade ein Radfahrer mit einer Radfahrerin zusammen, wobei ein Fahrrad leicht beschädigt wurde. Personen kamen nicht zu Schaden. — Am 8. März, gegen 3¾ Uhr nachmittags, wurde am „Walhalla" eine weibliche Person von einem Personenkraftwagen erfaßt und überfahren. Die Verunglückte kam mit leichten Hautabschürfungen davon. — Am 9. März, gegen 4¼ Uhr vormittags, erfolgte an der Ecke Brüderstraße — Neunhäuser ein Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Fuhrwerk, wobei ein Pferd leicht verletzt und die Kraftdroschke leicht beschädigt wurde. Außerdem wurde bei dem Zusammenstoß durch die Deichsel des Fuhrwerkes eine Schaukastenscheibe zertrümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Jugendweihe 1927! Wir ersuchen alle proletarischen Eltern, die ihre Kinder an der Jugendweihe teilnehmen lassen wollen, diese auch zu dem Vorbereitungsunterricht zu schicken. Der Unterricht findet jede Woche Montag und Dienstag im „Volkspark" und der „Produktiv", Lerchenfeldstraße 14, statt. Mittwochs, nachmittags 5 Uhr, nur im „Volkspark".

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Der Imperialismus in der Kochkiste

„Neidhardt von Gneisenau", Schauspiel in fünf Akten von Wolfgang Goetz; Aufführung im Stadttheater; Regie: Intendant Dietrich

„Gestern war ich in dem Film mit Bruno Kastner. Der sieht zu hübsch als Leutnant aus."
„Ja, ich sehe solche Militärstücke auch zu gern."
(Gespräch zweier Theaterbesucherinnen in der Straßenbahn.)

Diese Bourgeoisie ist noch indifferenter und reaktionärer als sie es nötig hätte. Vom Uniformenkoller besessen gab sie gestern Beifallsstürme von sich, wie sie unser bescheidnes aber oft schlechtes Stadttheater lange nicht hören durfte. Sie hatten die große, die eiserne Zeit von 1813 beim Wickel und übertrugen sie frisch-fromm-fröhlich auf den nächsten Gaskrieg, nach dem ihre patriotischen Herzen schon lange lechzen. Damals gings mit Rußland gegen Frankreich, und morgen wirds mit Frankreich gegen Rußland gehen; das macht diesen Edelingen aber nichts aus, wenn es nur Krieg gibt Es ist ganz so, wie Wolfgang Goetz seinen Helden Gneisenau programmatisch ausrufen läßt: „Gott geb Euch Eure Ziele, gleichgültig welche, lieben Kinder." Und weil die „lieben Kinder", abgesehen von den paar Chemie- und Kohle-Beherrschern meist keine Ahnung von den Zielen haben, denen sie phrasenberauscht zutorkeln, deshalb eben sind sie noch reaktionärer als sie es nötig haben. Um so ein Beispiel von Zielsetzung zu nennen: Herr Stresemann, Vorsitzender der Völkerbundstagung und Locarno-Politiker hat zu der „Gneisenau"-Dramatisierung in dem ihm gemäßen Flaschenbierstiel einen Aufsatz für die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das ehemalige Stinnes-Organ, losgelassen. In dieser Abhandlung weist er dem Autor des „Gneisenau" nach, daß Friedrich Wilhelm III. von Preußen weder ein Trottel noch so undankbar gewesen ist, wie er hier geschildert wurde. Der außenpolitische Beherrscher der deutschen Republik verteidigt die Hohenzollern aus reinster Menschenliebe. Das ist so die Perspektive, obgleich sie mit seinen Zielen nicht das geringste mehr zu tun hat. Herr Strese sagt dann ausdrücklich, daß große Männer in der Geschichte schon ihre Würdigung finden. Spekuliert er auf einen Hausorden, der einem zum Halse herauskommt?

*

Angesichts der politischen Bedeutung, die Goetzens Theaterdonner erlangt hat, ist keine Zeit, mehr oder weniger geistreiche Witze zu machen. Hier muß man klar sehen. Kein monarchistisches Gemüt braucht empört zu sein, weil Wolfgang Goetz Hohenzollern, Habsburger und Romanows als Trottel und Idioten auf die Bühne bringt. Es ist heute keine Tat mehr, wo zwar die Hohenzollern ihre Abfindung bekommen, wo aber von den Romanows kein einziger mehr am Leben ist, was keineswegs durch göttliche Fügung, sondern durch eine sehr reale Revolution geschah. Es gehört heute nichts mehr dazu, den Mann der verblichenen Königin Luise zu karikieren, schon gar nicht, da auf den Briefmarken-Fridericus um so hellere Strahlen geworfen werden und auf andere Leute — die uns heute gerade noch gefehlt haben. Denn was ist es, wenn einer in die idyllische Phrase verfällt: „Der große Friedrich hat mich am Ohr gezupft, und ich habe Gneisenau geküßt"? Ein Volksheros wird gesucht. Ein Königreich wird für einen Volksheros hingegeben. Der preußische Gamaschenknopf zieht allein nicht mehr, also wird ein Schuß Goethe hinzugetan und ein Gramm Gleichheit und Brüderlichkeit. Gneisenau ist der starke und einsame Mann, der an seine Truppen die doppelte Portion Wurst verteilen läßt und nach dem Schlachtendonner blaue Kirchenfenster fachmännisch begutachtet. Schilda ist seine Heimat, auf daß auch die Legende vom reinen Toren zu ihrem Recht komme. Um was es damals ging, kümmert die Trabanten preußischer Oberlehrer-Ideologie bei ihrer Applausverteilung nicht im geringsten. Sie wollen heute: Kolonien, Immer feste druff, Etappe Gent, Ruhmesphrasen von glorreicher Vergangenheit mit Ausblick auf das Kanonenfutter, das sie sich unter Zugrundelegung solcher Theaterstücke schon heranschaffen werden.

Daß der Krieg Preußens gegen Napoleon 1813 unter gewissen sozialen Voraussetzungen vor sich ging, fällt hierbei glatt unter den Tisch. Es sei deshalb kurz daran erinnert. In Frankreich hatte das Bürgertum seine Revolution hinter sich. In Europa herrschte der finstere Geist Metternichs. Der in Preußen regierende Hohenzoller segelte, so eifrig ihm das bei seiner intelligenten Konstitution möglich war, im sumpfigsten Fahrwasser der Reaktion. Der Ruf nach Reformen wurde immer lauter, gewisse Forderungen mußten bewilligt werden. Freiherr von Stein hob die Leibeigenschaft der Bauern auf. Der Krieg gegen Napoleon, versprach man, sollte wesentliche Erneuerungen für die ausgepreßten niederen Stände bringen. Die herrschende Klasse betrog sie um alles. Die sogenannten Freiheitskriege hatten Wegnahme der erkämpften Reformen, Entziehung früherer Rechte, schwärzere Reaktion denn je im Gefolge.

Aber Wolfgang Goetz dachte in seinem „Gneisenau" nicht daran, diese Grundfragen zu berühren. Wenn hie und da einmal das Wort Jakobiner fällt, wie man einem Freund einen Klaps auf die Schulter gibt, so dient die Cliquenspaltung seines Schauspiels nur der Gegenüberstellung eines begabten Ehrgeizigen mit einer Reihe unbegabter und gemeiner Ehrgeiziger. Er läßt sich vom Heroenkult als Selbstzweck tragen und sucht sich, der heutigen demokratischen Ideologie entsprechend, den modernsten dieser Heroen heraus. Weil das den Geschichtsbüchern der wilhelminischen Aera zuwiderläuft, glaubt man schon, es als historische Rettung bisher verkannter Geschehnisse buchen zu dürfen. Neuer Realismus soll es sein — aber es ist nur die gefährliche Verpflanzung der Geschichtsschreibung von 1813 auf das noch nicht historisch genug gewordene Verbrechen von 1914 und die Firmierung eines augenblicklich in der Ecke stehenden aber sehr explosivbereiten Pulverfasses mit der ebenso bekannten wie irreführenden Aufschrift „Freiheitskrieg", „Verteidigungskrieg". Das klingt selbst sozialdemokratischen Kriegskreditbewilligern lieblich in den Ohren. Und es ist so raffiniert verschwommen, mit so viel markigem Gestammel, mit falscher Satire und echter Sentimentalität aufgemacht, daß Alldeutsche wie Pazifisten sich gleichermaßen daran erheben können.

*

Warum wird das in Halle gespielt? Aus Gesinnungsgründen? Ach, wer wird immer gleich so tief denken! Die Leitung unseres Stadttheaters hat nur die löbliche Gewohnheit, die abgelegten Kassenerfolge der Berliner Theater auf Halle zu übertragen. Mit dem bombensicheren Geschäft in der Tasche läßt sich dann heiter sagen, man sei modern. Was in Berlin schon vorgestrig ist, wird hier als dernier cri serviert. Mut zeiget auch der Mameluck. Aber es ist eben kein Zufall, daß der Kassenerfolg mit der Gesinnung dieses Schauspiels eng verknüpft ist. Auf Kosten der Hohenzollern Preußen in der imperialistischen Völkerbunds-Alliance voran! Mut zeiget auch . . .

Aber selbst das bißchen Mut, das Wolfgang Goetz seinen fünf Akten beigegeben hat, verflüchtigt sich noch bei der Aufführung. Was die Karikierung der (heiligen drei) Könige angeht, so trifft zumindest auf den König von Preußen sein eigener Ausspruch zu: „Witz von Karikatur sein, daß man nicht weiß, wo Schwindel anfängt". Am Schluß des Stückes wird durch ein paar harmlos aussehende Sätze angedeutet, daß die königliche Ignorantenclique über das aufstrebende Bürgertum triumphiert. Das war gestrichen, weil der effektvoll knallige Aktschluß (von Günzel-Gneisenau allerdings mit wohltuender Zurückhaltung vorgebracht) den Leuten mehr am Herzen liegt, als die Festlegung des geschichtlichen Tatbestandes.

Was nun den Text dieser fünf Akte angeht, so wird an mehr als einer Stelle die Erinnerung an die Schwülstigkeit des seligen „Katte" wachgerufen, der gerade vor einem Jahr dieselben Leute in Begeisterung versetzte wie heute „Gneisenau". Die Kraftmeierei der preußischen Geschichtsschreibung läßt sich durch Umkehrung ins Sentimentale nicht aus der Welt schaffen.

Von der Aufführung muß dasselbe anerkannt werden. Trotz mancher Frische und einiger Ansätze zur schärferen Herausarbeitung wirkt sie so, daß die imperialistische Begeisterung der Spießer zu brodeln begann und solange hübsch warm gehalten wird, bis sie den neuen frisch-fröhlichen Krieg gargekocht hat. Olf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0006

Biegen oder brechen

Was ein Chinese kaum fassen kann

Als kürzlich ein durchgehendes Gespann mit voller Wucht gegen n neu errichteten Verkehrsturm am Riebeckplatz prallte, gab es r ein Biegen oder Brechen. Hätte man den Turm aus Glas er einem ähnlich wenig elastischen Material hergestellt, wäre er er zerbrochen. Der Turm steht auf eisernen Säulen, er brach o nicht und verbog sich nur. Es ergibt sich hieraus, daß es einer mlichen Wucht bedarf, um Eisen, soweit es nicht spröde oder härtet ist, zum Brechen zu bringen.

Im „Volkspark" brach Eisen wie sprödes Glas.

Saal und Galerien waren dicht gedrängt. Annähernd 3000 Personen mochten im Saal anwesend sein. Man sagt: Kein Apfel nnte zur Erde fallen. Und dann geschah das Unerhörte, das tsetzliche, das keiner von denen, die es erlebten, vergessen kann, ch wenn man es wollte.

Die 3000 Versammelten wollten Thälmann, den roten Präsidentaftskandidaten, kennenlernen und sprechen hören. Das war der weck ihres Versammelns. Plötzlich dringt durch die Tür rechts n der Bühne Polizei in den Saal. Allen voran der bereits zu r Zeit berüchtigte

Oberleutnant Pietzker.

ekunden nur, dann — Schüsse, wie aus einem Maschinengewehr, asseln durch den Saal. — Jetzt gibt's kein Biegen mehr. Jetzt richt alles. Tische, Stühle und Türen brechen unter dem Druck n wilder Angst zur Flucht gepeitschter Menschenmassen. Draußen n Treppenhaus staut sich die Masse vor dem breiten Treppenbgang. Es gibt kein Biegen mehr. — Das starke eiserne Geländer r Treppe bricht unter der Wucht dieser fliehenden Masse wie röbes Glas.

Es darf kein Biegen mehr geben, kein Nachlassen, keine faulen Kompromisse, keinen Burgfrieden mit den Todfeinden der Arbeiterasse, keine Reformen mehr für dieses Blut- und Mordsystem.

Wir wollen es zerbrechen!

*

Als im großen „Volkspark"-Saal anläßlich einer Veranstaltung er IAH. kürzlich ein chinesischer Genosse über die Lage in China rach, wurde ihm auch erzählt, daß in diesem Saal vor zwei Jahren hn Arbeiter erschossen und zahlreiche andere schwer verwundet urden. Dieser Genosse, aus einem „unkultivierten" Lande, in elchem zurzeit Arbeiterblut von den konterrevolutionären Generalen in Strömen vergossen wird, wollte anfangs diese Bestialität icht glauben. Man zeigte ihm die verschiedenen Kugeleinschläge, ie noch heute teilweise zu sehen sind. Dann schüttelte er nachenklich den Kopf. Wahrscheinlich hatte er erkannt, daß sich weiße nd gelbe Mordbuben in ihren Scheußlichkeiten völlig ebenürtig sind.

*

Am Sonntag, dem 13. März, demonstriert die hallische Arbeiterhaft auf dem Gertraudenfriedhof gegen die Pietzker-Schandtaten, ür die Opfer der Märzkämpfe.

Keiner darf fehlen!

Proletarische Tribüne. Heute abend pünktlich 8 Uhr Probe. Rollenbücher sind mitzubringen.

Ein Monster-Prozeß erster Klasse

Immer noch Nachklänge vom Volksentscheid

Dem reaktionären Richtertum ist die Kampagne zur Enteignung der ehemaligen Fürsten eine unerschöpfliche Fundgrube, immer neue Anklagen gegen die Arbeiterschaft hervorzukramen. Eins muß bei Beurteilung solcher Prozesse immer wieder in den Vordergrund geschoben werden: Seinerzeit hat die gesamte Arbeiterklasse alles getan, um möglichst viele Wahlberechtigte zur Abgabe ihrer Stimme für die restlose Enteignung der ehemaligen Fürsten zu gewinnen. Das konnte aber nur durch eine umfangreiche, sachliche und absolut politisch beweiskräftige Propaganda geschehen. Es ergibt sich hieraus mit zwingender Deutlichkeit, daß die Arbeiterklasse das allergrößte Interesse an einem ruhigen Verlaufe der Tage um den Sonntag der Abstimmung hatte. Es ergibt sich aber weiter hieraus, daß, wenn es in diesen Tagen in fast allen Orten zu erheblichen Ausschreitungen gekommen ist, **dies nur auf das Schuldkonto der vaterländischen Verbände zu setzen ist,** die in Ermangelung positiver

Jugend Halles heraus!

Am Sonntag, dem 13. März, demonstriert die hallische Arbeiterschaft zu den Gräbern der gefallenen Revolutionäre. Jeder muß bekunden, daß der Geist unserer Toten fortlebt. Wuchtiger als je muß dieser Aufmarsch werden.

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen treffen sich am Sonntagvormittag pünktlich ½10 Uhr auf dem Hallmarkt.

UBL. des KJVD. Halle-Saalkreis.

politischer Argumente gegen den Volksentscheid mit den übelsten Wegelagerermanieren operierten. Soweit Arbeiter sich in diesen Tagen mit den Faschisten tätlich auseinandersetzten, geschah es nur, um einen Angriff oder irgendeinen Terrorakt der Fürstenknechte und Volksfeinde abzuwehren. Wenn diese Logik in den Gehirnzellen der Jünger der Jurispudenz keinen Raum findet, sollten sie sich ihr Studiengeld zurückzahlen lassen.

Gestern begann vor dem hiesigen Erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kranz eine Verhandlung gegen zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs. Es handelt sich um die Vorfälle am 18. Juni vorigen Jahres, also dem vorletzten Tage vor dem Volksentscheid an der Taubenschule. Der Stahlhelm unternahm an diesem Tage eine Terrorfahrt, bei der es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen mit Arbeitern kam.

Für den Prozeß sind zirka 30 Zeugen geladen. Gestern wurden zuerst die beteiligten Stahlhelmer als Zeugen vernommen. Sie sind natürlich die reinen Lämmer, die kein Wässerchen trüben können und die von den bösen Kommunisten ohne alle Veranlassung überfallen wurden. Uebereinstimmend berichten sie, daß sie unbewaffnet waren. Das verträgt sich allerdings nicht mit der gerichtlichen Feststellung anläßlich der Verhandlung gegen ein Mitglied des Wehrwolfs, der beschuldigt wurde, an dem Ueberfall auf harmlose Straßenpassanten in der Liebenauer Straße beteiligt gewesen zu sein. In dieser Verhandlung, die mit dem Freispruch des Angeklagten endigte, konnte durch Zeugen der Nachweis erbracht werden, daß die Täter ein junges Ehepaar mit Knüppeln niederschlugen. Da es sich bei den Wegelagerern um dieselben handelt, die auch die Vorfälle an der Taubenschule inszenierten, ist damit der Nachweis erbracht, daß die Stahlhelmer, trotz ihrer entgegengesetzt lautenden eidlichen Aussage, **mit Stöcken und Knüppeln bewaffnet** waren.

Außerdem führten die Strolche schwere Pflaster- und Bruchsteine auf ihren Wagen mit sich. Das geht unter anderem auch aus der Aussage des einen Angeklagten hervor, der angibt, daß seine Frau von einem solchen Stein, der von einem Auto geschleudert wurde, getroffen ist. Ein anderer Stein habe ein kleines Kind auf die Hand getroffen, so daß diese lange Zeit dick geschwollen war. Dieser Angeklagte gibt zu, den schweren Stein auf das Auto zurückgeworfen zu haben. Weiter hat er aber mit der Sache nichts zu tun gehabt.

Es handelt sich auch diesmal um eine Monster-Prozeß, der gegen die Angeklagten geführt wird, um das ramponierte Ansehen der faschistischen Organisationen wieder etwas aufzufrischen. Auch die Tatsache, daß in dieser Angelegenheit anfänglich gegen mehr als zehn Arbeiter die Voruntersuchung geführt wurde, zeigt deutlich die lächerliche Konstruktion der Anklage.

Wie verlautet, soll der Prozeß erst am Donnerstag zu Ende geführt werden. Wir werden noch ausführlich berichten.

Finnland

heißt ein Film, den die hallische Kulturfilmgemeinde Montag abend im Thalia-Theater zeigte. Wirklich, ein guter Film, der die prächtigen Naturschönheiten Finnlands vor Augen führte. Da sehen wir aus der Vogelschau Finnlands Hauptstadt Helsingfors mit ihren schönen Bauten und herrlichen Anlagen. Wir gewinnen einen Einblick in Finnlands Land- und Forstwirtschaft. An anderer Stelle sehen wir die vereisten finnischen Häfen mit den in ihrer Eiskruste gespensterhaft aussehenden eingefrorenen Schiffen, die von Eisbrechern freigemacht werden. Im letzten Akt zeigt sich Finnland als Sportland. Finnland nimmt bekanntlich im Sportleben eine führende Stellung ein. Alle Sommer- und Wintersportarten werden gezeigt. Der Film ist als ein guter Naturfilm anzusprechen, bis auf den zweiten Akt.

Dieser brachte einen Beweis dafür, was die heutige bürgerliche Gesellschaft unter Kultur versteht: **Militärübungen der Infanterie, Artillerie, Kavallerie. Tankgeschwader** zeigen, wie sie sich über alle Hindernisse (selbst riesige Bäume) hinwegsetzen. **Schützengräben** werden aufgeworfen, feindliche Stellungen in die Luft gesprengt. Eine Parade der Truppen vor dem Präsidenten der „Republik" vervollständigte das Bild finnischer „Kultur".

Der Film hatte sechs Akte. Das ist bestimmt zu wenig. Der siebente Akt fehlt. Dieser hätte uns erst so richtig die wirkliche „Kultur" Finnlands klarmachen können. Er hätte zeigen können, was für eine hervorragende Rolle General von der Goltz mit seinen Baltikumtruppen in Finnland bei der Niederschlagung der finnischen Arbeiterschaft gespielt hat. Er hätte ferner den finnischen Arbeiterschlächter General Mannermann bei der Arbeit zeigen können, wie er so viele finnische Revolutionäre hinrichten und niederschlagen ließ. Das hat man bei der Herstellung des finnischen Kulturfilmes anscheinend vergessen. Aber auch die jetzige sozialdemokratische Regierung in Finnland wird wohl darüber keinen besonderen Film herausbringen. Aba.

Bekanntmachung

Die **Bayrischen Stickstoffwerke,** Aktiengesellschaft in Berlin, haben den Antrag gestellt, ihnen gemäß § 46 des Wassergesetzes das Recht zu verleihen:

1. Bis zu 6000 Kubikmeter Wasser stündlich aus der Elbe bei km 219,85 zur Benutzung als Kühlwasser in ihren Betrieben auf dem Werke in Piesteritz, Kreis Wittenberg, zu entnehmen und
2. bis zu 6000 Kubikmeter Kühlwasser stündlich in die Elbe bei km 220,14 wieder einzuleiten.

Gemäß §§ 65 bis 67 des Wassergesetzes wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekanntgemacht, daß die Zeichnungen und Erläuterungen bei dem Landratsamte in Wittenberg sowie bei dem Bezirksausschuß zu Merseburg eingesehen werden, und daß Widersprüche gegen die Verleihung sowie Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen zur Verhütung nachteiliger Wirkungen, der Verleihung und Ansprüche auf Entschädigung bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß schriftlich in zwei gleichlautenden Stücken oder mündlich zu Protokoll erhoben werden können. Für die Erhebung von Widersprüchen wird eine Frist bis zum 26. März d. J. gesetzt. Wer bis zu diesem Tage gegen die nachgesuchte Verleihung Widerspruch nicht erhebt, verliert sein Widerspruchsrecht.

Die Verleihung hat die Wirkung, daß von den Widersprechenden wegen nachteiliger Wirkungen der Ausübung des der Antragstellerin künftig verliehenen Rechtes nicht mehr die Unterlassung, sondern nur noch die Herstellung und Unterhaltung von solchen Einrichtungen, welche die nachteiligen Wirkungen ausschließen oder Entschädigung verlangt werden kann.

Für den Fall, daß mehrere auf eine Eingabe Widerspruch erheben, so ist ein Mitunterzeichner zu bevollmächtigen, um die Widersprechenden im Termin zu vertreten.

Innerhalb der gesetzten Frist sind auch solche Anträge auf Verleihung des Rechtes zu einer Benutzung der Elbe zu stellen, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung dieses Flusses beeinträchtigt werden würde; spätere Anträge auf Verleihung werden in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden. Diesen Anträgen sind eine Beschreibung, ein Lageplan und ein Bauplan je in drei Ausfertigungen beizufügen.

Zur Erörterung der Widersprüche und der sonstigen erhobenen Ansprüche wird Termin in dem Verwaltungsgebäude der Antragstellerin vor dem Oberregierungsrat von Podewils

auf Sonnabend, den 2. April 1927, vormittags ½9 Uhr,

angesetzt. Hierzu werden die Antragstellerin, die Widersprechenden und die sonstigen Beteiligten mit dem Bemerken vorgeladen, daß im Falle ihres Ausbleibens gleichwohl mit der Erörterung vorgegangen werden wird. *644

Merseburg, den 17. Februar 1927.

Der Bezirksausschuß. gez. v. Podewils.

Veröffentlicht

Piesteritz, den 8. März 1927. **Der Gemeindevorsteher.**

Allgemeine Ortkrankenkasse Naumburg a. d. S.

Freitag, 11. März, abds. 8 Uhr, im „Schützenhause":

Oeffentl. Mitgliederversammlung

Thema: 634

Zeitfragen der Krankenversicherung

Referent: Verbands-Geschäftsführer A. Heilmann, Magdeburg

Der Vorstand

J. A.: Rublack, Vorsitzender

Werbt f. d. Klassenkampf

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Stadt-Theater

Heut Mittwoch, 8 Uhr

M. v. Gneisenau

Donnerstag, 7 Uhr:

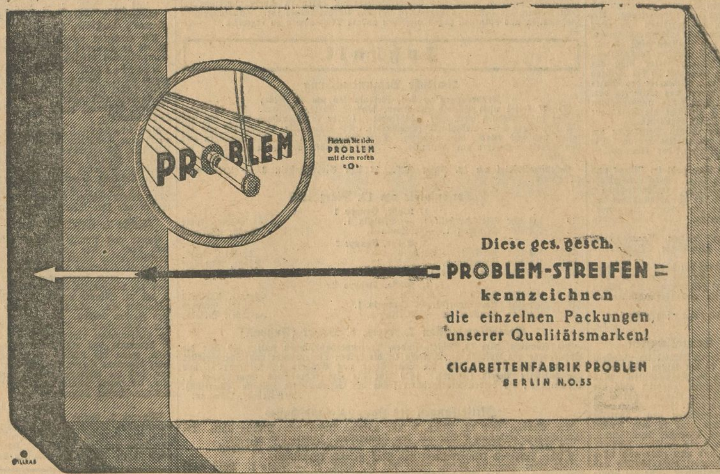
Die Walküre

Heute frische Wurst

bei 633

H. Schlüter,

Weißenfels, Langendorfer Str. 27



Genossen! Anhängende Bestellscheine benutzt bei der Werbung neuer „Klassenkampf"-Leser!

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: ....

Name: ....

Straße: ....

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: ....

Name: ....

Straße: ....

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: ....

Name: ....

Straße: ....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

An alle Arbeitersportler!

Am Sonntag, dem 13. März, vormittags ½11 Uhr, findet auf dem Gertraudenfriedhof

zu Ehren der Märzopfer

eine Massenkundgebung der hallischen Arbeiterschaft, verbunden mit einer Demonstration zum Hallmarkt statt.

Alle Arbeitersportler müssen es für ihre heiligste Pflicht ansehen, an jenem Tage geschlossen an der Kundgebung teilzunehmen. Wir haben davon Abstand genommen, Spielverbot zu beschließen, weil wir es als selbstverständlich erachten, daß jeder Arbeitersportler weiß, daß er an jenem Tage an die Gräber derer gehört, die ihr Leben

für die Sache der Arbeiterklasse

gelassen haben. Wir erwarten aber, daß alle Arbeitersportler von Halle, insbesondere auch die jugendlichen Arbeitersportler, von sich selbst aus den Beschluß fassen, daß etwa angesetzte Spiele während der Dauer der Veranstaltung unterbrochen werden und daß diese Sportgenossen sich

spätestens um 10 Uhr auf dem Roßplatz

einfinden und gemeinsam mit den übrigen Sportkollegen nach dem Gertraudenfriedhof marschieren.

Auch wir als Arbeitersportler haben nicht vergessen, daß in den Kämpfen 1919, 1920, 1921 die Besten des Proletariats ihr Leben ließen, wir haben nicht vergessen jenes scheußliche Blutbad, das in den Tagen der Präsidentenwahl ein Pietzker hier in Halle angerichtet hat. Wir wollen an den Gräbern unserer Gefallenen demonstrieren und bekennen, daß wir ihr Werk vollenden:

den Aufbau des Sozialismus.

Wir demonstrieren zugleich gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen drohende Kriegsgefahr, gegen Reaktion und Klassenjustiz, unter denen auch die Arbeitersportler ungeheuer zu leiden haben. Bedenkt, daß am Nachmittag des gleichen Tages die Nationalisten aufmarschieren und ihre Kriegshetzreden halten werden.

Durch eine wuchtige Kundgebung des hallischen Proletariats muß jenen Hetzreden der Wille der gesamten Arbeiterschaft, sich nicht wieder für die Ausbeuter auf die Schlachtfelder jagen zu lassen, entgegengesetzt werden. Dabei müssen gerade wir Arbeitersportler den lebhaftesten Anteil haben.

Auf, Sportgenossen, sammelt Euch vormittags 10 Uhr auf dem Roßplatz zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Gertraudenfriedhof!

Der Vorstand des Arbeitersport- und Kulturkartells Halle
J. V.: Franz Krause, 2. Vorsitzender.

Auf Skiern durch russische Wälder

Ueber den letzten Moskauer Ski-Wertungslauf erhalten wir folgende Schilderung:

Still war es im Ostankiner Wald an diesem Sonntage. Noch des Nachts herrschten die Winde, der ständige Gast der letzten Woche, aus Moskau vor. Die Schneedecke erschien als ein sicherer Schutz gegen die Versuche, den Wald zu betreten, die Stille durch ein fröhliches Lachen, durch laute Zurufe der Erholung suchenden Stadtmenschen zu brechen.

Das pfeifende Knirschen von Skier zerriß die Stille. Eine Gruppe Jugendlicher ging langsam in Kolonnen, sich mit ihren Skiern einen Weg vorwärts bahnend und behängte Bäume und Sträucher mit Verzierungen aus buntem Papier. Diese Verzierungen stellten die Wegzeichen dar, die den Teilnehmern der großen Skiläufe in Ostankina den Weg zuweisen sollten. Die Skier erleichterten die Vorwärtsbewegung und rückten die Aussichten der Läufer einander näher.

In dem zweistöckigen Holzhaus der Ostankiner Schule wimmelte es von Gästen. Lebhafte, aber konzentrierte Gesichter. Hinter den lustigen Scherzen verbargen sich die Gedanken über die bevorstehende Kräfteprüfung, über die Vorbereitung. Am meisten besorgt waren die Skiläufer der dritten Klasse, 145 derselben aus allen Zirkeln Moskaus, die stärksten jungen Skiläufer, hatten sich zusammengefunden. Sie hatten schon Läufe von 60 bis 80 Werst hinter sich und ermüden nicht einmal, wenn diese im Rotarmistenmantel mit dem Gewehr über die Schulter zurückzulegen waren. Auf so etwas waren sie vorbereitet. Diese Jugend verlor nicht den Mut. Wenn auf freiem Felde ein starker, stechender Wind ihnen bei 20 bis 25 Grad entgegenblies und kapitulierte nicht, als weit vom Ziel jeder Kilometer des Weges ihnen als zehn Kilometer erschien. Das stellt eine Abhärtung des Skisports dar.

Die Hauptsorge ist, nur nicht beim Start durch den Stoß eines unvorsichtigen Genossen zu stürzen, ob die Skier gut in Ordnung sind, ob nicht die Nase oder die Finger mit Vaseline einzureiben sind, denn es sind ja 16 Grad Kälte.

Wie die Pilze nach einem Regen schossen die Skiläufer in den Ortschaften um Moskau herum hervor, nachdem dort der Wettkampf veranstaltet wurde. Die Agitation ist eine Festung der Energie, der Unermüdlichkeit, der Gewandtheit der Skiwettläufer.

Ein Signal und der Kampf ist in vollem Gange. Der Weg geht im Zickzack und birgt hinterlistige Abhänge. Die einen beherrschen gut die Skier, achten aufmerksam und konzentriert auf Ueberraschungen bei einer schnellen Abfahrt, erraten rechtzeitig eine scharfe Wendung in den Sträuchern und fliegen wie der Wirbelwind auf der Ebene dahin. Andere sind ihrer Kraft nicht sicher, hoffen „vielleicht", „irgendwie" das Ziel zu erreichen. Die körperliche Elastizität ist gering. Die Stöße werden herb empfunden.

Schneller und schneller geht es bergab. Unerwartet tauchen Baumstümpfe, Sträucher auf. Und die Augen schließend, fliegt der geschwächte Skiläufer in großem Bogen in den tiefen Schnee.

Im Moment ist er wieder auf den Beinen. Der Konkurrent hat schon die Gelegenheit ausgenützt — wie jetzt ihn einholen? Macht nichts. Erneut vorwärts. Das Dickicht wird lichter. Die Bäume machen scheinbar den Skiläufern Platz, öffnen der jungen Energie, der Entschlossenheit, die ihre Kräfte und ihren Willen im Kampf für ein neues Leben abhärtet, freie Bahn.

L. Barcharsch (Moskau).

Sozialdemokratische Sportler gegen die Gewerkschaften

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 13. Januar einen Artikel im „Klassenkampf". Dies benutzten die SPD.-Mitglieder K. und H. in der letzten Mitgliederversammlung des Turnvereins zu einer wüsten Hetze gegen die Kommunisten. Man schwafelte von Schwindel, Lug und Trug, weil dieser Artikel angeblich nicht der Wahrheit entsprach. Warum nun diesen großen Ton? Unsere Genossen hatten in der letzten Generalversammlung folgenden Antrag eingebracht: Jeder Funktionär muß gewerkschaftlich organisiert und aus der Kirche ausgetreten sein. Derselbe wurde mit Hilfe der SPD.-Leute abgelehnt. Wir hatten aber in dem Artikel vom 13. Januar nur den gewerkschaftlichen Teil unseres Antrages berücksichtigt, weil gerade die SPD. in der Gewerkschaftssache uns immer als Zerstörer hinstellt. Und dies benutzte man, uns als Lügner, Schmierfinken und was nicht noch alles hinzustellen. Aber unsere Genossen blieben ihnen die Antwort nicht schuldig und prangerten sie dementsprechend an. Wer sind nun die Schwindler? Wie die proletarische Interessenvertretung der Konsumgenossenschaft durch die SPD.-Leute aussieht, möge folgender Fall noch beweisen. In derselben Generalversammlung wurde auch beschlossen, Vereinsgelder auf einer Sparkasse anzulegen. Es gingen drei Anträge ein, einer für den Arbeiter-Turn- und Sportbund, einer für die Konsumgenossenschaft und einer für ein bürgerliches Unternehmen. Der Spitzenvertreter der Aufbauliste im Konsumverein sprach für ein bürgerliches Unternehmen und gegen den Konsum. So wurde das Geld mit 16 gegen 5 Stimmen einem bürgerlichen Unternehmer überwiesen. Arbeiter, urteilt nun selbst, wer Arbeiterinteressen vertritt.

Außerordentliche Generalversammlung des TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle, e. V.

Am Mittwoch, dem 2. März, abends 8 Uhr, hielt die Ortsgruppe Halle der Naturfreunde im „Volkspark" eine außerordentliche Generalversammlung ab. Unter Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht der Leitung, gab der Vorsitzende die Neueinteilung der Zentralarbeitsgemeinschaft des Gaues und die Erfassung der Photogruppen bekannt. Die Jugendarbeit innerhalb der Naturfreunde ist mit Beginn des neuen Jahres auf Grund von Richtlinien der Reichsleitung für Deutschland neu belebt worden. Ferner wurde ein kurzer Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells gegeben und die Arbeitsweise kritisch gekennzeichnet. Weiter wurde eine Erhöhung des Eintrittsgeldes für alle Mitglieder mit Stimmenmehrheit beschlossen. Zur schnelleren Einziehung der Beitragsgelder werden mit Beginn des Monats März Hauskassierungen eingerichtet. Die Bestrebungen des Arbeiter-Radio-Klubs betr. der Schaffung eines Arbeiter-Radio-Programm-Ausschusses wurden sehr begrüßt. U. a. teilte der Vorsitzende weiter mit, daß die Bildung eines Arbeiter-Bildungs-Instituts in die Wege geleitet werden soll. Den vorbereitenden Ausschuß dafür bilden die Freie Schulgesellschaft, die Naturfreunde, der Kulturausschuß der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Ein Antrag der Leitung auf Anschaffung für Mobiliar für das Heim Breite Straße wurde einstimmig angenommen. Zur Bauplatzfrage konnte mitgeteilt werden, daß die Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt Halle günstig stehen und daß in Kürze mit der Zuweisung eines Bauplatzes zu rechnen ist. Der Satzungsänderungsantrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde zur Kenntnis gebracht, daß ab 1. April eine Ferien- und Wanderauskunftsstelle errichtet wird. Unter dem Punkt Organisatorisches kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. — Die Anträge zum Gautage, welcher am 3. und 4. April in Erfurt stattfindet, wurden von den drei eingebrachten zwei angenommen. Zur Vertretung der Ortsgruppe Halle wurden die Genossen Krech und Luft bestimmt und einstimmig gewählt. Zu diesem Punkte lagen die Richtlinien der Naturfreunde contra Ferienheimgenossenschaft vor, die zur Kenntnis der Mitglieder gebracht wurden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß eine Ferienfahrt vom 21 bis 28. August über Dresden—Prag—Wien—Salzburg—Nürnberg durchgeführt wird. Zahlreiche Anmeldungen zur Beteiligung sind schon jetzt erwünscht. — Zur Wiederkehr des 100 Todestages Beethovens wird am 22. März im Saale des Jugendheims Klosterstraße, eine Feier veranstaltet (. . . und was macht man zur Erinnerung z. B. an die Pariser Kommune? Wenn sich die hallischen Naturfreunde den Vorwurf der Kleinbürgerei ersparen wollen, dann müssen sie wirklich ihr Gesicht etwas ändern. Ein alter Naturfreund).

Uebungsplan zum Sportleiterlehrgang des 4. Bezirks im 5. Kreis

Sonnabend, den 12. März, nachmittags 5 Uhr, Eröffnung. 1. Laufen und Zweckgymnastik hierzu. 2. Kugelstoßen. 3. Hürdenlauf. 4. Allgemeiner Geländelauf. 5. Bad. 6. Vortrag: Die Leichtathletik im A.-T. u. Sportbunde. 7. Arbeitsgemeinschaft. Wettkampfordnung-Besprechung.

Sonnabend, den 19. März. 1. Wiederholung des praktisch Gelernten vom ersten Uebungstag. 2. Stabwechsel bei Stafetten. 3. Hallentraining (Allgemeine Gymnastik, Ordnungsübungen usw.). 4. Geländelauf. 5. Bad. 6. Sportmassage und Körpermessungen.

Sonnabend, den 26. März. 1. Training für kurze Strecke. 2. Speerwerfen. 3. Weitsprung mit und ohne Anlauf. 4. Hammerwerfen. 5. Stafetten. 6. Bad. 7. Vortrag: Die Aufgaben der Sportwarte.

Sonnabend, den 2. April. 1. Diskuswerfen. 2. Stabhochsprung. 3. Steinstoßen. 4. Stafetten-Stabwechsel. 5. Bad. 6. Arbeitsgemeinschaft-Organisierung der Sportfeste. 7. Fortsetzung der Körpermessungen.

Sonnabend, den 9. April. 1. Hochsprung mit und ohne Anlauf. 2. Schleuderball und Kugelwerfen. 3. Dreisprung. 4. Waldlauf. 5. Bad. 6. Besprechung des durchgenommenen Uebungsstoffes, der kommenden Waldläufe, Sportfeste und Bezirksausscheidungskämpfe, des Kreis-Turn- und Sportfestes sowie der Bundesmeisterschaften.

Der Lehrgang beginnt jeden Sonnabend pünktlich 5 Uhr auf dem Leichtathletikplatz am Naetherpark. Jeder Teilnehmer muß Sportkleidung, Turn- evtl. Rennschuhe, Badezeug (Handtuch, Seife, Bürste) mitbringen. Für den zweiten Kursustag hat jeder ein Springseil mitzubringen. Alle Vorträge, Arbeitsgemeinschaften sowie Sportmassage und Körpermessungen finden im R. N. Jugendheim statt. Der an allen Uebungstagen vorgenommene Lehrstoff bildet die Grundlage für die Sportleiter-Prüfung am 15. Mai. **Der Bezirkssportausschuß.** gez. Paschke.

Kartelle

Sportkartell Ammendorf. Die Sportkartellsitzung findet am Sonnabend, 12. März, abends 8 Uhr, in der „Deutschen Eiche" statt. **J. A.: O. Klage.**

Arbeiter-Sportkartell Holzweißig. Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal Häser eine Sitzung der Vereins- bzw. Abteilungsvorsitzenden und deren technische Leiter statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges und pünktliches Erscheinen Pflicht. — Gleichzeitig ersuche ich die Vorsitzenden, mir den Mitgliederbestand der Vereine vom 1. Januar, 1. Februar und 1. März zwecks Aufstellung einer Statistik bis zur obengenannten Sitzung mitzuteilen. **Otto Krüger, 1. Vors.**

Gräfenhainichen. Vom Arbeitersportkartell. In der letzten Sitzung des Arbeitersportkartells wurde u. a. die Abrechnung vom letzten Werbetag gegeben, die mit einem kleinen Ueberschuß abschließt. Es wurde bemängelt, daß der Werbetag seitens der organisierten Arbeiterschaft nicht die erhoffte Unterstützung gefunden hatte, was um so mehr zu bedauern ist, als das Sportkartell bisher alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft nach besten Kräften verschönt hat. Der Reichs-Arbeitersporttag soll in diesem Jahre am 26. Juni in großzügiger Weise gefeiert werden, da der durch die Vertreter der Arbeiterschaft gegen den Widerstand der Bürgerlichen geschaffene ideale Sportplatz nunmehr fertiggestellt ist. Die Brudervereine von Großmöhlau, Golpa, Zschornewitz, Jüdenberg, Schköna, Gröbern, Gossa, Crina, Schleitz und Burgkemnitz sollen zur Mitwirkung gebeten werden, um die Veranstaltung zu einer gewaltigen Demonstration für die Idee des Arbeitersports zu gestalten und den noch im gegnerischen Lager stehenden Klassengenossen zu zeigen, was der Arbeitersport in technischer Hinsicht zu leisten vermag. Geplant sind neben einer Reihe von Fuß- und Handballspielen Reigenfahren der Radfahrer, Massenfreiübungen der Turner, Stafettenläufe usw. und ein Umzug durch die Stadt. Die nötigen Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen. — Unter Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten einer Anzahl politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter einer scharfen Kritik unterzogen, die noch heute Mitglied in einem bürgerlichen bzw. sog. „neutralen" Sport- und Klimbimverein sind. Die beiden politischen Parteien sowie das Gewerkschaftskartell sollen in einem Schreiben ersucht werden, die betr. Klassengenossen auf das Unkonsequente ihrer Handlungsweise hinzuweisen und eventuell gegen dieselben andere Maßnahmen zu ergreifen. —er.

Fußball

Amtliche Bekanntmachung

Aenderungen zu den Serienspielen am 13. März

Nr. 47 leitet nicht Hunold, Cröllwitz, sondern Birke, Gröbers. Nr. 84 findet 2 Uhr in Reideburg statt. Nr. 136 findet ¼1 Uhr in Reideburg statt. Nr. 151 ¼4 Reideburg 2. — Askania 3. (Brachstedt). Die Spiele Nr. 11, 68, 119 und 161 fallen aus und werden neu angesetzt. Diese Aenderungen den Schiedsrichtern und den Vereinsvertretern zur Kenntnis. — Spiel 120 fällt aus, es erhält keiner die Punkte. **W. Rümpler.**

Gesellschaftsspiel am 13. März 1927. 12 Uhr Giebichenstein 3. — Löbejün 2. (Teutonia).

Serienspiele am 13. März 1927

		1. Klasse, Gruppe 1	
10	¼4 Uhr	Giebichenstein 1. — Viktoria 1.	Pezold, Fichte
12	¼4 Uhr	Minerva 1. — Askania 1.	Pabst, Wörmlitz
		1. Klasse, Gruppe 2	
31	¼4 Uhr	ASC. 1. — Teicha 1.	Thomas, Lettin
32	¼4 Uhr	Wörmlitz 1. — Zörbig 1.	Runge, Bruckdorf
33	¼4 Uhr	Sportbrüder 1. — Fichte 1.	Schulze, Teutonia
		1. Klasse, Gruppe 3	
46	¼4 Uhr	Lettin 1. — Trotha 1.	Stenzel, Cröllwitz
47	¼4 Uhr	Ammendorf 1. — Teutonia 1.	Birke, Gröbers
48	¼4 Uhr	Bruckdorf 1. — Sportlust 1.	Harzdorf, Viktoria

Protestkommission 2. Kreis, 6. Bezirk (Fußball)

Am Sonntag, dem 13. März, finden Protestverhandlungen statt. ½9 Uhr die Spielführer von Askania 1., Viktoria 1., die beiden Linienrichter und Schiedsrichter Brandt (Wörmlitz). 9 Uhr die Spielführer von Gröbers 1., Minerva 1. und Schiedsrichter Pezold (Fichte). ½10 Uhr die Spielführer von Sportbrüder 1., Wörmlitz 1., die beiden Linienrichter sowie der Schiedsrichter Heinicke (Sportlust).
Kurt Krüger, Obmann.

Mitteilungen des Hauptspielausschusses

Am Montag, dem 14. März, 9 Uhr abends, findet eine Sitzung statt. Die Schriftführer erscheinen 7 Uhr mit den Protokollen. Ferner sind geladen:
¾9 Uhr: Die Spielführer vom Spiel Nr. 189 und Kurt Uebe (Trotha).
9 Uhr: Schönfeld (Sportbrüder) und Max Heinicke (Sportlust).
½10 Uhr: Einspruch Fichte, Spiel Nr. 27, ASC. 1. — Fichte 1. Dazu beide Spielführer und der Schiedsrichter, ferner beide Linienrichter.
10 Uhr: Querengässer (ASC.) und der Schiedsrichter vom Spiel Nr. 78.
Arno Pezold, Obmann.

Teicha 1. — Zörbig 1. 1:2 (0:0)

Zörbig konnte mit viel Glück beide Punkte für sich buchen. Nach abwechselungsreichem Spiel konnte keine Partei zu etwas Zählbarem kommen bis zur Pause. Durch angeschossenen Handelfmeter ging Zörbig dann in Führung. Teicha nimmt eine Umstellung vor. Durch Fehler der Verteidigung kam Zörbig zum zweiten Tor. Eine Flanke vom LA. T. holt ein Tor auf.

Teicha 2. — Zörbig 2. 2:3. Beide Mannschaften lieferten ein flottes Spiel. Teicha kam durch Linksaußen zu zwei Toren. Bis Halbzeit holte Zörbig auf. Ein Elfmeter für Teicha konnte gehalten werden, war viel zu schwach geschossen. Zörbig glückte dann der dritte Treffer, der die zwei Punkte sicherte.

Teicha 3. — Löbejün 2. 2:0.

Diemitz 1. — ASC. 2. 3:0 (1:0)

ASC. hat Anstoß und der Ball wird von D. abgefangen, der Linksaußen von D. geht durch und flankt schön aufs Tor, welcher aber gut gehalten wird. Zwei Minuten später kann der Rechtsaußen von D. das erste Tor verwandeln. D. spielt überlegen, aber durch den Wind stark beeinträchtigt, kann zu keinem Erfolge mehr kommen. Einen Elfmeter bekommt D. zugesprochen, welchen der Torwart in glänzender Manier hält. Kurz darauf erfolgt Halbzeit. Nach der Halbzeit ist D. immer tonangebend und drückt ASC. vollständig in ihre Hälfte. Durch die vielbeinige Verteidigung kommen sie auch zu keinem Erfolge. D. zieht sich etwas zurück, wodurch das Spiel offener wird. Dadurch können sie noch zweimal unhaltbar einsenden. So bleibt es bis zum Schluß

Mitteldeutsche Spielvereinigung. 2. Kreis, 8. Bezirk. Serienspiel

Der dritte Sonntag der Serie ist vorüber, alle Spiele wickelten sich programmmäßig ab. Holzweißig 1. fertigte Gräfenhainichen 1. mit 4:0 ab. Sportverein Sandersdorf und Greppin lieferten sich ein Spiel, welches mit 0:0 endete. Resultat entspricht ganz dem Spielverlauf. Von Holzweißig liegt kein Bericht vor. Greppin 1. gegen Sportverein Sandersdorf 1. 0:0 (0:0). Der Schiedsrichter Mittmeier gibt pünktlich den Ball frei, Greppin ist anfangs im Nachteil, Sandersdorf stattet dem Tor gefährliche Besuche ab, doch der Torhüter Gr. klärt alle Situationen. Auf und ab wogt der Kampf, wer wird den Führungstreffer anbringen? Halbzeit. Nach Wiederanstoß ist Gr. im Vorteil, nutzt jedoch die ihm gebotenen Gelegenheiten nicht aus, da der Sturm zu hilflos spielte. Endlich scheint die Spannung gelöst, Sandersdorf erhält einen Handelfmeter zugesprochen. Selbiger, gut getreten, wird ebenfalls in blender Manier gehalten, also wieder keine Lösung. Nach einiges Mittelfeldspiel, dann Schluß dieses interessanten Treffens. Niemegk 1. schlägt Wolfen 1. mit 5:1 aus dem Felde, während Wolfen zur Pause noch mit 1:0 in Führung lag. 03 Bitterfeld 1. — Leipzig Plagwitz 1. 2:1 (0:0). Dieses Spiel hätte Plagwitz knapp gewinnen müssen, waren sie doch zu jeder Zeit die technisch bessere Elf, 03 gleicht dieses durch unermüdlichen Eifer aus. Wo war der Schiedsrichter-Obmann? — Weitere Resultate: Greppin 2. — Petersroda 2. 3:2. Greppin 1. Jugend — Piesteritz 1. Jugend 0:0. Niemegk 2. — Wolfen 2. 6:3 (4:1). 03 Bitterfeld 2. — Sandersdorf 1. 6:3 (2:2). Sämtliche Vereine werden ersucht, die Resultate pünktlich und ordnungsgemäß zu melden.

Hohenmölsen 1. — Theißen 1. 2:1

Jederzeit offenes und von Anfang bis Ende scharfes und schnelles Spiel. H. hatte ein kleines Plus. Th. eine kräftige und stabile Mannschaft, gibt einen guten Gegner ab. Zum Spiel selbst noch folgendes: H. hat Anstoß, kommt aber nicht weit, denn schon geht Th. vor. Die Hintermannschaft klärt aber und schafft Luft. H. greift immer wieder an, doch der Gegner ist auf dem Posten und schießt aus allen Lagen. Eine Ecke wird von H. durch H. R. zum Führungstor eingeköpft. Es geht lebhaft weiter. Th. läßt nicht nach und wirft sich immer wieder nach vorn, so daß unser Tormann sein gutes Können wiederholt unter Beweis stellen muß. H. kommt jedoch bis zur Pause zu einem zweiten Tor und liegt so mit 2:0 in Führung. Nach Seitenwechsel gehts scharf weiter. Beide Mannschaften halten gut durch und suchen die Stellungen zu verbessern. Doch Erfolge bleiben aus, bis Th. vier Minuten vor Schluß zum einzigen Tor kommt. Diese drehen jetzt nochmals auf, um wenigstens zum Ausgleich zu kommen, doch er bleibt ihnen versagt. — Hohenmölsen 2. gegen Hageneſt 2. 2:0. Die Gäste stellten eine kräftige Mannschaft, konnten auch sonst gefallen. H. weist durch Zugang, der sehr gut zu werden verspricht, eine schöne Formverbesserung auf. Sie stellten denn auch den Sieg sicher. — Hohenmölsen 3. gegen Theißen 2. 0:9. In diesem Spiel bekam man von den H. einen Klassefußball zu sehen, der wirklich mehr erheiternd wirkte. — Hohenmölsen Jugend gegen Zeitz Jugend 2:1. Unser Meister war zum Rückspiel nach Z. gefahren.

Sonntag, 13. März: 1. und 2. nach Dürrenberg. Jugend nach Berka.

Voranzeige. Sonntag, den 20. März, Kreismeister VfL. 88 Naumburg gegen Hohenmölsen. Anstoß 4 Uhr in Hohenmölsen.

Handball

Spiele für 13. März

	1. Klasse	
¼4 Uhr	Othello — Fichte Ammendorf	Schanze, Fichte
½3 Uhr	Fichte — Freie Turner Bernburg	Mosebach, Sportlust
3 Uhr	Schafstädt — ABV.	Schmelzer, Merseburg
4 Uhr	Osmünde — ASC.	Schaaf, Wörmlitz
10 Uhr	Wörmlitz — Canena	Rößler, ASC.
3 Uhr	Frisch auf — Schwimmer	Perl, Minerva
¼4 Uhr	Schraplau — Adler	Speerfeld, Wörmlitz
½10 Uhr	Minerva — Diemitz	Bornkessel, Othello
	2. Klasse	
½2 Uhr	Othello 3. — Fichte Ammendorf 2.	Schwimmer, Ammendorf
½3 Uhr	Othello 2. — Schwimmer Ammendorf	Fichte, Ammendorf
½2 Uhr	Fichte 2. — Freie Turner Bernburg	Adler
9 Uhr	Wörmlitz 2. — Zwintschöna 1.	Fichte, Ammendorf
3 Uhr	Osmünde 2. — ASC. 2.	Wörmlitz
2 Uhr	Frisch auf 2. — Schwimmer 2.	Dölau
½3 Uhr	Bennstedt 1. — 09 1. (Cöllme)	Wörmlitz
½9 Uhr	Minerva 2. — Seeben 1.	ASC.
11 Uhr	Fichte 3. — Eisdorf 1.	Othello
	Sportlerinnen	
12 Uhr	Fichte 2. — Sportlust 2.	Frisch auf
10 Uhr	Fichte 1. — Sportlust 1.	Othello
12 Uhr	Viktoria — Schwimmer	Fichte
11 Uhr	Sportbrüder — Cröllwitz	ASC.
	Jugendmannschaften	
½10 Uhr	Osmünde — Othello	Sportlust
4 Uhr	Fichte 1. — Bernburg	Minerva
½1 Uhr	Fichte 2. — Zwintschöna	Schwimmer, Ammendorf
	Schülermannschaften	
9 Uhr	Fichte 1. — Othello 1.	Adler
11 Uhr	Giebichenstein — Wörmlitz	Fichte
11 Uhr	ASC. 1. — Zwintschöna	Schwimmer, Halle
½11 Uhr	ASC. 2. — Minerva	Schwimmer, Halle

Mittwoch, 9. März, findet eine Schiedsrichterausschußsitzung abends 8 Uhr in der „Blume", Torstraße, statt. **Adolf Werge**, Obmann.

Wir erwarten von allen Sportlern soviel proletarisches Klassenbewußtsein, daß sie die zu Sonntag vormittag angesetzten Spiele absagen und sich an der März-Demonstration beteiligen.

Verbindlich. Zum 13. März sind folgende Spiele abgesagt: Bennstedt 1. gegen 09 1.; Sportlust 2. Sportlerinnen — Fichte 2. Sportlerinnen. Folgendes Spiel findet noch statt: Bruckdorf 1. — Queis 1. um ½8 Uhr Bruckdorf, leitet Wiedenbein (Wörmlitz).

Heute, Mittwoch, den 9. März, Schiedsrichterausschußsitzung ½8 Uhr im Restaurant „Zur Blume".

Verbindlich. Montag, den 21. März, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Vollsitzung statt. Zu erscheinen haben sämtliche Vereinsdelegierten und sämtliche Schiedsrichter. Schiedsrichter, welche unentschuldigt fehlen, werden gestrichen. **Betrifft Serienspiele:** Die Disqualifikation von Giebichenstein ist aufgehoben. Minerva Sportlerinnen sind mit 3 Mk. bestraft wegen Nichtantretens gegen Cröllwitz Sportlerinnen am 6. März. — Die Serienspiele für Handball beginnen am 3. April. Die Terminlisten werden zur Vollsitzung ausgegeben. (Die Manuskripte müssen unbedingt deutlich und mit Tinte geschrieben werden, sonst müssen wir ihre Veröffentlichung ablehnen.)

Fichte 1. Schülerinnen — ASC. 1. Schülerinnen 2:0 (0:0)

Sofort nach Anpfiff entwickelte sich ein sehr flottes und eifriges Spiel, an dem man seine Freude hatte. Flink und lustig wie die Wiesel waren sie am Ball. Verschiedentlich wurden vor dem ASC.-Tore Situationen geschaffen, die die Verteidigung, besonders die Torwächterin, sehr sicher klärten. Torlos ging es in die Halbzeit. Nach kurzer Pause legte Fichte, jetzt mit Wind spielend, mächtig vor, aber die vielbeinige Verteidigung von ASC. erstickte die Angriffe derselben. Doch in der 31. Minute wurden sie schön überspielt, und die Halbrechte Fichtes sendete unhaltbar ein. Die M.-St. konnte kurz vor Schluß sogar den zweiten Treffer für ihre Farben buchen. Der Schiedsrichter hatte manchmal sehr schweren Stand bei dem „Klumpspiel". Beiden Mannschaften wäre daher zu empfehlen, daß sie mehr die Seitenposten einhalten, damit ein offenes Spiel zustande kommt. Es ist nur zu bedauern, daß nicht mehr Gegner vorhanden sind, denn zum Schaden wäre es nicht, wenn die Kleinen Ergänzungssport betreiben, wozu sich das Handballspiel ganz besonders eignet, weil da der ganze Körper arbeitet und betätigt ist. Hoffen wir, daß die Vereine, wie **Wörmlitz, Ammendorf, Schwimmer Halle,** Merseburg usw., die gewiß Schüler und Schülerinnen besitzen, baldmöglichst darangehen, Handballmannschaften aufzustellen.

Minerva 1. — Osmünde 1. 3:1

Minerva 1. weilte am Sonntag in Osmünde zu Gaste. Punkt 3 Uhr gibt der unparteiische Schiedsrichter den Ball frei. M. hat Anwurf und spielt gegen Wind. Kurz vor Halbzeit sendet M. den ersten Treffer ein, dem bald der zweite folgte. Osmünde holt ein Tor auf. Halbzeit geht es wieder auf und ab. Das Spiel wird scharf. M. sendet noch ein drittes Tor ein.

Vereinsmitteilungen

HFC. Teutonia 08. Am Sonnabend, dem 12. März, findet unsere fällige Mitgliederversammlung statt, wozu jedes Mitglied zu erscheinen hat. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft. In der Platzangelegenheit ist eine Aenderung eingetreten. Alles Nähere in der Versammlung. Sonntag, den 13. März, spielen alle Mannschaften gegen Fichte Ammendorf. [129

Reisebrieftaubenverein Luftpost, Halle-Ost. Am Sonnabend, dem 12. März, findet unsere Generalversammlung abends 8 Uhr, bei Max Weber, Flugplatz-Kasino, statt. 130] Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Halle. Ausfahrten für März: Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr: Roßplatz zur Demonstration. Nachmittags Schnitzeljagd durch die Heide. Sonntag, den 20. März, nach Burgliebenau: Abfahrt 1 Uhr Riebeckplatz. Sonntag, den 27. März, nach Leipzig: Abfahrt 7 Uhr Riebeckplatz. Sonntag, den 3. April, nach Canena (zur Bezirksmeisterschaft): Abfahrt ½2 Uhr Riebeckplatz. [131

Arbeiter-Wassersportverein Böllberg-Wörmlitz. Am Freitag, abends 8 Uhr, im Bad Vorstandssitzung. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend im Gasthof Wörmlitz unsere fällige Monatsversammlung stattfindet. Da wichtige Beschlüsse vorliegen, ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes unbedingte Pflicht. [132

Am Sonntag beteiligen sich alle Arbeitersportvereine von Halle und Umgebung geschlossen an der Märzkundgebung, treffen sich auf den Sammelplätzen der hallischen Arbeiterschaft und marschieren mit hinaus **nach dem Gertraudenfriedhof!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

An die Ortsgruppen des Geiseltals!

Am Sonntag, dem 13. März, findet in Neumark eine

Gedenkfeier für die Märzgefallenen

statt. Treffpunkt um 1 Uhr bei Schumann. Alle Parteigenossen und roten Frontkämpfer müssen sich restlos beteiligen.

Genossen! Kameraden! Werbt und sorgt für einen wuchtigen Aufmarsch der klassenbewußten Arbeiterschaft des Geiseltales.

Parole am Sonntag: Auf nach Neumark zu den Märzgräbern unserer gefallenen Kampfgenossen!

Die UBL. der KPD. Merseburg-Querfurt.

Zwei Esag-Direktoren als Betrüger vor Gericht

Wir brachten vor einigen Monaten im „Klassenkampf" Berichte über die liederlichen Zustände bei der Esag und speziell im Kraftwerk „Groß-Kayna". Heute sind wir in der Lage, einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung zu bringen, die über die Buchführung der Esag Bände spricht.

Ein Angestellter namens Hille war vor Jahren in einem Esag-Werk Südbayerns beschäftigt. Ein Aufsichtsratsmitglied zeigte sich gegen ihn sehr wohlwollend. Er bringt es dadurch ziemlich hoch, und zwar noch über Prokuristen und Direktoren. Er schaffte es bis zum Direktor bei der Hauptverwaltung der Esag in Halle. Ein gewisser Hagemüller, der mit dem Hille in Bayern zusammen als Lohnbuchhalter tätig war, wurde von Hille aus „alter Freundschaft" als Privatsekretär angestellt. Nach sechs Monaten wurde dieser Hagemüller sogar kaufmännischer Betriebsdirektor in Zeitz. Dieser Hagemüller, dieser kaufmännische Direktor, hatte sich nun, zusammen mit dem technischen Direktor Macha vor dem großen Schöffengericht in Weißenfels wegen Untreue zu verantworten. Beide wurden beschuldigt, unberechtigterweise Vorschüsse entnommen zu haben, die nicht ordnungsgemäß verbucht worden waren. Der Macha war **nebenbei noch Besitzer eines Elektrowerkes in Eckartsberga, einer Schlackenmühle in Königssee und außerdem Mitinhaber eines Installationsgeschäftes in Lohenau!** Bei diesen Unternehmungen hatte sich Hagemüller 50 Prozent des Reingewinns gesichert, **ohne einen Handschlag dabei zu tun!** Die Installationsgeschäfte waren gleichzeitig Lieferanten für die Betriebsstelle Zeitz der Esag.

Der Geschäftsverkehr unter diesen Betrieben

war sehr interessant. Wurden Aufträge erteilt, wurden dieselben von der Esag gleich bezahlt, die Lieferung der betreffenden Stücke ließ allerdings recht lange auf sich warten. Für 13 700 Mark wurde nur an 2500 Reichsmark Waren geliefert. Darin wurde vom Gericht gemeinschaftlicher Betrug zugunsten der Angeklagten erblickt. Der Hagemüller wurde außerdem noch beschuldigt, mit dem Automobil der Esag Vergnügungsfahrten sogar bis nach Italien unternommen zu haben. Die Verhandlungen zogen sich sehr lang hin. Die Zeugenvernehmung dauerte allein vier Stunden. Zuerst wurden

die Vergnügungsfahrten des Hagemüller

erledigt. Derselbe erklärt, daß er sich berechtigt fühlte, den Wagen zu Privatzwecken zu benutzen. Er habe die Esag nicht um Benzin betrogen. Der Zeuge Schünke dagegen bekundet, daß Hagemüller den Wagen zu reinen Vergnügungsfahrten benutzte, die mindestens einige Hundert Liter Benzin fraßen. Bei der Reinigung des Autos habe er nach solchen Dienstfahrten

Blumen und Haarnadeln im Auto

gefunden. Auch der Chauffeur Weber sagt, daß H. Privatfahrten im großen Maße unternommen hat. Er selbst habe den Tank des Wagens jedesmal mit Benzin gefüllt, am anderen Morgen wäre derselbe immer leer gewesen.

Der Angeklagte Macha bestritt, die Absicht gehabt zu haben, die Esag zu betrügen. Bei dem Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz sei er als Betriebsleiter tätig gewesen. Dann habe die Esag für den Verband die Stromversorgung übernommen. Da wurde er mit übernommen. Ihm zur Seite wurde Hagemüller als kaufmännischer Direktor gestellt. Er habe sich nicht um den geschäftlichen Teil des Betriebes gekümmert. Hagemüller hätte selbständig alle Geldanweisungen geregelt. Sie hätten sich beide, er und H., berechtigt gefühlt, Vorschüsse auf ihren Gehalt zu entnehmen, weil ihnen der frühere Direktor Schneider, der jetzige Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt, zugesichert habe, ihr Gehalt von 13 300 auf 17 000 Mark zu erhöhen. Die Differenzen in Zahlung und Lieferung zwischen der Esag und den Installationsfirmen seien auf unglückliche Zufälle zurückzuführen. Wenn er nur etwas davon erfahren hätte, dann hätte er natürlich die Beträge zu seinen Lasten schreiben lassen.

Bei den Verhandlungen ergab sich, daß Hagemüller der geistige Führer der Betrügereien war. Er nützte geschickt die Aeußerungen der Zeugen für sich aus. Zur Skizzierung seines Charakters sei erwähnt, daß Hagemüller **zur Zeit, als er als lediger Mensch 17 000 Mark pro Jahr verdiente,**

seinen Vater in München Armenunterstützung beziehen ließ.

Hagemüller führte zu seiner Entlastung in der Vorschußangelegenheit die gleichen Gründe an, wie Macha. Schneider hätte ihnen 17 000 Mark Jahresgehalt versprochen und auf dessen Wort habe er sich jederzeit verlassen können.

Riso, der Direktor von der Hauptverwaltung der Esag in Halle, gab an: H. und M. hätten, als sie zu Betriebsdirektoren ernannt wurden, Kollektiv-Vollmacht erhalten. **Ihm wäre unbekannt gewesen, daß Macha ein Elektrowerk in Eckartsberga besaß. Von dem Kauf der Schlackenmühle habe er erst später Kenntnis erhalten. Daß Macha Besitzer eines Installationsgeschäftes in Lohenau war, wäre ihm unbekannt gewesen.** Ebenfalls, daß Macha für die Esag lieferte. Das wäre demselben sonst verboten worden. Zu der Vorschußentnahme wären die Angeklagten nicht berechtigt gewesen, da sie einen solchen von der Hauptverwaltung anfordern mußten. Ebenfalls wäre dem Angeklagten bekannt gewesen, daß für eine **Gehaltserhöhung** der frühere Direktor Schneider nicht mehr zuständig war. Er habe auch im März 1925 den Beiden mitgeteilt, daß von einer **Gehaltserhöhung keine Rede sein könne. Trotzdem seien die Vorschußentnahmen weiter erfolgt.** Von diesen Vorgängen habe die Verwaltung erst Kenntnis erhalten durch eine Revision, die auf Antrag des Elektrizitätsverbandes Weißenfels-Zeitz stattfand. Der Zeuge, Professor Schneider, gab an, daß er mit den Angeklagten über eine Neuregelung der Gehälter gesprochen habe. Möglich sei, daß auch die Summe von 17 000 Mark genannt wurde. (Hört, hört!) Er habe sie aber nicht im Zweifel gelassen, daß der Aufsichtsrat seine Zustimmung geben müsse. Auch hätte er den Macha nicht entlassen können, weil derselbe als Fachmann unentbehrlich war. **Hagemüller sei extra nach Zeitz geschickt worden, Mache zu kontrollieren.** Statt dessen habe derselbe mit Macha gemeinsame Sache gemacht.

Der Angeklagte Hagemüller

erklärte, daß er ebenfalls wisse, daß sich der Professor Schneider auch ohne die Einwilligung des Aufsichtsrates einen **Vorschuß in Höhe von 20 000 Mark** entnommen habe. **Also genau dasselbe, was er getan hat. Dazu äußerte sich der Professor Schneider nicht!**

Der Direktor Riso erklärte, daß er von diesem Vorgange keine Kenntnis habe. Man müsse den **Professor Schneider erst selbst einmal danach fragen!!!** Als Riso befragt wurde, wieviel ungedeckte Schulden die Angeklagten hinterlassen hätten, äußerte er, **daß er aus bestimmten Gründen** keine Zahlen nennen wolle.

Der Lagerverwalter Kleemann sagte aus, daß er Macha wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, daß sich im Lager bezahlte Rechnungen befänden, für die keine Ware vorhanden sei. Macha habe darauf immer geäußert, daß die Lieferungen sofort erfolgen würden. Der Zeuge Seidel erklärte, daß im Mai 1925 eine Revision in Aussicht stand und H. damals 3500 Mark in die Kasse getan habe, später habe er wieder für 2500 Mark Bons in die Kasse getan und **sich das Geld genommen!** Direktor Nolte als Sachverständiger gab an, daß er vom Revisionsverband beauftragt wurde, am 1. Oktober 1925 eine

Revision in Zeitz

vorzunehmen. **Hagemüller habe ihn anfänglich daran gehindert** und auch Aenderungen in der Kasse vorgenommen. Er sei denn auf alle Mißstände gestoßen. Die Form, wie die Vorschüsse entnommen wurden, könnte nicht als Entnahme von Vorschüssen bezeichnet werden, denn die Bons lauteten auf Steuern, Aerztekosten, Miete usw.! H. habe ihm darauf erklärt, daß er an die Esag noch Gegenforderungen habe. Darauf wurde Halle angerufen, und der Direktor Hille, **der sich jetzt in der Türkei aufhält,** versuchte die Sache zu bemänteln. Als er jedoch die Höhe der Vorschüsse erfuhr, gab er an, nichts zu wissen. Die Mißstände hätten nicht einreißen können, wenn „Direktor" Hille eine ordnungsmäßige Revision vorgenommen hätte. Hille hat immer nur Kontoauszüge angefordert. Eine solche Geschäftsführung, wie bei der Esag, habe er in seinem Leben noch nicht vorgefunden. Auf Grund der Beweisaufnahme war der Staatsanwalt überzeugt, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben. Er ließ alles, was den Angeklagten nicht positiv nachzuweisen war, fallen. Es kam ungefähr bei jedem Angeklagten eine **Veruntreuung von 4000 Mark** und bei den **Nichtlieferungen bezahlter Waren eine solche von über 11 000 Mark in Frage.** Er beantragte für jeden ein Jahr Gefängnis. Rechtsanwalt Meyer forderte für seinen Klienten Macha Freisprechung. Bei der Esag habe eine große Luderwirtschaft geherrscht und auf Grund derselben seien die Differenzen entstanden. Macha habe nicht die Absicht des Betruges gehabt. **Das Urteil für Hagemüller lautete auf neun Monate und für Macha auf sechs Monate Gefängnis.**

Solche gelinden Urteile für solche „hochstehenden" Personen kennzeichnen das Gericht. Einen Arbeiter hätte man mit mehreren Jahren verdonnert. Nun, die Proleten der Esag und die gesamte Oeffentlichkeit erkennen die Sachlage. Ueber den Esag-Skandal ist noch nicht das letzte Wort gesprochen!

Werksgemeinschaftler als Spritschmuggler

Aus Runstedt (Kr. Merseburg) wird uns berichtet: Der Polizei ist es jetzt gelungen, als Kognack und Schnapslieferanten für die Werksgemeinschaft den Fleischer und jetzigen Bergmann Hugo Winkel in Runstedt nebst seinem Landsmann in Gr.-Kayna bei einer Haussuchung zu überführen. Die Beiden hatten sich vorgenommen, die Werksgemeinschaftler mit billigem (?) Fusel (à Liter 5 bis 6 Mark, anderswo kostet er 3 bis 3,50 Mark) in Stimmung zu halten. Trotzdem sie von der bevorstehenden Haussuchung Kenntnis erhielten, fiel doch noch ein großer Teil in die Hände der Polizei. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben, da Steuerhinterziehung in Betracht kommt.

Winterkonzert vom Volkschor Merseburg

Ueber dieses Konzert, das vor einiger Zeit in Merseburg stattfand, berichteten wir am 3. März unter Merseburg-Leuna-Querfurt. Zu diesem Bericht erhielten wir einmal von dem Bezirks-Chormeister und dann von einem im Sängerchor organisierten Genossen Berichtigungen. Dazu müssen wir zunächst feststellen, daß unserem Berichterstatter insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als die Behauptung, der Eintrittspreis habe 2,50 bis 3 Mark betragen, nicht stimmt. Uns wird angegeben, der Eintrittspreis habe 1,25 Mark betragen.

Wir stellen das hiermit gern richtig und erwähnen außerdem, daß zur Hauptprobe für Sozialrentner und Erwerbslose der Eintrittspreis 30 Pfennig betragen hat, und die Kinder des Waisenhauses, sowie die über zehn Jahre alten in Begleitung Erwachsener anwesenden Kinder freien Eintritt hatten. Diese Veranstaltung war allein von über 700 Personen besucht.

Auf eine Auseinandersetzung über die Frage einzulassen, ob die Arbeitersängerbewegung unter dem Motto: „Die Kunst dem Volke durch das Volk" arbeiten soll, halten wir für überflüssig aus dem Grunde, weil es für Marxisten eine abgeschlossene Erkenntnis ist, daß die Kunst in der heutigen Gesellschaft keine neutrale, sondern eine im Dienste der Ausbeutergesellschaft stehende Kunst ist.

Um aber die Meinung der Sänger über die mehr praktischen Dinge zur Geltung kommen zu lassen, drucken wir nunmehr die uns zugesandte Erwiderung des Bezirks-Chormeisters Walter Utecht ab, bemerken jedoch zuvor, daß es sich in unserer Berichtigung nicht handelte um eine „böswillige Herabwürdigung der Tätigkeit des Merseburger Volkschors", sondern, daß jeder nüchterne Ueberprüfer unseres Berichtes uns zugeben muß, daß darin ein ehrlicher Proletarier sprach, der den Sängern eben den Vorschlag machte, mehr die Kampflieder und weniger die sogenannten „Kunstlieder" zu pflegen. Wenn wir die Kritik sowohl wie die Antwort auffassen als Beiträge zur Klärung der tatsächlich über die Rolle der Arbeitersängerbewegung im Rahmen der Arbeiterbewegung vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, dann wird diese Auseinandersetzung bestimmt mit dazu beitragen, daß ein engeres Kampfbündnis zwischen den Arbeitersängern und der übrigen Arbeiterschaft erreicht wird.

Wir lassen nun die Zuschrift folgen, in der Erwartung, daß wir damit dem zuletzt geäußerten Wunsche Rechnung tragen:

Zum „Mendelssohn-Abend" des Merseburger Volkschors

Es ist ausgeschlossen, daß ich als musikalischer Leiter mehrerer Arbeitersängerchöre Sonderwünsche (.... aber vielleicht Wünsche der Arbeiterklasse? D. R.) beachten kann. Für mich einzig und allein maßgebend sind die Richtlinien, wie sie unser großer Deutscher Arbeitersängerbund gibt, sind die Berichte und Aufsätze, wie sie jeder Arbeitersänger in unserer Sängerzeitung lesen kann. Hätte das jener Schreiber über die „Walpurgisnacht" von Mendelssohn getan, dann hätte er der Arbeitersängerbewegung vielleicht einen Nutzen getan, während er so Empörung und Verdruß geschaffen hat. Ist das Absicht einer Arbeiterpresse? Nein! Gewiß gehören in das Arbeitsprogramm meiner Volkschöre auch Chöre und Werke, die vom Geiste der Arbeiterbewegung erfüllt sind. So nannte sich das letzte Konzert des Merseburger Volkschors in Gemeinschaft mit dem Weißenfelser Volkschor „Das Lied an die Freiheit" (Zirka 300 Sänger sangen mit Orchester Uthmanns „Sturm" und „Das heilige Feuer", Frieds „Erntelied"). Vor zwei Wochen sang der Dürrenberger Volkschor sein Winterkonzert „Proletarische Kunst" mit der Erstaufführung im ganzen Gau Leipzig des neuesten Werkes „Ein Arbeiterleben" von Zürn. Aber derartige Programme allein sind doch nicht die Aufgabe der Arbeitersängerchöre und im besonderen der Volkschöre. Ist es denn ein Kennzeichen des Revolutionären, anderen, etwa geistigen Lebensgebieten ablehnend gegenüber zu stehen? (Gewiß ist das auch ein Kennzeichen!) So weit wird es schon nicht kommen, daß die Arbeitersänger vor lauter Kunst und Schönheit die brutale Wirklichkeit vergessen. Die Kunst, in Gemeinschaft mit unseren wuchtigen Kampfliedern, werden als Stachel wirken, die wirkliche Welt umzuschaffen dem Ideale entgegen. Davon legt das Programm des ersten Deutschen Arbeitersängerfestes im Jahre 1928 in Hannover Zeugnis ab, das wird meiner weiteren Tätigkeit für unseren stolzen Arbeitersängerbund zugrunde liegen.

Es folgen mehrere Unterschriften.

Merseburg. Als gefunden sind bei der Polizei-Verwaltung Merseburg nachfolgende Gegenstände abgegeben worden: 3 Rolltücher, 1 Schürze, 1 Kragenschoner, 1 Schuh, 1 Tuchbeutel, 1 Kinderschirm, 1 Regenschirm, 1 Herrenuhr, 1 Wagensperrleiste.

Zöschen. Leichenlandung. Die Leiche der seit 1. März vermißten Witwe Müller wurde hier aus der Luppe gezogen. Kranke Nerven dürften die Frau in den Tod getrieben haben.

Lützen. Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Von seiten des hiesigen Ortsausschusses der Gewerkschaften findet am Sonnabend, dem 12. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Thema: Der Achtstundentag und das Arbeitszeitgesetz statt. Außerdem wird der Genosse Willy aus Leipzig über die Volksversicherung sprechen. Genossen und Kollegen, da beide Vorträge für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung sind, muß jeder Gewerkschaftskollege diese Versammlung besuchen.

Aus dem Saalkreis

Auf zur Märzfeier!

Lettin, Dölau, Schiepzig, Lieskau. Am 13. März, vormittags 10 Uhr, findet die Märzfeier für diese Orte in Lettin statt. Die Arbeiterschaft dieser Orte und der Umgebung ehrt die gefallenen Märzkämpfer durch einen machtvollen Aufmarsch.

Laut Beschluß des Vorstandes des Saalkreis-Feuerwehrverbandes findet der diesjährige Verbandstag am 28. und 29. Mai 1927 in Halle-Trotha statt.

Nietleben. Feuerwehrnachtübung. Am 5. März, nachts 11.40 Uhr, wurde die hiesige freiwillige Feuerwehr plötzlich und unerwartet alarmiert. Dieser Probealarm diente dem Zweck, die Schlagfertigkeit der Wehr festzustellen. Schon innerhalb weniger Minuten trafen die Mannschaften der Wehr, die vielfach schon der Ruhe pflegten, mit ihren Geräten an der angenommenen Brandstelle ein. Auf ein Versehen ist es zurückzuführen, daß der Probealarm auch durch das Stürmen der Kirchenglocken verkündet wurde. Hierdurch sind auch die benachbarten Feuerwehren mobil gemacht, ohne daß dieses in dem Programm vorgesehen war. Die Feuerwehr von Passendorf war als erste auswärtige Wehr in einer Stärke von 26 Mann auf der Brandstelle erschienen. Kurz darauf trafen auch die Wehren von Dölau und Lettin ein.

Wenn in diesem Zusammenhang von der Leitung der Feuerwehr darauf hingewiesen wird, daß die Einwohnerschaft des Saalkreises für diese Leistungen nicht immer genügend Anerkennung hat, so liegt das mit darin begründet, daß die freiwilligen Feuerwehren oft genug neben ihrem gemeinnützigen Ziel in ihrer Organisation reaktionären Klimbim pflegen, den die Arbeiterschaft strikt ablehnen muß. Auch ist nicht immer alles so, wie der Probealarm es erscheinen läßt. Als vor kurzem in Gutenberg der Brand ausbrach, wobei der Brandstifter, allerdings durch eigene Schuld, den Erstickungstod fand, haperte es erheblich mit der Spritzenbedienung. Nach Vorschrift hätten damals alle Gemeinden- und Gutsspritzen aus einer Umgebung von zwei Stunden am Brandherd erscheinen müssen, auch wenn sie nicht in Tätigkeit zu treten brauchten. Dies war aber nicht der Fall.

Büschdorf. Gegen den hiesigen Gemeindevorsteher und Fabrikanten Max Jänicke fand gestern vor der Berufungsstrafkammer Halle wegen der bekannten Skandalaffäre ein Prozeß statt. Wir werden in unserer morgigen Nummer ausführlich darüber berichten.

Teicha. Wir haben vor kurzer Zeit schon darauf hingewiesen, was schädlich für den Arbeitersport und für die Arbeiterbewegung überhaupt ist. Ein Arbeiter schreibt uns hierzu: Ich bin parteilos und habe fast jedem Fußballwettspiel in Teicha zugesehen. Mir ist schon öfters sehr aufgefallen, daß die Zuschauer von Teicha und Umgebung ihre Kritik gegenüber den fremden spielenden Vereinen in einer ganz unmöglichen Weise zum Ausdruck bringen. So war es auch wieder beim Spiel Teicha 1. gegen Zörbig. Da hörte man, wie schon öfters, von Leuten, die Mitglieder bürgerlicher Vereine sind, laut folgende Ausdrücke: „Tritt den Hund vor'n Wanst" usw. Es stand aber ein führendes Mitglied der KPD. Teicha in der Nähe, der Kollege Conrad, der dem Anhänger der bürgerlichen Clique ganz gehörig den Kopf gewaschen hat. Der Blümchen-Mann konnte froh sein, daß er nicht mit dem Acker Bekanntschaft gemacht hat. Kollege C. hat dem E. Schmidt, so heißt der Mann, deutlich gesagt, daß er sich so beim bürgerlichen Sport benehmen kann, aber die Kritik am Arbeitersport solle er ruhig der organisierten Arbeiterschaft überlassen. — Die Feststellungen des parteilosen Arbeiters sind ganz richtig. Es muß aber noch hinzugefügt werden, daß die Jugend, die den Sport betreibt, von den älteren Arbeitern mehr zur Solidarität gegenüber ihren Sportgenossen angehalten wird, weil es sonst zu Verhetzung in der eigenen Arbeiterklasse führt.

Internationale Frauenwoche der KPD.

vom 8.—15. März

Werktätige Frauen, Arbeiterinnen, Angestellte und Hausfrauen! **Große öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Kriegsgefahr, Bürgerblock, kapitalistische Ausbeutung. Was müssen die werktätigen Frauen davon wissen?"**

Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr:

Ammendorf, im Lokal „Burgschlößchen". Referentin: Genossin Irmgard Rasch.

Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr:

Elsterwerda, im Lokal „Quelle". Referentin: Genossin Ida Voigt, Torgau.

Weißenfels, im „Tivoli". Referentin: Genossin Maria Wiedmeyer, Berlin. (Verbunden mit Lichtbildervortrag über „Mutter und Kind".)

Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr:

Merseburg, im Lokal „Tivoli". Referentin: Genossin Maria Wiedmeyer, Berlin. (Verbunden mit theatralischer Aufführung: „Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen.")

Annaburg, im Lokal „Bürgergarten". Referent: BL.

Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr:

Torgau, im Lokal „Bürgergarten". Referentin: Genossin Hedwig Krüger, MdL.

Sonntag, den 13. März, abends 8 Uhr:

Könnern, im Lokal „Bürgergarten". Referentin: Genossin Ida Lehmann, Halle.

Gerbstedt, im Lokal Lohmeyer. Referentin: Genossin Hedwig Krüger, MdL.

KPD. RFMB. JB. JAH.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0009
DFG

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Vor dem Hunger in den Tod

Am 7. März, nachmittags 5 Uhr, hat der Genosse Gottlieb Schneider in Weißenfels, Schützenstraße, seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Was den Genossen Sch. zu diesem Schritt veranlaßt hat, ist wohl nicht so schwer zu ergründen. Nahrungssorgen werden die Ursachen gewesen sein. Sch. befand sich im 67. Lebensjahre und war über zwei Jahre erwerbslos. Genosse Schneider war ein treues Mitglied der KPD. und des RFB. Trotz hohen Alters hat er sich an allen Arbeiten und Veranstaltungen der Partei und des RFB. beteiligt. Alle Genossen und Kameraden werden dem aus dem Leben Geschiedenen ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags ¼4 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Es ist Ehrenpflicht der Arbeiterschaft, sich daran zu beteiligen.

Ein „Fest der Arbeit" in Zeitz?

Wir erhielten zur Veröffentlichung vom Zeitzer Kulturkartell ein Programm für die Festwoche vom 9. bis 17. Juli, in der das sogenannte „Fest der Arbeit" stattfinden soll. Es lautet:

Sonnabend, 9. Juli: Abends 8 Uhr **Jugendfeier** im „Preußischen Hof".

Ehrt die Opfer der Revolution!

Am Sonntag, dem 13. März,

marschieren alle Arbeiter, Werktätigen, Arbeitersportler und Frontkämpfer von Halle und Umgebung

nach dem Gertraudenfriedhof.

Am Sonntag, dem 20. März,

treffen sich alle Werktätigen aus unserer Gegend in Merseburg an den

Gräbern der Märzgefallenen.

In ihrem Geiste zu Kampf und Sieg!

Sonntag, 10. Juli: Morgens 8 Uhr **Morgenfeier und Jugendfest** im Knittelholz. — 1 Uhr von hier Abmarsch zum **Umzug**. 2 Uhr Altmarkt. Von hier durch die Stadt zum Sportplatz.
9 bis 12½ Uhr **Kulturpolitische Tagung** im „Preußischen Hof" für Delegierte aller Arbeiterorganisationen und Gäste. Referate: J. L. Stern: „Die kulturpolitischen Aufgaben des Proletariats" und Drees: „Sport und Arbeiterjugend".
Nachmittags auf dem Sportplatz: **Wettkämpfe** der Arbeitersportler.
Montag, 11. Juli: **Filmabend** im Schützenhaus". Proletarische Filme. Quartett vom Städtischen Orchester.
Dienstag, 12. Juli: **Umzüge** der Spielmannszüge. 6 Uhr Aufstellung an verschiedenen Stellen. — **Platzkonzerte**: Volkschor ½7 Uhr Schillerplatz, Liederhalle ½7 Uhr Kreishaus. — Großes Treffen ½8 Uhr auf dem Altmarkt. Massengesang der Arbeitersänger, von hier Abmarsch zum Sportplatz (Zelte). — Gesang- und Musik. — Gruppen-Sternlauf der Arbeitersportler.
Mittwoch, 13 Juli. **Tag der Kinder.** Beginn 3 Uhr Sportplatz. Abends 9 Uhr **Fackelzug** mit einem Spielmannszug.
Donnerstag, 14 Juli: **Volksversammlung** im Schützenhaus. Thema: Sozialistische Erziehung.
Freitag, 15. Juli: **Tag der Arbeitersportler.**
Sonnabend, 16. Juli: **Zwei künstlerische Abendfeiern** (Jubiläum des Konsumvereins) „Preußischer Hof" und „Schützenhaus".
Sonntag, 17 Juli: Nachmittags 2 Uhr **Massenfestzug** durch die Stadt zum Sportplatz. Aufführungen der Sportler. Konzert: Sänger und Städtisches Orchester. **Volksfest.**

*

Nun müssen wir uns erst einmal fragen, was dieses vom Kulturkartell veranstaltete Fest überhaupt sein soll. Ein Fest der Arbeit, der Arbeit für die kapitalistischen Fronvögte? Ein solches Fest dient praktisch der Verherrlichung des Ausbeutertums, der Ablenkung vom Klassenkampf. Jeder aufgeklärte Arbeiter wird im Programm nach irgendeinem Klassenkampfgedenken, nach irgendeinem Aufsehnen gegen das kapitalistische System suchen. Einen rein bürgerlichen Anstrich hat das Ganze, weiter nichts. Nach unserer Auffassung kann man heute nur „Feste der **Arbeiter**" veranstalten, niemals „Feste der **Arbeit**". Das „Fest der Arbeiter" kann und darf dann aber nur sein ein Fest des Kampfes, eine Heerschau halten und Mobilisieren der proletarischen Klassenfront.

Die Zeitzer Arbeiterschaft muß in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung zu diesem Fest nehmen und aus ihm ein „Fest der Arbeiter", einen Kampfaufmarsch des revolutionären Proletariats machen.

Weißenfels. Achtung, Arbeiterorganisationen! Die vom Sekretariat des Bezirkskonsumvereins eingeladenen Organisationen ersuchen wir nochmals, Donnerstag, den 10. März, pünktlich abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" zur bestimmten Sitzung zu erscheinen. (Fest der Arbeit.)

Weißenfels. Vom Himmelstag. Wenn Petrus seine Buchführung so in Ordnung hat wie die hiesige Kirchenbehörde betreffs Kirchenaustritts, so würde wohl mancher von den Herren, die hoffen, nach ihrem irdischen Dasein in das den Armen so viel gepriesene Paradies zu kommen, sich nicht zu wundern brauchen, wenn sie vor der Himmelstür stehen müßten und keinen Einlaß fänden. Es ist zu bewundern, mit was für einer Dreistigkeit diese Behörde vorgeht, wenn es gilt, Geld zu holen. Mögen sie doch hingehen zu denen, die ihre Anhänger sind. Sie sollen aber Leute in Ruhe lassen, die schon laut gerichtlichem Ausweis am 21. Dezember 1920 auf das von der Kirche so viel verhießene „Seelenheil" verzichtet haben.

Weißenfels. Tragischer Tod. Am Sonntagnachmittag nahm der 21jährige Tischler Fritz Knauth aus Burgwerben an einem Vergnügen in Plennschütz teil. Am Montagmorgen gegen 5 Uhr ging Knauth in Begleitung von einigen Musikern nach dem Bahnhof in Pritztz. Dort überraschte ihn ein epileptischer Anfall. Er ist dabei vermutlich so schwer auf den Kopf gefallen, daß er bewußtlos liegenblieb und von den Arbeitern in den nach Weißenfels fahrenden Zug gebracht werden mußte. In Weißenfels wurde ihm Hilfe von der Bahnhofspolizei zuteil, jedoch verstarb er bald darauf. Nach den Ermittlungen und Zeugenaussagen war Knauth nicht betrunken. Der Bedauernswerte ist lediglich ein Opfer seines Leidens geworden.

Wählitz. Arbeiterradfahrer schreiben uns: Bei unserer letzten Bezirksversammlung mußten wir Arbeiterradfahrer zu unserem größten Erstaunen erfahren, daß unsere Saalräder als Luxusgegenstände bezeichnet werden. Wir müssen gegen diese Bezeichnung kämpfen, damit unsere Saalräder als das betrachtet werden, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Sportgeräte im Dienste der Leibesübung. Die Einwohner von Wählitz und Umgegend haben am 13. März Gelegenheit, unsere Saalräder im Dienste für Leibesübung zu betrachten. An diesem Abend hält die Ortsgruppe Wählitz ihre Frühjahrsveranstaltung ab und der Besuch derselben ist sehr zu empfehlen. (Was ist das „Frühjahrsveranstaltung"? Wird dabei auch der Märzopfer des Proletariats, der politischen Gefangenen und der politischen Aufgaben der Arbeiterschaft gedacht?)

Zeitz. „Sturmzeichen." Der Turnverein Turnerbund Zeitz veranstaltet am 13. März sein diesjähriges Bühnenschauturnen und bringt an diesem Tage einen großen Teil der sonst üblichen Aufführungen als geschlossenes Ganzes auf die Bühne: „Sturmzeichen", Tanz- und Singspiel, Musik von Oskar Ostermald. Gestalten und Handlungen sind z. T. alten Sagen und Märchen entnommen. Der Sinn des Stückes jedoch ist ernsterer und politischer Natur. Die singenden und tanzenden Kinder legen Zeugnis ab von den Bestrebungen der Arbeiterturner, den Proletarierkindern recht viel sonnige und freudige Stunden zu bereiten. Die größeren Knaben (Stabübungen) stählen ihren Körper schon rechtzeitig für die im späteren Leben bevorstehenden Kämpfe. Eine Beerensucherin singt angesichts der untergehenden Sonne das Lied: „Komm, o sei'ger Abend." In diesem Lied kommt besonders die Sehnsucht des Proletariers nach Ruhe und nach der Natur zum Ausdruck, wenn er den ganzen Tag in stickigen Fabrikräumen schaffen muß. Eine Schar Knaben, als Gnomen verkleidet, führen Hammerübungen auf und wißlen voll Sehnsucht nach Freiheit, nach dem unterirdischen Feuer, und als dieses emporloht, umtanzen sie es voll Freude. In einer stummen Szene sehen wir die Alten, wie sie Vorkehrungen treffen, um das kapitalistische Joch abzuschütteln, indem sie das Volk um die rote Fahne sammeln. Es folgt nun die Wendung des Stückes. Acht Elfen und vier Faun führen einen Tanz auf. Die Elfen verkörpern das Volk, die Faun das Kapital. Der Tanz zerfällt in drei Teile. Acht Elfen und vier Faun, also das Volk im Kampf gegen seine Peiniger. In diesem Kampf oder Tanz fliehen vier Elfen, gleich dem großen Teile des Volkes, der kein Interesse an seinem späteren Schicksal hat und dem ganzen Treiben interesselos den Rücken kehrt. Nun ist es den vier Faun leichter, die vier Elfen zu bezwingen. Doch es gelingt nicht ganz. Während drei Elfen, ermattet vom Tanz, die Beute der Faun werden, wehrt sich die letzte Elfe verzweifelt gegen die Angriffe des letzten Faun, und dieser muß schon ganz wild aufspielen, ehe auch sie die Kräfte verlassen und er sich ihrer bemächtigen kann. Aehnlich verhält es sich auch in dem nun schon so lange tobenden Kampf zwischen Proletariat und Kapital. Ein Teil des Proletariats verläßt die Fahne, der andere Teil wird nach und nach bezwungen oder kampfmüde, nur ein kleines Häuflein Standhafter wehrt sich tapfer, aber fast aussichtslos. Könnten wir unseren Gegnern eine geschlossene Front entgegenstellen, es stände wahrlich besser um unsere Sache. Diese letzte Folgerung kommt denn auch in der Schlußszene zum Ausdruck. Das Volk besinnt sich auf seine Stärke, schart sich geschlossen um die rote Fahne und nimmt den Kampf gegen seine Ausbeuter von neuem auf, um schließlich als Sieger hervorzugehen. — Wir veröffentlichen diese Vorbesprechung deswegen gern, weil wir in ihr den ehrlichen Willen von Arbeitersportlern erblicken, ihren Sport in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, betonen aber gleichzeitig, daß wir es für günstiger halten würden, hätten die Zeitzer Genossen ihr Material nicht aus der Märchen- und Sagenwelt, sondern aus der bunten, lebendigeren und eindeutigeren Gegenwart entnommen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausgabe unserer Beilage „Der proletarische Reporter" vom 18. Februar, die alles sagt, was wir zu diesem Thema zu berichten haben. Unsere Zeitzer AK. bitten wir, ausführlich über die Veranstaltung zu berichten.

Rasberg. Gemeindevertretersitzung. Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zum Adler" eine sehr wichtige und mit 13 Tagesordnungspunkten versehene Gemeindevertretersitzung statt, zu der die Einwohnerschaft eingeladen ist.

Mansfeld-Sangerhausen

Aus Landrat Fitzners Reich

Wie es mit der Wohltätigkeit im Mansfelder Seekreis aussieht — Ein kleiner Ausschnitt aus der Not im Mansfelder Land

Seitdem der Landrat von Mettenheim hier fort mußte und dabei die Treppe herauf fiel, wurde der Stadtrat Fitzner (SPD.) als kommissarischer Landrat eingesetzt, trotzdem Böttge (SPD.), Teutschenthal, und Genossen versuchten, Mettenheim zu halten. Mit der Wahl Fitzners zum Landrat glaubten nun breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung, daß sich im Kreise vieles ändern würde, so auch mit der Fürsorge für die ärmsten der Armen. Wie diese Aenderung aussieht und was für Praktiken angewandt werden, sollen folgende Zeilen beweisen.

Nicht unweit von Eisleben liegt ein Dorf mit Namen

Helfta,

welches wohl in puncto Wohlfahrtstätigkeit an der Spitze marschiert und die ärmsten der Armen nackend laufen und verhungern müssen, wenn nicht endlich mit den Praktiken des reaktionären Gemeindevorstehers Helbig und seiner Trabanten, vor allen Dingen des Sekretärs Brandt, einmal gründlich aufgeräumt wird. Ein Bergmann namens Otto Schütze, welcher vor über fünf Monaten bei der sattsam bekannten MAG. auf dem Wolfschacht verunglückte, mußte sich, obwohl er von dem Arzt als arbeitsfähig geschrieben und nachdem er eine kurze Zeit wieder angefahren war, einer Rückgratoperation im Knappschaftskrankenhause unterziehen. Hier liegt er nun seit über 18 Wochen. Obwohl es ihm und seiner Familie vor dem Unfall nicht besonders ging, infolge der „hohen" Löhne, die die arme MAG. zahlt, geht es nun der Familie noch trauriger. Die Frau erhält nun mit ihren vier Kindern unter 14 Jahren monatlich 54 Mark Krankengeld, einschließlich Haus- und Kindergeld, das macht pro Woche 16 Mark. Daß damit keine fünfköpfige Familie auskommen kann, wird wohl jeder, der ein bischen soziales Verständnis hat, begreifen. Die Frau hat übrigens zwölf Kindern das Leben geschenkt und ist selbst in der Fron des Kapitals erwerbsunfähig geworden.

Weil die Frau mit dem Gelde nicht auskommen kann, stellt sie den Antrag auf Armenunterstützung. Diese wird ihr mit der Argumentation verweigert, daß ihre Kinder dies tun sollen. Die Frau erklärt hierauf, meine Kinder sind hierzu nicht in der Lage. Meine älteste Tochter ist verheiratet, hat zwei Kinder, der Mann ist erwerbslos; mein ältester Sohn mußte wegen einer Lungentuberkulose auf dem Schacht aufhören und arbeitet in der Landwirtschaft bei einem Bauern, wo er wöchentlich nur 9 Mark erhält; meine drei Töchter sind ebenfalls in Stellung, sie haben monatlich 15 bis 25 Mark Lohn. Hiervon ist es allen nicht möglich, etwas abzugeben. Darauf brüllt sie der Sekretär Brandt an: **„Machen Sie, daß Sie rauskommen! Ihre Kinder sind in der Lage, Sie zu unterstützen, wenn nicht, so hätten Sie Ihre Kinder danach erziehen sollen!"**

Wir erlauben uns die Anfrage, ob der Sekretär Brandt immer mit den Hilfesuchenden so verfährt; anstatt zu helfen, wird der Frau die Tür gewiesen! Daraufhin wendet sich die Frau hilfesuchend an den Genossen Vater. Er geht mit der Frau zum Kreiswohlfahrtsamt. Der Direktor Euchler nimmt ein Protokoll auf. Es wird der Frau versprochen, wöchentlich 5 Mark auf das Krankengeld zu zahlen, außerdem die zwei Jungens vollständig neu einzukleiden. Dieses Protokoll geht an den Gemeindevorsteher Helbig, mit dem Ersuchen, 30 Prozent der Kosten zu übernehmen. Auf wiederholte Anfragen des Genossen Vater wird ihm immer wieder erklärt, daß die Sache noch schwebe; es würden bereits seit über sechs Wochen Ermittlungen angestellt. Während dieser Zeit schreibt die Gemeinde Helfta nach der Gemeinde Hassenhausen, wo die Kinder beschäftigt sind und verlangt, daß diese von ihrem kargen Lohn 10,70 Mark abgeben sollen. Wenn sie dies nicht machten, würden sie bestraft. Die Kinder brauchen ihr Geld für sich, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, in Lumpen zu gehen. Im Januar ruft schließlich der Genosse Vater telephonisch das Kreiswohlfahrtsamt an und nun erhält er die Antwort, daß es **nichts machen könne, da die Gemeinde Helfta es abgelehnt habe, die 30 Prozent hinzu zu zahlen.** Die Kinder samt der Frau sind nun gänzlich heruntergerissen. Die Kinder gehen direkt in Lumpen, Schuhe sind Luxus geworden. Sie tragen zusammengeränkte Strumpfsocken und bei nassem Wetter können sie nicht in die Schule, zumal der Weg eine ¾ Stunde ausmacht.

Was soll nun geschehen? Was gedenkt das Kreiswohlfahrtsamt zu tun? Sollen Kinder und Frau verhungern und nackend laufen? Ist es nicht genug, wenn der Mann schon körperliche Qualen erdulden muß? Glaubt der Gemeindevorsteher Helbig und der Sekretär Brandt, daß ein Prolete und seine Familie, wenn er sich kaputt geschuftet hat, nach dem Friedhof auswandern können? **Wir verlangen, daß die Familie sofort ausreichend unterstützt wird und darüber hinaus sämtliche vier Kinder und die Frau genügend Kleidung erhalten.**

Sollte sich der Gemeindevorsteher Helbig und Sekretär Brandt noch weigern, die 30 Prozent zuzuzahlen, so verlangen wir, daß der Landrat hier eingreift und eventuell ein Disziplinarverfahren stellt.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Not der Mansfelder Bevölkerung. Wir werden in nächster Zeit mit noch mehr Material kommen. Die arbeitende Bevölkerung möchten wir aber ersuchen, sich zu organisieren in den Gewerkschaften und in der KPD. und mit uns zu kämpfen, damit dieses Elend bald beseitigt wird. Hinaus mit der bürgerlichen Presse aus den Häusern. Diese Blätter wollen Euch jeden Tag vormachen, wie gerecht es doch in unserem „Vaterlande" zugeht. Lest den „Klassenkampf", das einzige Organ, welches Eure Interessen vertritt. Vor allen Dingen möchten wir die Frauen ersuchen, sich restlos mit in die Kampffront zu stellen, denn sie werden von den Schattenseiten des Kapitalismus oft am schwersten getroffen.

Der Sowjetgranaten-Künstler in Artern

Am 3. März fand die seit drei Wochen angekündigte große „Künstler-Versammlung" der Sozialdemokratischen Partei statt. Man wollte die dreimal verfluchten Kommunisten vernichten. Leider kam es anders, als es sich die Herren gedacht hatten. Die SPD. holte sich eine Abfuhr, von der sie sich nicht gleich wieder erholen wird.

Künstler sprach zuerst vorsichtig über alles Mögliche. Er redete um das Thema „Sowjetgranaten" herum. Man hatte ihm zu verstehen gegeben, daß es vielleicht ein „Gewitter" gibt. Er war sehr verdattert, als er merkte, daß sogar ein kommunistischer Referent in Gestalt der Genossin Krüger sich in seiner nächsten Nähe niederließ.

Genossin Krüger sprach in der Diskussion. Sie zerpflückte alle Ausführungen Künstlers und beleuchtete die Politik der SPD. von 1914 bis jetzt. Deshalb ging der Held Künstler „schon" im Schlußwort „ran an den Speck". Man kannte ihn kaum wieder. In echt Berliner Großschnauzenmanier wollte er den Arbeitern den Sowjetgranatenschwindel weismachen. Als er sich sogar verstieg und die anwesenden Arbeiter mit Ochsen verglich, da brauste der Sturm los. Nur mit Mühe konnten die besonnenen Genossen die erregten Arbeiter zum Verlassen des Lokals bringen. Wie die begossenen Pudel saßen ein paar SPD.-Männlein allein mit ihrem Künstler im Saal.

So sieht die Niederlage der Kommunisten und der Sieg der Sozialdemokraten aus . . . . .

*

Die letzte Volksversammlung der KPD. in Artern, in der der Genosse Wilhelm Koenen sprach, war ein großer Erfolg für die Kommunistische Partei. Mit einem Fackelzug wurden die aus der Untersuchungshaft entlassenen RFB.-Kameraden begrüßt. Ueber 600 Proleten füllten den Gasthaussaal. Viele mußten wegen der Ueberfüllung umkehren. Zuerst brachte der Genosse Pangfang, China, die Grüße des chinesischen Proletariats. Genosse Koenen behandelte dann in längerer Rede die drohenden Kriegsgefahren und die Rolle der Imperialisten gegen Sowjet-Rußland. Er kennzeichnete die Aufgaben der Kommunistischen Partei, die alles tun muß, den drohenden Krieg zu verhindern. Nicht nur wir Kommunisten, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß sich wie ein Mann vor Sowjet-Rußland stellen und diesen ersten Arbeiterstaat der Welt schützen. Die Versammlung brachte den kämpfenden Kolonialvölkern und dem chinesischen Volke vollste Sympathie entgegen. Immer wieder wurde der Genosse Pangfang stürmisch begrüßt. Mit einem Hoch auf Sowjet-Rußland und dem Gesang der „Internationale" wurde die Versammlung geschlossen.

Wie ganz anders, wie wuchtig wirkte doch diese Veranstaltung gegen das klägliche Künstler-Theater der Sozialdemokraten.

Erdeborn. Massen, heraus! Am Sonntag, dem 13. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zum weißen Roß" (Träger) eine öffentliche Versammlung statt. Es spricht der Genosse Max Lademann-Halle, MdL., über **„Kriegsgefahr, Bürgerblock, kapitalistische Nationalisierung. Was müssen die Arbeiter tun?"** Werktätige, erscheint in Massen. Macht aus Erdeborn wieder eine revolutionäre Hochburg des Proletariats. Fort mit der Lauheit! Der Arbeiter gehört nicht in den Stahlhelm. Es gibt keine Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit. Es heißt zu kämpfen gegen die Trabantenklasse. Es heißt noch organisieren in der KPD., in den freien Gewerkschaften.

Ermsleben. Die Denkmalsbauer sind wieder da. Der schon vor zwei Jahren gestellte Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen des Weltkrieges kommt wieder. Das Denkmal soll im städtischen Postgarten Aufstellung finden. Die Kosten dafür sollen 6000 Mark betragen. Bei der Beratung gerieten zwei Maurermeister in Schlägerei um die nationale Sache. Es scheint Geld da zu sein für ein Denkmal, für Wohlfahrts- oder Wohnungszwecke ist natürlich nichts da. Sogar die städtische Krankenstube ist in unserem Mockehen bewohnt. Wir sind gespannt, ob auch die Stadt ein paar tausend Mark für das Denkmal spendiert. — Ferner müssen wir uns heute wieder mit dem „schönen Emil" beschäftigen. Vor kurzem fand ein Arbeiter morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf der Straße einen Hut und an einer anderen Stelle ein Gewehr. Es wird viel davon gesprochen, daß der treue Ordnungshüter öfters solche „Schwindelanfälle" bekommt. Wir wollen ihm das gern glauben hinsichtlich der Wehrwolf-Kassenangelegenheit und zum Fall Schützenfest. Aber was sagen Herr Wendenburg und die Polizei dazu? Es wird wohl Zeit, diesem an Schwindel leidenden Ordnungshüter die Waffe abzunehmen. Wenn erst ein Unglück geschehen ist, ist es zu spät. Arbeiter, fallt nicht auf den Denkmalsschwindel herein, sondern organisiert Euch gewerkschaftlich in den freien Verbänden und politisch in der Kommunistischen Partei. Kämpft für die gerechte Sache und um Eure Lebensexistenz. Hinein in die rote Front!

9. 3. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Werktätige von Bitterfeld!

Heraus zur Versammlung!

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Koenen-Berlin spricht am Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" über

„Kriegsgefahr und der Sowjetgranatenschwindel der Sozialdemokratie."

Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen!

Die SPD. und die „Freie Presse" sind schriftlich zur freien Aussprache eingeladen. Sozialdemokratische Arbeiter, hört die Wahrheit!

KPD. Bitterfeld.

Aus dem Piesteritzer Gemeindeparlament

Die am 3. März stattgefundene Gemeindevertretersitzung tagte unter starker Anteilnahme der Einwohnerschaft, so daß sich herausstellte, daß der vorhandene Zuhörerraum bei weitem nicht seinen Anforderungen entspricht. Im 1. Punkt der Tagesordnung war die Wahl zum Schulvorstand zu tätigen und kamen die Vertreter nach langem hin und her zu dem Ergebnis, je zwei KPD- und zwei SPD-Vertreter unter Einspruch der Bürgerlichen in den Schulvorstand zu schicken. Punkt 2 behandelte den Beitritt der Gemeinde zum Preußischen Landgemeindeverband, welcher einstimmig beschlossen wurde, um auch in dieser Institution etwas fortschrittlichen Geist einziehen zu lassen. Der Erlaß einer neuen Vergnügungssteuerordnung fand ebenfalls die Zustimmung der gesamten Vertretung, da sie keine Verschlechterungen, sondern im Gegenteil Verbesserungen vorsieht. Punkt 4 der Tagesordnung führte zu einer Aussprache über

die Eingemeindung von Piesteritz

zur Stadt Wittenberg. Vom Landrat war ein diesbezügliches Schreiben eingegangen, das stellte der Gemeindevorsteher zur Diskussion. Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Hilgers, welcher klar und eindeutig die Stellung der Kommunisten zur Eingemeindung klarlegte. Genosse Hilgers legte der Gemeindevertretung folgende Resolution zur Abstimmung vor:

Die Kommunisten zur Eingemeindung

„Konform mit der Frage der Konzentration der Kräfte läuft die Frage der Eingemeindung von wirtschaftlich und politisch zusammengehörigen Gemeinden zu einem einheitlichen, kommunalen Ganzen. Der Verwirklichung dieser grundsätzlichen, sozialistischen Forderung darf sich kein klassenbewußter Proletarier entgegenstellen. Neben dieser grundsätzlichen Stellungnahme ist aber auch die Frage der Taktik in einer jeweilig bestimmten Situation für die proletarische Klasse von entscheidender Bedeutung. Als verantwortliche Fraktion der Gemeindevertretung Piesteritz unseren Wählern gegenüber erklären wir, daß die Frage der Eingemeindung Piesteritz zu Wittenberg noch nicht in ein akutes Stadium getreten ist. Eine eventuelle Eingemeindung muß den praktischen Erfordernissen der breiten Einwohnermassen entsprechen, die uns bei der Wahl ihr Vertrauen geschenkt haben, und wird deshalb zu einer

Zweckmäßigkeitsfrage für die Werktätigen

Wittenbergs und Piesteritz'. Das feste, unerschütterliche Vertrauen der Wählermassen seit Jahr und Tag gegenüber der Kommunistischen Gemeinderatsfraktion ist eben der Ausdruck und die Auswirkung einer praktischen, sozialistisch-kommunistischen Interessenpolitik innerhalb der Kommune.

Eine in der gegenwärtigen Zeit durchgeführte Verschmelzung Wittenbergs mit Piesteritz hätte zur Folge eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Bürgertum zuungunsten der werktätigen Schichten. Das ist ein politischer Zustand, der in absehbarer Zeit keine Veränderung erfahren würde. Da es aber für die Gemeindevertretung Piesteritz darauf ankommt, eine Reihe sozialistischer Teilforderungen in allernächster Zeit in die Tat umzusetzen und auf deren Verwirklichung die gesamte werktätige Klasse drängt, **ist im gegebenen Augenblick eine Eingemeindung nicht diskutabel.** Eine momentane Eingemeindung Piesteritz' zu Wittenberg würde an der Gesamtpolitik der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit nichts ändern können, weil die bürgerlichen Parteien die Mehrheit behalten. Wir sind vielmehr der Ueberzeugung daß durch die praktische Politik der roten Mehrheit im Piesteritzer Gemeindeparlament auch die werktätigen Schichten Wittenbergs vom Gedanken des Sozialismus-Kommunismus durchdrungen werden und dann auch die bürgerliche Mehrheit in Wittenberg zu Fall bringen.

Wir erklären ausdrücklich, daß wir uns weder von lokalpatriotischen Gründen noch von politischer Engstirnigkeit leiten lassen, indem wir in der Frage der Eingemeindung einen zurückhaltenden Standpunkt einnehmen. Die Frage der Eingemeindung an sich bleibt nach wie vor bestehen, da sie eine grundsätzliche sozialistische Programmforderung ist, für deren Verwirklichung wir uns einsetzen werden. Im gegebenen Augenblick fehlen für die praktische Durchführung dieses Problems die realen Voraussetzungen. Eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse schließt in sich eine erneute Stellungnahme. Den richtigen Zeitpunkt zu bestimmen, ist Aufgabe der Führung der Werktätigen, die dem roten Gemeindeparlament ihre Stimmen gegeben haben."

Die Abstimmung hierüber ergab Ablehnung mit allen bei einer Stimmenthaltung. Von der SPD.-Fraktion war ebenfalls in dieser Frage eine Resolution eingebracht, die sich aber in ihrem politischen Charakter ganz wesentlich unterscheidet von der unseren.

Dann kam die Einrichtung eines Wochenmarktes in unserem Orte zur Sprache, dem wurde von der gesamten Vertretung zugestimmt. Der Markt wird abgehalten werden Freitagnachmittags auf dem Volksheim-Platz oder an der Stiege. Hiermit ist einem längst gehegten Wunsche unserer werktätigen Hausfrauen entsprochen worden. Allerdings beginnt der Markt erst ab 1. April. Im 6. Punkt wird die Bereitstellung der Mittel für einen Abschluß von 1 Million Mauersteinen beschlossen. Die Gemeinde beabsichtigt auch in diesem Jahre ein größeres Wohnungsbauprogramm durchzuführen. Daran anschließend liegen Anträge von drei Baulustigen vor auf Ueberlassung von Bauland. Hierbei kommt die ganze Wohnungsnot in unserem Orte wieder mal zur Sprache. Genosse Hilgers geißelt

das rigorose Vorgehen der Bayrischen Stickstoffwerke

bei der Rationalisierung. Sie werfen die Arbeiter erbarmungslos aus ihrem Erwerb und gleichzeitig aus den Werkswohnungen. Die Gemeinde kommt durch diese Machenschaften in eine nie zu überwindende Wohnungskalamität. Er fordert Rechtfertigung von seiten des Werkes in der Form, daß sie **hypothekarische Zuschüsse auf neu zu errichtende Wohnungsbauten** leisten soll. Der allgewaltige Vertreter des Werkes im Gemeindeparlament, Direktor Trumpf, hüllt sich natürlich in tiefes Schweigen. Allenfalls ein zynisches Lächeln hat er übrig zu den Ausführungen unserer Genossen. Dem Antrage wurde natürlich stattgegeben zu denselben Bedingungen wie bei der Siedlungsgenossenschaft. 8. lag ein Antrag der Arbeiter-Samariterkolonne auf Unterstützung vor. Durch eine stattgefundene Hygieneausstellung erwuchsen dem ASB. größere Ausgaben und werden zu diesem Zwecke 200 Mark von der Gemeinde bewilligt. Der Bademeister Bartsch hat durch die ungünstigen Umstände des Hochwassers im vergangenen Jahre großen finanziellen Schaden erlitten und wird ihm darum der von der Gemeinde gewährte Vorschuß in Höhe von 250 Mark niedergeschlagen. Punkt 11 sieht vor die Schulgeldübernahme für einen minderbemittelten Schüler zur Mittelschule durch die Gemeinde. Es wird beschlossen, die Hälfte des Schulgeldes zu übernehmen. Hierbei wird von unseren Genossen der Wunsch geltend gemacht, in jedem Jahre nach Abschluß einer Fähigkeitsprüfung eine bestimmte Anzahl von begabten Schülern auf Kosten der Gemeinde der Mittelschule zu überweisen. Für die bevorstehende Schulentlassung werden 1000 Mark zur Verfügung gestellt, die zur Verteilung an unbemittelte Familien gelangen sollen. Bei dieser Gelegenheit gab Gemeindevorsteher Kunz bekannt, daß sich die Zahl der Erwerbslosen an unserem Orte bedeutend verringert hätte. Zurzeit haben wir 139 Unterstützungsempfänger entgegen den 350, die wir noch vor vier Wochen hatten. Gewiß ein erfreuliches Zeichen; aber wer weiß . . . wie lange . . .

13. wurde beschlossen, die Haushaltungslehrerin Frl. Schäfer nach beendeter Probezeit fest in den Dienst der Gemeinde anzustellen. Im Punkt 14 war zu entscheiden über einen Geländeaustausch zwischen Gemeindevorsteher Kunz und der Gemeinde selbst. Dem wurde stattgegeben. Nur muß sich die Finanzkommission betreffs der Kostenverteilung nochmals mit der Sache beschäftigen. Der Siedlungsgenossenschaft wird ein weiteres Darlehn von 3000 Mark zu einem Zinsfuß von 6 Prozent, bei Verpfändung ihrer gesamten Baumaterialien, bewilligt. Die Zurückzahlung dieses Darlehns muß erfolgen sofort nach Eingang der Hauszinshypothek. In einem weiter zu behandelnden Schreiben vom Landrat wird Beschwerde geführt wegen unzureichender Bewachung unseres Ortes während der Nachtzeit. Es wird dieser Angelegenheit dahingehend entsprochen, daß eine Neuregelung der Dienstzeit unserer Wachtbeamten eintritt. Punkt 18 sieht Verschiedenes vor und wollen wir hier nur die Angelegenheit des Lehrers Mauf hervorheben. Genannter ist als Aushilfslehrer hier beschäftigt und hat für eine erkrankte Lehrerin die Vertretung übernommen. Die hieraus sich ergebende Gehaltsdifferenz wird einstimmig bewilligt. Lehrer Mauf, der als Schulamtskandidat seit zwei Jahren hier tätig ist, soll jetzt durch den Kreisschulrat abberufen werden und wendet sich die Gemeindevertretung deshalb mit einem Protest an die Regierung in Merseburg. Zur Sprache kam in dieser Angelegenheit, daß Lehrer Mauf voll und ganz den Ansprüchen eines Volksschullehrers entspricht, beliebt bei Eltern und Kindern ist und darum unbedingt unseren unteren Klassen erhalten bleiben muß. Nach einigen unwesentlichen Angelegenheiten fand die arbeitsreiche öffentliche Sitzung gegen ½10 Uhr ihr Ende, der sich noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung anschloß.

Nachahmenswertes Beispiel für Arbeitervereine

Bei einem vom FV. veranstalteten Vergnügen in Wittenberg wurde eine Tellersammlung zugunsten der Roten Hilfe vorgenommen, die das erfreuliche Ergebnis von 29,60 Mark zeitigte.

Weiter veranstaltet der Radfahrerverein „Solidarität" am Sonnabend, dem 12. März d. J. im „Elbhafen" einen bunten Abend, von dem 10 Prozent vom Reingewinn den politischen Gefangenen zugute kommen sollen. Wir möchten allen Arbeitern ganz dringend den Besuch dieser Veranstaltung empfehlen.

Bauernschaft und Erwerbslosenversicherung

Der Reichsbund der Kleinbauern hat an den Reichstag eine Eingabe gemacht, in der Einspruch erhoben wird dagegen, daß lohnarbeitende Kleinbauern im Falle der Erwerbslosigkeit keine Erwerbslosenunterstützung erhalten. Mit Recht wird dabei darauf hingewiesen, daß der Wegfall des Einkommens aus Lohnarbeit für diese Bauern den Ruin bedeutet, wenn sie nicht Erwerbslosenunterstützung erhalten. Die kleine Bauernschaft nimmt daher gegen das vorliegende Arbeitslosenversicherungsgesetz Stellung.

Weit über den Kreis des obengenannten Teiles der Bauernschaft hat die bäuerliche Bevölkerung ein Interesse an einer guten Erwerbslosenfürsorge und damit am Kampf gegen das vorliegende Versicherungsgesetz. Diese Tatsache wurde bereits von den beiden bekannten bürgerlichen Agrarwissenschaftlern Prof. Sering und Prof. Bettmann hervorgehoben. Sering schreibt in der „Zeitschrift für Agrarpolitik" u. a. folgendes:

„Für die Gestaltung im letzten Jahresdrittel 1925 und in den ersten Monaten 1926 wurde es von Wichtigkeit, daß die organisierte Arbeiterschaft eine Herabsetzung der Tariflöhne zu verhindern gewußt hat. Die Verminderung der Kaufkraft trifft also wesentlich nur das Heer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Daß deren geminderites Einkommen von entscheidendem Einfluß bei der Preissenkung gewesen ist, läßt sich für die Milch mit Bestimmtheit aussprechen."

Prof. Beckmann schreibt in der „Deutschen Bergwerkszeitung" in ähnlichem Sinne wie Sering und erklärt u. a.:

„In erster Linie hat die gutorganisierte Erwerbslosenunterstützung den agraren Markt gehalten."

Es kommt uns in diesem Zusammenhang nicht darauf an, den Nachweis zu führen, daß in der angegebenen Zeitspanne der Reallohn leider nicht gehalten wurde und von einer „gut organisierten Erwerbslosenunterstützung" nicht geredet werden kann. Festhalten muß man aber, daß Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie das neue Versicherungsgesetz bringt, den Markt für Agrarprodukte verschlechtert, ebenso wie auch die Herabsetzung der Löhne. Wenn Sering und Beckmann erwarten, die Agrarkapitalisten würden dies beachten, so sind beide auf dem Holzwege. Die Kapitalisten haben erstens kein Interesse daran, daß staatliche Mittel zur Unterstützung von Erwerbslosen verwandt werden, sondern verlangen diese Mittel in Form von staatlichen Subventionen direkt für sich, zweitens sind sie an einem ihnen völlig ausgelieferten Heer von Arbeitssklaven interessiert, um dadurch die Löhne noch mehr herabsetzen zu können, drittens suchen sie durch Abschnürung des Inlandsmarktes von ausländischen Agrarprodukten mittels Schutzzöllen und durch Forcierung der Ausfuhr sich Absatzmöglichkeiten zu sichern.

Anders ist das beim Klein- und auch beim Mittelbauern. Staatliche Subventionen können im kapitalistischen Staat für ihn nicht in Frage kommen. An höheren und nicht an niedrigeren Löhnen ist die Bauernschaft größtenteils direkt interessiert, oder aber soweit sie Lohnarbeiter beschäftigt, fällt das nicht ausschlaggebend ins Gewicht. Die Marktfrage steht aber für den Bauern, soweit er für den Markt produziert, wesentlich anders als für den Agrarkapitalisten. Der Bauer liefert nicht für entfernt gelegene, oder gar für ausländische Märkte, sondern fast ausschließlich für den lokalen Markt in der Nähe seines Wohnortes. Meist bringt die Bäuerin Eier, Butter, Gemüse, Geflügel, Milch direkt zum nächstliegenden Markt, hat teils ihren festen Kundenkreis in der Arbeiterbevölkerung oder bei Kleingewerbetreibenden in den Provinzstädten. Jede Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft wirkt sich sofort auch auf die Absatzmöglichkeiten dieser Bauern aus, um so mehr als der Bauer seine Produkte nicht lange aufbewahren kann. In bezug auf die Bauernschaft haben die Professoren Sering und Beckmann deshalb durchaus recht, wenn sie auf den engen Zusammenhang zwischen den Interessen der Bauern und Arbeiter in der Frage des Lohnes und Arbeitslosenunterstützung hinweisen.

Die gesamte werktätige Bauernschaft muß sich daher gegen das vorliegende Erwerbslosenversicherungsgesetz wenden und die Forderung der Kommunisten auf Schaffung einer staatlichen Erwerbslosenfürsorge für alle Lohn- und Gehaltsempfänger unter gleichzeitiger Abschaffung der Ortskassenteilung und Erhöhung der bisherigen Unterstützungssätze um 40 Prozent unterstützen.

Bitterfeld. Ein Kind vom Auto überfahren. In bedenklichem Zustand wurde ein siebenjähriger Schüler ins Krankenhaus eingeliefert. Er war, als er im letzten Augenblick die Straße überqueren wollte, von einer Kraftdroschke überfahren worden, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog. Dem Kraftfahrer war es nicht mehr möglich gewesen, den Wagen zum Halten zu bringen.

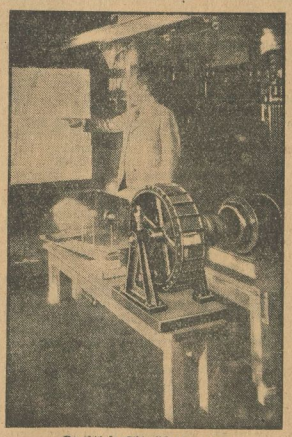
Wittenberg. Freidenker. Den Mitgliedern des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 13. März, im Gewerkschaftshaus, Kurfürstenstraße, von 10 bis 12 Uhr vormittags Zahltag ist. Auch ist dort die Aufnahme neuer Mitglieder. Ferner findet Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Wittenberg. Ueberfahren. Dem Paul-Gerhardt-Stift zugeführt werden mußte der Rentenempfänger Richard Schmidt, da er von einem Auto umgefahren und verletzt auf der Straße aufgefunden wurde.

Neues aus aller Welt

Die Disziplinarverhandlungen gegen Hoffmann und Kölling

Vor dem Naumburger Oberlandesgericht haben sich nunmehr der Landgerichtsdirektor Hoffmann und der Landgerichtsrat Kölling zu verantworten. Bekanntlich haben beide den Magdeburger Mörder Schröder, der den Buchhalter Helling umbrachte, begünstigt, indem sie dessen Angaben ungeprüft Glauben schenkten. Als Vorsitzender des Disziplinarsenates fungiert der Oberlandesgerichtspräsident Werner. Am ersten Tage wurde nur die Verhandlungsordnung festgelegt. Nunmehr wird täglich von 9 bis 3 Uhr getagt. Voraussichtlich wird der Prozeß drei Tage dauern.



Drahtlose Filmübertragung

In wenigen Jahren radio-kinematographische Aufnahmen im Hause

Dr. E. F. W. Alexanderson, der technische Berater der General Electric Company in Neuyork, hat einen radio-kinematographischen Apparat erfunden, mit dem es möglich ist, auf drahtlosem Wege einen Film auf die Leinwand zu produzieren. Schon in Kürze soll es möglich sein, mit diesem Apparat von den Radio-Stationen aus an die Teilnehmer aktuelle Photographien senden zu können, und innerhalb der nächsten 10 Jahre dürfte man mit Sicherheit radio-kinematographische Aufnahmen im Hause, Fernsicht von Theateraufführungen, Sportereignisse usw. erwarten. Unser Bild zeigt Dr. E. F. W. Alexanderson mit seinem radio-kinematographischen Projektionsapparat.

Einige Tatsachen über die Prostitution

In Mainz gab es zur Zeit der Besatzung ein Bordell für alle in der Umgegend stationierten französischen Truppen. Die jährliche Besucherzahl dieses Bordells betrug 370 000 (dreihundertsiebzigtausend). Da aber in dem Bordell nur 17 Prostituierte untergebracht waren, entfielen auf jede einzelne im Jahr 21 000 bis 22 000 (zweiundzwanzigtausend) Besucher! An den Wochentagen wurden von jeder Angestellten 40 bis 50, an den Sonnabenden und Sonntagen 70 bis 80 Besucher abgefertigt, Zahlen, die auch den abgehärtesten Menschen zum Erschrecken bringen! Rechnet man nur für jeden Akt mit anschließender Reinigung 10 Minuten, so ergibt sich eine ununterbrochene geschlechtliche Tätigkeit an Wochentagen von über 8, an Sonnabenden von über 13 Stunden!!

*

In Deutschland gibt es im ganzen 61 Polizeifürsorgestellen.

*

In Deutschland gibt es etwa 500 000 Prostituierte.

*

Nach den Veröffentlichungen der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" ereignen sich in Paris bei der Untersuchung Prostituierter durch die Polizeiärzte ungeheuerliche Dinge. Jede Beschtigung einer Prostituierten nimmt etwa 15 Sekunden in Anspruch. Für die Untersuchung sämtlicher Frauen benutzt der Arzt immer dieselben Gummifinger, ohne sie abzuwaschen! In einem Fall wurde derselbe Gummihandschuh bei der Untersuchung der Geschlechtsorgane der einen Frau und bei der Untersuchung des Mundes einer anderen verwandt. Bei der ersten Frau wurde nachträglich Syphilis festgestellt.

Zur Frage Alkohol und Grippe

In der Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft am 23. Februar 1927 wurde nach einem Vortrag von Dr. Bornstein die folgende Entschließung gefaßt: „Die Berliner Medizinische Gesellschaft mißbilligt das reklamehafte Anpreisen von Alkohol als Vorbeugungs- oder Heilmittel bei Grippe."

Der große Erfinder Thomas Edison,

einer der bedeutungsvollsten Köpfe aller Zeiten, meidet den Alkohol. Er schrieb einmal: „Ich trinke keine alkoholischen Getränke. Ich muß mit meinem Verstande sparsam umgehen."

Noch elf Todesfälle an Grippe. In der Zeit vom 20. bis 26. Februar sind dem Gesundheitsamt in Magdeburg von den Krankenkassen mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen 920 Grippe- und Influenzaerkrankungen gemeldet. Auf die Allgemeine Ortskrankenkasse entfallen 610, auf die Kaufmännische Krankenkasse 82 und auf die übrigen Krankenkassen 228. Todesfälle an Grippe haben sich elf und an Lungenentzündung neun ereignet.

Roter Pfeffer

Ein Dieb wurde zum Galgen geführt.
Man fragte, ob ihn der Diebstahl reue.
Er antwortete: „Und ob es mich reut, daß der Diebstahl nicht wenigstens soviel eingetragen hat, die Richter bestechen zu können."

*

Zwei Damen unterhielten sich.
„Die Osterzeit ist nahe", sagte die eine, „das fordert zum Nachdenken auf." „Wir sind große Sünderinnen, was werden wir tun?"
Ernsteren Tones erwiderte die andere: „Wir werden unsere Bedienten fasten lassen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Gewährung von Vorzugsrenten

Eine Verhöhnung der Rentner

Von der Provinzialverwaltung von Sachsen wird uns geschrieben:

Die nach dem Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 gestellten Anträge auf Gewährung von Vorzugsrenten haben sowohl von den Bezirksfürsorgeverbänden wie auch von dem Landesfürsorgeverband eine erhebliche Arbeit erfordert. Die Anträge sind in der Provinz Sachsen, soweit Reichsanleihen in Frage kommen, bis auf wenige Fälle von den Ausschüssen für Vorzugsrenten entschieden. Auch die gegen die getroffenen Entscheidungen eingelegten Beschwerden (etwa 940) sind von dem Oberausschuß fast restlos erledigt worden. Leider (!) hat von den Beschwerden nur ein geringer Prozentsatz zugunsten der Beschwerdeführer entschieden werden können. Die Ablehnungen haben ihren Grund meist darin, daß das Einkommen der Antragsteller die im Gesetz angesehene Bedürftigkeitsgrenze von 800 Reichsmark, die allerdings verhältnismäßig niedrig gesetzt ist, überschritten hat. Soweit Ablehnung erfolgt ist, weil das Einkommen in dem der Antragstellung vorangehenden Jahre die Bedürftigkeitsgrenze überschritten hatte und inzwischen das Einkommen unter 800 Reichsmark gesunken ist, **kann ein neuer Antrag bei dem Ausschuß für Vorzugsrenten gestellt werden.**

Zu Klagen über Verzögerungen in der Erledigung der Vorzugsrentenanträge dürfte ein Anlaß nicht mehr vorliegen. Es ist anzunehmen, daß auch die Zahlbarmachung der zuerkannten Vorzugsrente schon erfolgt ist oder alsbald erfolgen wird.

Die Anträge auf Gewährung von Vorzugsrenten für die Länderanleihen befinden sich teilweise noch in der Bearbeitung.

Die kommunistische Kritik, die wir hieran immer geübt haben, wird mit dieser Veröffentlichung nur bestätigt.

Wissenswertes aus Belgern

Auf Antrag unserer Genossen im Stadtparlament wurden von der Stadtverordnetenversammlung 1000 Mark für die Arbeitslosen bewilligt. Nach Bericht des Magistrats an das Landratsamt wurde die Auszahlung durch Verfügung des Landrats respektive des Regierungspräsidenten untersagt.

In der Zeit vom 1. 11. 25 bis 9. 8. 26 wurden von der Kreiskommunalkasse in Torgau an die Hauptkasse in Belgern 19 465,38 Mark für Arbeitslosenunterstützung gezahlt; davon entfallen auf Verwaltungskosten 615 Mk. Diese 615 Mk. sind nach Aussage des Kassenbeamten der Hauptkasse nicht überwiesen worden, sondern sind vom Stadtsekretär lediglich gleich als Entschädigung für seine Mühewaltung für die Arbeiten, die er für die Arbeitslosenfürsorge leistet, zurückbehalten worden. Der Kassenbeamte, dem die Auszahlung der Unterstützungsgelder oblag, bekam nichts.

Dieses Geld wurde also der Kontrolle des Magistrats und der Stadtverordneten entzogen. Als die Sache ans Tageslicht kam, wurde vom Landrat bescheinigt, daß der Landrat dem Stadtsekretär dieses Geld für seine Mühewaltung bewilligt hätte. Eine frühere Anweisung war nicht vorhanden. Wenn man nun bedenkt, daß ein Arbeitsloser mit Frau, für die in Frage kommende Zeit nur die geringe Summe von 92 Mk. erhielt, so kann man wohl verstehen, welch gute Nebeneinnahmequelle die „Sorge" für die Arbeitslosen für einen solchen Beamten ist. Ueber das Belgernsche Arbeitslosenelend und über die Handhabung der Arbeitslosenfürsorge durch den Stadtsekretär, werden wir später noch berichten.

Folgende Sache soll heute noch behandelt werden. Im vorigen Jahre wurden der Stadtkasse Belgern aus der Kreiskasse die Gelder für die Sozial- und Kleinrentner durch den Stadtsekretär übersandt. Das Geld bestand in fertig gepackten Geldscheinen. Beim Nachzählen des Geldes durch den Belgernschen Kassenbeamten respektive seinen Gehilfen fehlten 40 Mark. Wo ist nun das Geld geblieben? Der Stadtsekretär behauptet, das Geld bei Empfang nicht nachgezählt zu haben, und das Päckchen so abgeliefert zu haben, wie er es erhalten hat, der Kassenbeamte gibt an, das Geld eine Weile nach dem Empfang desselben durch den Gehilfen nachgezählt zu haben. Wer bringt des Rätsels Lösung? Antwort: Nur die Arbeiter können die Lösung bringen, wenn sie sich in der roten Klassenfront zusammenschließen und bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen eine starke Arbeiterfraktion wählen, die imstande ist, durch ihre Mehrheit im Parlament die Mißstände zu beseitigen.

Das nächstemal werden wir vielleicht von der Jagdverpachtung schreiben. Auch dieses Thema verspricht interessant zu werden.

Landsberg bei Halle. In die Häckselmaschine geraten. Der 60 Jahre alte Arbeiter Oßig aus Düringsdorf geriet in das Getriebe der Häckselmaschine und wurde von der Welle herumgeschleudert. Mit gebrochenen Gliedern (mehrere Rippenbrüche, ein Armbruch, außerdem Bruch beider Beine) wurde er in das Knappschaftskrankenhaus Carlsfeld gebracht.

Aus weiterer Umgebung

Ein Fastnachtsscherz

Kurz vor Fastnacht meldete sich in den Haushaltungen von Daumitsch ein junger Mann, der mit Militärmantel und Mütze bekleidet war, mit den Worten: „Am ersten März gibt's Einquartierung." Mit ernster Miene nahm er die Quartiere in Augenschein und verteilte die angesagten Reichswehrtruppen auf den ganzen Ort. Nun begann das Großreinemachen, Backen und Kochen und als der 1. März kam, blieben die Truppen aus. Der junge Mann hätte dann wenigstens die rote Front benachrichtigen sollen, da wäre nicht der viele Braten und Kuchen umgekommen.

Leipzig. Der Kraftwagen auf dem Bürgersteig. Auf ungeklärte Weise fuhr am Montagvormittag ein Auto auf den Bürgersteig und verletzte eine 75jährige Frau schwer.

Roßlau. Jugendlicher Selbstmörder. Ein 14jähriger Schüler wurde an einem Seidenschal hängend von seiner Mutter tot aufgefunden. Der Grund zu dieser Tat soll in mißlichen Familienverhältnissen zu suchen sein.

Erfurt. Ein falscher Kriminalbeamter tauchte am 2. März in Erfurt auf. Er behauptete, er sei Kriminalassistent und wußte einem Bureaulehrling 202 Mark abzuschwindeln, die dieser vom Scheckamt abgeholt hatte. Er benutzte die Autoritätsfurcht des unerfahrenen Jungen, indem er dem Lehrling erklärte, er werde wegen Diebstahls gesucht und müsse mit ihm kommen. Dann nahm er ihm das Geld ab und verschwand.

Briefkasten

Weißenfels. O. J. Die Sonne steht der Erde am nächsten zu Anfang des Jahres, also wenn auf der nördlichen Halbkugel Winter ist, am fernsten um die Mitte des Jahres, wenn auf der nördlichen Halbkugel Sommer ist. Der Unterschied zwischen der größten und kleinsten Entfernung ist indes verhältnismäßig zu unbedeutend, um auf die Wärme, die wir von der Sonne erhalten, einen erheblichen Einfluß zu äußern. Die kleinste Entfernung der Sonne von der Erde beträgt 146 Millionen Kilometer, die größte 151 Millionen Kilometer.

Belgern. Vom 1. März ist hier kein Artikel eingegangen. Alle eingegangenen Berichte sind veröffentlicht.

Verantwortlich Marianne Gundermann Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. S.

Stuhlrohr — Hallmarkt-Drogerie. P. Claus. Dreyhauptstraße 2

Versammlungen der KPD.

Agitprop-Zeiter von Halle! „Bolschewistischer Kurs" vom Bureau, Lerchenfeldstraße 14, abholen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Merseburg. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli". Thema: Gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr, internationale Frauenwoche. Ref.: Marie Wiedmeyer, Berlin.
Schkeuditz. Mitgliederversammlung des Arbeitsgebiets Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube". Die Ortsgruppen Schkeuditz, Modelwitz, Wahlitz und Ermitz müssen erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Kelbra a. Kyffh. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Bericht vom Reichsparteitag. Ref.: Gen. Leßig, Eisleben.
Sangerhausen. Mitgliederversammlung Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug". Bericht vom Reichsparteitag. Ref.: Gen. Leßig.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock. Referent: Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.
Wittenberg-Piesteritz. Versammlung der Zeitungsausträgerinnen und Parteiarbeiter Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Wittenberg. Thema: Pressewerbung und Zeitungsfrage.

Unterbezirk Delitzsch

Radefeld-Freiroda. Kartelsitzung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr. Alle Funktionäre haben bestimmt um 7 Uhr zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elstermerda. Oeffentl. Frauenversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Gegen imperialistischen Krieg und Bürgerblock; internationale Frauenwoche. Ref.: Gen. S. Voigt.
Annaburg. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock, internationale Frauenwoche. Ref.: Gen. Lenne Schumann, Halle.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Oeffentliche Frauenversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli". Thema: Gegen imperialistischen Krieg und Bürgerblock; internationale Frauenwoche. Ref.: Gen. Maria Wiedemeyer.

Ammendorf. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" erscheint alles zur Probe.

Werbebezirk Dölau. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, in Dölau bei Richter Funktionärsitzung. Alle Ortsgruppen-Vorsitzenden und Kassierer haben unbedingt zu erscheinen.

Jungfront

Halle. Alle Kameraden, welche mit nach Merseburg fahren, müssen sich bis Mittwoch, 9. März, bei ihrem Abteilungsführer melden. Letzter Termin der Geldablieferung (1,50 Mk.) Freitag, den 11. März.
Halle, Abteilung 2, Süden. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Mitgliederpflichtversammlung. Die zum Sprechchor bestimmten Kameraden eine halbe Stunde früher. Funktionäre haben einzufinden.
Halle, Abteilung 3, Westen. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, bei Hoffmann, Glaucharer Straße, Abteilungspflichtversamml. Regelung der Merseburger Fahrt.
Halle, Abteilung 4, Norden. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung.
Halle, Abteilung 5, Zentrum. Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" außerordentliche Mitgliederversammlung.

Untergau Merseburg

Rattmannsdorf. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, Uebungsstunde der Spielleute in der „Weißen Taube".

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversamml. Alle Kameraden müssen erscheinen zwecks Regelung der Merseburger Fahrt.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Donnerstag, 10. März, Uebungsstunde der Schalmeienkapelle bei Kam. Franz Pfeifer.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonnabend, 12. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zweite Kameradschaftsversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gaustührung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner. Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.

Kameraden! Rüstet zum März-Aufgebot der Roten Jungfront vom 15. bis 30. März. Das Werbematerial zum März-Aufgebot ist den Untergauführern zugesandt. Alle Ortsgruppen müssen es sofort daselbst anfordern.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle, Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, den 10. März, abends 7.30 Uhr, Antreten zum Ueben, auch Reserve-Spielleute (Paradeplatz).
Halle, Abteilung 1, Osten. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Abteilungsführersitzung.
Halle, Abteilung 3, Westen. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, in der Produktiv Abteilungsversammlung.
Halle, Abteilung 4, Norden, 16. Kameradschaft. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Lüderitzberg" Kameradschaftsversammlung. Alle Jungfront-Kameraden der 16. Kameradschaft beteiligen sich an der Jungfront-Versammlung im „Volkspark".
Halle, Reserve-Tambours. Heute abend pünktl. 8 Uhr bei Wögel, Unterberg, Ueben.
Löbejün. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler" Mitgliederversammlung.
Ammendorf. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Pflichtversamml. Sämtliche Unterführer eine halbe Stunde früher. Wer verhindert ist, schickt einen Kameraden als Ersatz.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle, Westen. Werbebezirksversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal Hoffmann, Glaucharer Straße. Sehr wichtige Tagesordnung.
Halle, Zentrum. Werbebezirksversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette". Sehr wichtige Tagesordnung.
Halle, Süden. Werbebezirksversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im Lokal Freundlieb, Merseburger Straße. Sehr wichtige Tagesordnung.
Halle, Osten. Werbebezirksversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, bei der Gen. Steinbrecher, Im Winkel 10. Sehr wichtige Tagesordnung.
Halle, Norden. Werbebezirksversammlung Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Sehr wichtige Tagesordnung.
Eilenburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, in der „Kele". Wichtige Tagesordnung.

Bund der Freunde der JAH.

Internationale Arbeiterhilfe

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau Halle, Gr. Steinstr 16 H. pt. Telephon 29150

Die Einzel- und Korporativmitglieder sind verpflichtet, an folgenden öffentlichen Frauenversammlungen teilzunehmen (Lichtbildervortrag „Mutter und Kind"):
Elsterwerda. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Quelle".
Weißenfels. Donnerstag, 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Tivoli".
Merseburg. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Tivoli".
Gerbstedt. Sonntag, 13. März, abends 8 Uhr, im Lokal Lohmeyer.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Zehnerschaftsführer Halles! Sonntag, den 13. März, vormittags 1/10 Uhr, trifft sich die gesamte Organisation zur Demonstration der Märzgefallenen am Hallmarkt. Die Zehnerschaftsführer sind für das Erscheinen der Mitglieder ihrer Zehnerschaft verantwortlich. Sorgt durch persönliche Einladung für eine gute Beteiligung.
Halle. Sonntag vormittag 1/10 Uhr Hallmarkt Treffen z. Abmarsch zur Gedächtnisfeier nach dem Gertraudenfriedhof.
Sonntag 1/3 Uhr Treffen Hallmarkt zur Wanderung.
Sonntag abend 1/8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Brettspiele.
Halle. Donnerstag abend 8 Uhr Metallarbeiter in der Produktiv wichtige Sitzung.
Halle, Gruppe Westen. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Freundlieb (Lockts Hof), Merseburger Straße, nicht Jugendherberge. Jugendverbands- und Gewerkschaftsbuch zur Kontrolle vorlegen.
Halle, Gruppe Zentrum. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Gesellenheim (Klosterstr.) Gruppenabend. Thema: Märzkämpfe und Proletariat. Gen. Walter.
Halle, Gruppe Nord. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Gruppenabend. Thema: Kriegsgefahr gegen Sowjet-Rußland.
Halt Dich dazu, Genosse, Dikers steht vor der Tür. Dein Fahrgeld mußt Du sofort sichern durch Kaufen von Sparmarken.
Schkeuditz. Mittwoch, 9. März, Vortrag über „Märzkämpfe".
Rahnitz. Sonnabend, 12. März, abds. 8 Uhr, gemeinsame Veranstaltung mit Ammendorf.
Freiroda-Radefeld. Sonnabend, den 12. März, öffentlicher Werbeabend (Theateraufführungen usw.)

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Jugendheim.
Merseburg. Donnerstag, 10. März, abds. 8 Uhr, Theaterprobe b. Gen. Wiesemann.

Unterbezirk Mansfeld

Arbeitsgebiet Hettstedt. Alle Ortsgruppen des KJVD. beteiligen sich an den Märzfeiern der Partei.
Sonntag, 13. März, Märzfeier am Grabe des Gen. Uppenrodt, Siersleben. Ref.: Genosse Fritz.

Unterbezirk Bitterfeld

Brehna. Sonnabend, 12. März, abends 1/8 Uhr, öffentlicher Gruppenabend des KJVD. Referent: Genosse Fritz, Halle.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Naundorf. Mittwoch, 9. März, Gruppenabend. Thema: Bürgerblock u. Kriegsgefahr.
Mückenberg. Donnerstag, den 10. März, Gruppenabend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, den 10. März, finden Stadtgruppenveranstaltungen statt.
Stadtgruppe 1 im Jugendheim, abendes 8 Uhr.
Stadtgruppe 2 und 3 im Gewerkschaftshaus, abends 8 Uhr.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S. Lerchenfeldstraße Nr. 1

Werbt neue Mitglieder als Ersatz für die uns Ostern verlassenden Genossen.
Halle. Alle Genossen beteiligen sich am Sonntag an der März-Demonstration zur Ehrung der gefallenen Märzkämpfer. Fordert Eure Kleinsgenossen zur Teilnahme an der Demonstration auf. Besonders gilt dies für die weltlichen Schulen. Treffpunkt 1/10 Uhr auf dem Hallmarkt.
Halle. Donnerstag abend 6 Uhr in der Produktiv Gruppenabend der Bezirke 1 u. 2. Thema: Die Märzkämpfe in Mitteldeutschland.
Halle. Freitag abend 6 Uhr in der Produktiv Unterhaltungsabend.
Halle. Sonnabend nachmittag 5 Uhr in der Produktiv Funktionärsitzung.
Halle. Alle Genossen, welche ein Instrument im Besitz haben, müssen es sofort abgeben.

68]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

Gljeb drehte sich um — der Advokat Tschirsky und mit ihm ein ehemaliger Weingroßhändler. Er war ihm im Volkswirtschaftsrat begegnet. Dort hatte er auch Tschirsky gesehen. Was für Geschäfte hatten sie im Volkswirtschaftsrat zu erledigen?

Verflucht und verdammt: Im Werke riecht es noch nach dem Oktober und der Kopf hat sich noch nicht vom Bürgerkriege ausgeruht. Wenn man aber in die Stadt kommt — so vollzieht sich eine seltsame Verschiebung und die Welt verändert ihr Antlitz...

Gljeb zog scherzend die Aktentasche aus Polsas Arm. Sie zuckte zusammen und erwachte. Erschrocken schaute sie Gljeb an und in ihren Augen sah er einen unterdrückten Schrei.

— Schau nicht auf dies Gesindel, Genossin Mjechowa. Wenn Dich der Neid packt — so dräng Dich in diese Hölle hinein und zertritt das Ungeziefer... Komm, gehen wir in die Frauengruppe.

— Sag mir, Gljeb.. Verstehst Du das? Ich gehe durch die Stadt und glotze die Fenster wie dumm an. Was geht mit mir vor?... Ich schau, bis mir der Kopf schmerzt, bis die Zähne knirschen — und verstehe gar nichts... Ich verstehe gar nichts mehr...

— Geh in die Frauengruppe. Ueberlasse es nur den wirklichen Dummköpfen und Tölpeln, da hineinzuglotzen.

Er nahm sie unterm Arm und führte sie die Straße entlang. Und Polsa sah sich erschrocken um, sah die Türen und Fenster der Geschäfte und ihre Augen zitterten wie Tröpfchen im Winde.

— Heute geh ich nicht in die Frauengruppe. Dort — ist Dascha Deine Frau — ist eine ganz kleine Frau: sie wird es weit bringen. Du wirst sehen... Uebrigens, was kann man von anderen sagen — wenn man über sich selber nichts weiß... Gestern — war ich so — heute — bin ich anders ..

— Schäm Dich Genossin, Leiterin der Frauengruppe, schäm Dich doch. Dich selber in eine solche Panik hineinzujagen! Dreimschlagen muß man und nicht weinen und auf einem Fuße herumhüpfen. Stell Dich nicht krank und nimm keine Krücke: es wird schon alles eintrocknen und wie Kruste herunterfallen, wie bei einem Hund.

Er sprach grob, drückte aber zärtlich ihren Arm.

— Was geht in mir vor, Gljeb... Vielleicht bist Du imstande, Dich in diesem Wirrwarr auszukennen?... ich bin wie betäubt... Ich fühle, wie der Boden unter mir schwankt. Ich war an den Fronten, habe furchtbare Schrecken gesehen... Zweimal habe ich das Gefühl des unmittelbaren Todes durchlebt. War aktive Teilnehmerin in den Moskauer Kämpfen. Und jetzt... jetzt erlebe ich so Furchtbares, wie ich noch nie erlebt habe. Als ob eine niederträchtige Menschenmasse mich verhöhnt und ich mich schämen muß, weil ich mich nicht verteidigen kann. Ist das alles notwendig? Ist das unvermeidlich? Ist dies das notwendige Resultat unserer Leiden und Opfer? Ist es wirklich so, Gljeb?... Bist Du vielleicht auch so ganz verwirrt wie ich, Gljeb? Sage es aufrichtig. Vielleicht tust Du nur so mutig — aus Gewohnheit?...

Sie kamen zum Sowjethause. Polsa blieb stehen und konnte sich von Gljeb nicht losreißen. Und man sah, daß es ihr schwer fiel, allein zu bleiben, und auch schwer war, unter Menschen zu sein. Gljeb war erregt. Was erregte ihn mehr: Polsas Worte, die ihn aufwühlten, oder daß sie ihn lockte und reizte, sie, die durch Dascha, über Dascha hinweg zu ihm kam...

Das Wort in Konzession geben. Gljeb erschrak damals vor dem neuen, Unheil verkündeten Wort. Niemand wußte, wer dieses Wort in den Wind geworfen hatte, und er konnte schon damals nicht klug daraus werden. Es ging ein unterirdisch-stammelndes Gerücht, das sich aber bald in Nebel auflöste. Und nun schrie die Straße aus vollem Halse mit ihren Auslagen, mit der geschäftigen Masse der Spekulanten und Händler. Das ist etwas anderes. Die Befestigungen sind geborsten und aus den Spalten strömt stinkendes Spülicht und aus den finsteren Winkeln und Ritzen kriecht Gewürm heraus. Dieser neue Teufelspuk war nicht mit einem Schlag zu nehmen: man muß in ihm herumbohren, eine unempfindliche Nase gehört dazu und eine große Zähigkeit.

Polsa. Da ist sie. Neben ihm, und in ihren Worten ist so viel herzliche Freundschaft. Sie braucht jetzt so notwendig seine Kraft. Und er fühlte eine große Unruhe in ihr, aber er war nicht imstande, sich weich und vorsichtig ihrer Seele zu nähern: vielleicht verstand er es nicht, oder vielleicht war er es nicht gewohnt. Er wollte ihr so gern ein liebes Wort sagen: sie gleichsam mit dem Mantel gegen die Kälte schützen und in leisem Flüstern sein Herz wie eine Welle in ihres hineinströmen lassen. Das fühlte er, aber er war nicht imstande, seine rauhe Hülle zu durchbrechen.

— Ich werde nicht in die Frauengruppe gehen. Komm zu mir herauf und bleib ein wenig bei mir. Wenn Du bei mir bist, dann wird es mir nicht so schwer sein. Du kannst bald weggehen — nur daß ich jetzt nicht das Gefühl habe, allein zu sein. Vielleicht wirst Du mir ein Wort sagen, daß mich ernüchtern wird, und ich werde dann alles mit anderen Augen sehen.

Und sie drängte ihn zu der spiegelnden Glastüre in den Eingang hinein.

Und bis zu ihrem Zimmer, auf der Marmortreppe, im engen Gang, ließ sie seine Hand nicht aus ihrer und wiederholte immer dasselbe — schwieg und wiederholte, schwieg — und wiederholte es immer wieder:

— Muß es so sein? . . . ja, muß es denn so sein? . . .

In ihrem Zimmerchen ist es hell und leer. Ein eisernes Bett, auf dem Bett eine graue Decke, ein weißes Kissen. Ueber dem Bett — Lenin. Vor dem Fenster ein Tischchen, darauf ein Haufen Bücher und Papiere. Und nur eines empfand Gljeb, das Zimmer duftete nach Polsa. Wenn er nicht gewußt hätte, daß sie dort wohne — er hätte es nach dem Duft gefühlt.

Sie warf ihre Aktentasche auf den Tisch, setzte sich nicht, sondern lehnte sich an die Wand neben dem Tisch. Auch Gljeb setzte sich nicht und ging im Zimmer auf und ab. Blieb vor der Türe an der linken Wand stehen.

— Wer wohnt dort hinter der Tür?

— Das ist Sergeijs Zimmer.

Er klopfte mit der Faust an die Tür. Innen im Leeren seufzte ein Echo auf. Er ging zu der Tür an der rechten Wand.

— Und dort?

— Ich habe Angst vor dieser Tür. Dort wohnt der Vorsitzende des Exekutivkomitees. Ich liebe ihn nicht: er hat so etwas Schweres in sich und immer scheint es mir, die Tür wird sich öffnen und es wird etwas geschehen . . . Ich weiß nicht was . . . vielleicht etwas Gräßliches . . .

— Er ist ein Schürzenjäger, dieser Vorsitzende des Exekutivkomitees.

— Warum? Woher weißt Du das?

Polsa lachte, aber ein Lachen, das nicht aus dem Herzen kam, die Augen lahen nach innen und sie lauschte ihrem eigenen Schmerze.

— Er ist ein Schürzenjäger. Ich werde sicher mit ihm noch einen Zusammenstoß haben.

— Was bist Du noch für ein Sklave, Gljeb! Auch in uns müßten wir endlich einmal Revolution machen. In uns selber müßte ein schonungsloser Bürgerkrieg ausgekämpft werden. Es gibt nichts festeres, nichts näheres als unsere Gewohnheiten, unsere Gefühle und Vorurteile. In Dir tobt die Eifersucht — ich weiß es. Das ist ärger als Despotismus. Das ist eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen —, die nur mit Menschenfresserei zu vergleichen ist. Hör, Gljeb, Dascha wirst Du auf diese Weise nicht näher kommen — wirst geschlagen werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0012

Wogegen wir kämpfen müssen

Wir haben zwar in diesem Kampfe noch größere Feinde als die Ultralinken. Wir haben die gesamte 2. Internationale gegen uns, vor allem die SPD. Die Führer der SPD. hätten gegenwärtig die Gelegenheit, eine gewisse Bilanz von einer achtjährigen Arbeit nach dem Kriege zu ziehen. Und wenn sie das nicht machen, wollen wir das machen.

Zuerst die Rettung des deutschen Kapitalismus. Die erste Losung von Kautsky war damals: Wiederherstellung der kapitalistischen Produktionskräfte, und gleichzeitig, als er für diese Losung Propaganda führte, arbeitete Noske mit anderen Mitteln zur Rettung des deutschen Kapitalismus. Danach die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie für die Durchführung der Rationalisierung in den Betrieben, die Arbeit der SPD.-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie, und dann die ganze Koalitionspolitik, die sie geführt haben mit den betrügerischen Losungen: Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie. Was ist nun, was haben die deutschen Proleten jetzt als Resultat von dieser Arbeit? Verelendung und politische Reaktion. das ist das Resultat. Natürlich sage ich nicht, daß das ausschließlich die Arbeit der deutschen sozialdemokratischen Führer ist. **Das ist ein Resultat der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten.** (Zuruf: Sehr richtig.) Aber jetzt, Genossen, für uns ist es die Zeit, diese Tatsachen vor der deutschen Arbeiterklasse wirklich im Ernst zu entlarven.

Wir sehen durch die Tatsache der Radikalisierung, des Radikalisierungsprozesses unter den Arbeitern. daß wir gegenwärtig die größten Voraussetzungen für diese Entlarvungsarbeit vor haben. Das erfordert Kampf, einen richtig geführten Kampf, auch gegen die sogenannten linken Führer der Sozialdemokratie. Gewiß ist richtig. wie hier von einem Delegierten in der Diskussion erwähnt wurde. daß Lenin gesagt habe, daß, wenn man den Kampf gegen den Zentrismus übertreibe, man dem Zentrismus nur helfe. Das ist richtig. Aber ich bin vollständig überzeugt. daß Lenin in der gegenwärtigen Situation in keinem Falle gegen den verschärften Kampf gegen die sozialdemokratischen linken Führer, die in den Reihen der Sozialdemokraten sind, aufgetreten wäre. Diese sogenannten linken Führer, beginnend von Levi, decken die Schweinereien der Sozialdemokratie. In dieser Beziehung, wie im allgemeinen ist die Linie der Komintern und der deutschen Partei vollständig einheitlich.

Der Eindruck des Parteitages

Nach der Diskussion auf diesem Parteitag hat eines auf mich sehr erfreulich gewirkt, daß hier fast alle Diskussionsredner — ausgenommen die ultralinken — zum Leitmotiv gehabt haben: Weg mit den leeren Phrasen, sie haben sich eingestellt auf die praktischen revolutionären Aufgaben der Kommunistischen Partei. Ich glaube das ist eine große Garantie für die Zukunft, und ich bin überzeugt, daß der Parteitag in dieser Hinsicht für die Kommunistische Partei eine große Etappe bedeuten wird. Die Partei sucht, nicht nur auf ihrem Parteitag, sondern in der revolutionären Praxis, in der täglichen Kleinarbeit die Konkretisierung ihrer Linie zur Eroberung der Großbetriebe. der Gewerkschaften usw. Die gesamte Partei — ausgenommen vielleicht einige Ultralinke — fühlt, daß man eine planmäßige revolutionäre Arbeit notwendig hat, die viel Energie und viel Verantwortlichkeit erfordert. Ich glaube auch, daß die Parteileitungen noch mehr als bisher auf die erfahrenen Praktiker die sie so reichlich in der Partei haben, lauschen, ihre Ratschläge hören muß, um die wirklich großen Schwierigkeiten zu überwinden, die sie in ihrer Arbeit auf den verschiedenen Gebieten haben, auch in der Arbeit in den Massenorganisationen, in der Arbeit des Zeitungsvertriebes usw. Aber wir Vertreter der Exekutive fürchten gar nicht, daß in dieser Hinsicht die Partei nicht die richtige Linie finden wird. Wir unterschreiben mit allen Händen die Beschlüsse, die in dieser Hinsicht gefaßt worden sind, aber wir halten es fast für überflüssig, von unserer Seite nochmals auf die Verpflichtungen der Partei in dieser Hinsicht aufmerksam zu machen.

Gegen sozialdemokratische und imperialistische Kriegsgefahr

Statt dessen möchte ich wenigstens — und das ist auch die Meinung anderer Genossen — die Aufmerksamkeit auf die großen politischen Punkte lenken, auf welche die Partei ihre Massenaktionen, ihre Kampagnen in der nächsten Zeit richten soll, vor allem gegen die Sozialdemokratie und gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Gegen die Sozialdemokratie in zweierlei Hinsicht: gegen ihre Koalitionspolitik und gegen ihre Gewerkschaftspolitik. Der Bürgerblock in Deutschland ist ja keine rasch vorübergehende Episode, sie hat die sozialdemokratische Führerschaft jetzt in ein Dilemma gebracht und wir sollen es jetzt den Arbeitern verständlich machen, wie die deutsche Sozialdemokratie durch ihre bisherige Koalitionspolitik nicht nur Bankrott erlitten hat, sondern auch einen ständigen, großen Verrat an der Arbeiterklasse geübt hat.

Auf drei Punkte muß man die volle Aufmerksamkeit richten. Das sind die Fragen der Rationalisierung, die Fragen der Arbeitslosigkeit, in denen beide die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen ist, und dann die Entwicklung der Gewerkschaften politisch und organisatorisch zum Kampfe gegen das konzentrierte Trustkapital. Natürlich, Genossen, so eine Tatsache, wie wir sie vor ein paar Jahren auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß gesehen haben, daß wir auf diesem Kongreß nur mit zwei Delegierten vertreten waren,

Nun in bezug auf die Kriegsvorbereitungen. Auch da ist die höchste Aktivität der deutschen Partei notwendig, nicht nur gegen die Kriegsvorbereitungen. Wir wissen ja, daß der Krieg nicht nur vorbereitet wird, sondern daß er schon in China eine Tatsache ist. In China tobt schon der imperialistische Krieg gegen das chinesische Volk, das um seine Befreiung kämpft. Wir sollen mit der größten Aufmerksamkeit den Verlauf dieses Krieges verfolgen und in dieser Hinsicht auch durch die deutsche Partei die höchste internationale Aktivität entfalten.

Immer mehr wird dieser chinesische Krieg verbunden mit der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Natürlich prophezeien wir nicht, daß dieser Krieg in einigen Monaten kommen wird. Aber die Vorbereitung dieses Krieges ist eine Tatsache. Die Note Chamberlains, die ich vorhin erwähnte, ist nicht nur eine Schimpfrede, nein, das ist ein Glied in der Kette der Vorbereitung der Interventionen. Solche Genossen, die die Geschichte der englischen Diplomatie genau kennen, sagen mit allem ihrem Sachverständnis, daß die Arbeit der englischen Regierung gegenüber der Sowjetunion gegenwärtig ganz nach demselben Schema geht, wie die englische [illegible] immer ihre großen imperialistischen Kriege vorbereitet hat.

Ganz nach den alten Traditionen, die in vieler Hinsicht sogar stereotyp geworden sind. Es handelt sich um die Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion. (Sowjetgranaten!) Warum, das ist uns allen selbstverständlich. In alter Zeit sagte ein Tyrann in Frankreich einmal, die Legalität erstickt uns. Gegenwärtig scheint es, daß die englische Regierung fühlt: der Friede erstickt uns! Die Regierungen der imperialistischen Mächte sind wirklich Friedensstörer in der Welt, gegenwärtig. Je mehr sie sehen, daß sie keine Erfolge haben mit den Plänen der Domesierung der Sowjetunion, um so mehr werden sie ihre agressiven Pläne weiter entwickeln. Ja, gewiß, Sowjetrußland will sich verteidigen. Sowjetrußland bereitet sich zur Verteidigung vor. Das können wir offen sagen. Darüber ist man sich klar in Sowjetrußland. daß dazu nicht nur notwendig sind Getreide, Elektrizität, Straßenbahnen, Textilfabriken, sondern daß dazu auch notwendig sind Kanonen und Gewehre, auch Flugzeuge und sogar Granaten sind notwendig. (Lebhafter Beifall.) Wir gestehen ganz offen, daß solche Sachen erzeugt werden in Rußland, wie schmerzhaft das auch für die sozialdemokratischen Führer und ihre Herren sein mag. (Zuruf: Und für Madonald!) **Vielleicht hat man sogar ausländische Spezialisten bei der Verfertigung. (Stürmisches Händeklatschen.)** Jawohl, wir sagen, sich zu verteidigen, sich zur scharfen Verteidigung vorzubereiten, das ist das internationale Recht und die internationale Pflicht der Sowjetunion. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wir haben schon auf der Erweiterten Exekutive gesagt, stark zu sein, das ist internationale Pflicht der Sowjetunion. Und unsere erste proletarische Pflicht in allen kapitalistischen Ländern ist auch, stärker zu werden, viel stärker, denn das ist die beste Vorbereitung auch zum Schutze der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Die Frage des Schutzes scheint sogar dem Genossen Bartels endlich einzuleuchten, denn er sagt, keine Waffen, keine Munition gegen die Sowjetunion.

Genossen!

Es kommt darauf an die Beschlüsse des XI. Parteitages durchzuführen!

Konferenzen der Transportarbeiter usw., viel, sogar vielleicht etwas zu viel des Guten auf einmal. Aber wenn er gleichzeitig aufruft zur Solidarisierung mit den Aposteln der zweiten Revolution für Sowjetrußland, dann müssen wir sagen, daß ihre Freundschaft mit der Sowjetunion nicht ganz aufrichtig ist. (Zurufe: Sehr richtig, sehr gut!) Wir buchen diese Aeußerung von Bartels. wir buchen sie auf die Kreditseite, aber nicht für ihn, sondern für die ultralinken Arbeiter. Diese haben scheinbar die ultralinken Führer gezwungen in dieser Frage endlich und plötzlich aus der sehr zweideutigen Position herauszukommen. Genosse Bartels hat hier ausdrücklich gefordert und erklärt, die Solidarisierung mit allen ausgeschlossenen kommunistischen Renegaten, auch mit Schwarz, mit Korsch. (Bartels und Grylewicz protestieren.) Aber bitte schön, wir nehmen jeden Rückzug von Ihnen entgegen. (Beifall.) Und wir konnten ihner eigentlich schon im voraus sagen. daß in dieser Frage die ultralinken Arbeiter Ihnen nicht erlauben würden, eine zweideutige Haltung zu haben.

Die deutsche Außenpolitik

Dr. Stresemann scheint es umgekehrt zu machen, als der Genosse Bartels. Er hat früher auch eine zweideutige Haltung gezeigt in seiner Diplomatie. Jetzt orientiert er sich ganz klar, so klar, wie ein Diplomat sich orientieren kann, auf die Seite der englischen Pläne gegen die Sowjetunion. Natürlich nicht persönlich, sondern als Vertreter der deutschen Bourgeoisie. Ist ein Unterschied zwischen 1921/22, 1923 und 1927 auf der anderen Seite? Gewiß, es ist ein gewisser Unterschied. Genosse Lenin hat damals unterstrichen, daß Deutschland damals ein unterjochtes Land war den imperialistischen Ländern gegenüber. Jetzt, Genossen, würde er uns sicher sagen, daß Deutschland jetzt ein imperialistisches Land ist. Die Tatsache dieses Unterschiedes soll man nicht verkennen.

Morgen wird in Genf Dr. Stresemann als Vertreter der deutschen Bourgeoisie die Sitzung des imperialistischen Völkerbundes eröffnen und die Versammlung leiten. Leiten, sage ich, eigentlich ist die Rolle der Leitung durch den Vertreter der deutschen Bourgeoisie fast so, wie die Rolle, die sogenannte führende Rolle der deutschen Sozialdemokratie in den deutschen Koalitionsregierungen gewesen ist. In Wirklichkeit leitet dort die englische Regierung.

Der Kampf zweier Internationalen

Es sind zwei Internationalen, die hier vertreten sind: die erste, die dort morgen in Genf zusammentritt, die zweite, unsere Internationale, Genossen, die zwar langsam wächst, viel langsamer, als wir gehofft haben und gewünscht haben, und als wir oftmals sogar geglaubt haben, mit vielen Schwächen und Mängeln sind unsere Parteien in den kapitalistischen Ländern behaftet. Aber es geht vorwärts, auch unter schwierigen Umständen. Unsere Parteien haben gelernt, auch unter den schwierigsten Umständen zu arbeiten. Wir haben Parteien, die arbeiten unter so schwierigen legalen Umständen, daß es — vom Standpunkte der Legalität, die wir in Deutschland haben, — unmöglich wäre. dort etwas zu machen. Aber dort baut man lebensfähige Betriebszellen auf, dort verrichten lebensfähige Betriebszellen Arbeit. sogar in den Gefängnissen.

Das zeigt, daß es auch in Deutschland möglich sein muß. Die Ultralinken haben uns gesagt, daß wir die Kommunistische Internationale liquidieren wollen. Quatsch, Esel sind sie! Liquidierung des Kapitalismus zuerst und dann Aufbau des Sozialismus. Solange das nicht ausgeführt worden ist, solange wird die Kommunistische Internationale nicht liquidiert. (Stürmischer Beifall.) Und bis dahin sind lämsst die Knochen des letzten Ultralinken liquidiert worden. (Allgemein zustimmendes Lachen. Zurufe: Sehr gut!) Die ganze Entwicklung geht in dieser Richtung. Es ist ein Glück, daß die deutsche Partei schon jetzt so festen Fuß, so feste Verbindung unter den Arbeitern hat. auch eine ständige. ununterbrochene Verbindung mit den linken sozialdemokratischen Arbeitern. Ihre Partei hat prächtiges, revolutionäres Volk. Ihre Kaderbildung wird nicht so schwer sein. wie in anderen Ländern Ihre Arbeiter habt große revolutionäre Kampferfahrungen und das ist die Hauptsache. Sie haben ein Entwicklungsniveau, von dem die weitere revolutionäre Schulung sehr leicht sein wird. Sie haben einen Haß gegen den Opportunismus. Ich sage, daß die ultralinken Führer oftmals diesen Haß der revolutionären deutschen Arbeiter mißbraucht haben, aber dieser Haß ist eine sehr wertvolle Sache.

Die Konzentration der Partei

Die Parteileitungen müssen es verstehen, die gemachten Erfahrungen, die sie haben in den Personen vieler tausender Funktionäre und Kandidaten zu Funktionären, diese Erfahrungen auszunützen, und die Arbeit richtig zu verteilen. Konzentration. Jawohl, das ist notwendig, aber nicht ganz so, wie es Genosse Böttcher hier gesagt hat. Ich glaube, er hat verwechselt ein paar Dinge. Ideologische Meinungsverschiedenheiten im gewissen Rahmen, im kommunistischen Rahmen sind erlaubt, soweit sie nicht zu einer desorganisierenden Fraktionsarbeit führen. Aber die **Leitung der Partei muß viel einheitlicher sein, als die Gesamtpartei.** In den Leitungen können gewisse Nuancen noch sein, aber die Leitung muß einheitlich die Partei führen können, nicht nur die zentrale Leitung, sondern die Leitungen in den Bezirken, in den Betrieben und überall. Und dann in den Aktionen, im Kampf gegen die Gegner, da muß Disziplin sein, da muß revolutionäre Disziplin sein, sonst ist ein revolutionärer, erfolgreicher Kampf unmöglich. Ohne Disziplin, das sage ich besonders den ultralinken Arbeitern, ohne revolutionäre Disziplin wird die Partei niemals siegen. Stahlkartelle gründen die Bürgerlichen. Wir sollen auch Stahlkartelle haben, sowohl im deutschen, wie im internationalen Maßstabe. (Starker Beifall.)

Genossen, die Zeiten, die wir jetzt durchleben, sind große Zeiten, die Ereignisse, wenn Sie nur verfolgen die äußeren Ereignisse, wie in China, wie das in Indien zu spüren ist und überall, die Ereignisse sind wirklich groß. Diese Tatsache, daß wir eine Zeit der großen Kämpfe erleben, steht nicht in Widerspruch zur Anerkennung der Tatsache der relativen Stabilisierung in einem Teil der kapitalistischen Welt.

Unsere Forderung, den imperialistischen Mächten gegenüber ist Frieden, nicht deshalb, daß wir jeden Krieg ablehnen, verwerfen, sondern deswegen, weil es keine Kriege sind, die auch progressive genannt werden könnten, — es gibt auch solche Kriege, die auch mit dem Siege des Proletariats enden können. Solche Kriege sind gute Kriege. **Aber gegen die Vorbereitungen des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion stellen wir die Forderung Frieden, um die teure Zeit,** die uns noch überlassen wird, zur besseren gründlicheren Vorbereitung auszunützen. Wir wollen und das ist in der kapitalistischen Welt in erster Reihe die Pflicht der deutschen Partei, die Massen mobilisieren gegen den Krieg, der durch die imperialistischen Mächte in China geführt und der gegen die Sowjetunion vorbereitet wird.

Wir fordern den Frieden, aber wir fürchten nicht den Krieg

Wenn in diesen Tagen die Weltbourgeoisie sich zu dem großen Zusammenstoß der Kräfte der Revolution und der Konterrevolution entschließt, und der Zusammenstoß wird ja kommen, ja, er muß unvermeidlich kommen, an dem Tage, wo die Vertreter des Weltimperialismus ihre Waffen gegen die Sowjetunion richten, dann sagen wir den Hauptvertretern der internationalen Konterrevolution: Wohlan, es ist nicht zum ersten Male, daß eine Intervention gegen die Sowjetunion, gegen den Hort der Weltrevolution probiert wird.

Jetzt sind die Zeiten schon ganz anders.

Jetzt haben wir viel mehr Verbündete in allen Ländern, jetzt haben wir es auch erlernt, noch besser zu kämpfen als früher. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. Der Parteitag singt die „Internationale".)

Die Partei muss einheitlich sein!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0013

Rede des Vertreters der Exekutive

Auf der gestrigen 4. Tagung, des Parteitages am 5. März, erhielt das Wort zum Bericht der 7. Erweiterten Exekutive als Vertreter der Exekutive Kommunistischen Internationale, Genosse Jansen. Der Parteitag bereitet ihm eine stürmische Ovation. Nach minutenlangem Handeklatschen werden die ersten beiden Strophen der „Internationale" gesungen.

Genosse Jansen

Genossen und Genossinnen! Ich habe den Auftrag, Ihnen die revolutionären Grüße der Kommunistischen Internationale zu überbringen. Und nicht nur an den 11. Parteitag der Kommunistischen Partei, sondern an die Arbeiter des Ruhrgebietes an die Arbeiter von Essen, an die Bergarbeiter, an die Metallarbeiter, an das gesamte deutsche Proletariat. (Lebhafter Beifall). **Ich habe auch die Grüße zu überbringen an die Parteilosen, die Sozialdemokraten und auch an die christlichen Arbeiter, (lebhafter Beifall), die doch, wenn nicht morgen, so übermorgen zum größten Teile mit uns marschieren werden.**

Vor allem aber grüße ich unsere Vorhut, unsere Kommunistische Partei Deutschlands, deren Wachstum und Stärke das Wachstum und die Stärke der Kommunistischen Internationale ist, und deren Schwächen auch die Schwächen der Kommunistischen Internationale sind, die Fleisch und Blut unserer Internationale ist.

Meine Aufgabe, die Berichterstattung über die Tagung der letzten Erweiterten Exekutive wird, da die Vertreter des Parteitages die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive kennen, sich vor allem auch mit den neuen Ereignissen seit dieser Tagung beschäftigen. Man kann vor allem über eine der Hauptfragen, die russische, nicht sprechen ohne auf die Hetze einzugehen die nach der Exekutive besonders heftig gegen die Politik der Sowjet-Republik entfaltet worden ist, nicht nur von unseren Renegaten, sondern auch vor allem von den Führern der deutschen Sozialdemokratischen Partei und in diesem Zusammenhang muß ich auch von dem Vorstoß sprechen der in der russischen Frage von seiten Chamberlains gemacht worden ist. Unsere Opposition will ich natürlich nicht gleich setzen mit den Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten nicht mit Chamberlain. Aber wenn z. B. die Führer der russischen Opposition in der russischen Frage eine sozialdemokratische Abweichung zeigen, so zeigen die Sozialdemokraten ihrerseits eine konterrevolutionäre Abwehung und auch Herr Chamberlain hat eine Abweichung weiter nach rechts, eine Interventionsabweichung. (Heiterkeit). Die ernsteste Aufmerksamkeit erfordert natürlich die Note Chamberlains. Er hat sie nicht nur gegen die russische Regierung, sondern auch direkt gegen uns, gegen das Plenum der Komintern, und insbesondere gegen das Referat Buchs, uns gerichtet. Seine Perspektive war Chamberlain sehr unheimlich und seine Note ist eigentlich ein Protest gegen die revolutionäre Perspektive Englands, wie wir sie ausgesprochen haben und ein Protest gegen die revolutionäre Bewegung in China. (Sehr gut).

China

China, besser gesagt, die Beute, die aus China zu erwarten wäre, das ist der schönste Traum der englischen Bourgeoisie. Und man versteht sehr gut den Haß und die Empörung, wenn so ein Traum, so eine Beute zu entgleiten droht. England hat viele solcher schönen Träume sich verwirklichen sehen, Indien, Aegypten, und warum sollte sich also nicht der Traum von China verwirklichen? Dagegen entsteht nun aber diese Perspektive und der Kampf der revolutionären nationalen Bewegung, für die der Sowjetstaat von der größten Bedeutung ist. Grund genug für Chamberlain.

das Hauptargument der russischen Opposition

war ein anderes nämlich, der Kulak ist gewachsen, und die Stalinsche Leitung der russischen Partei hat diese Gefahr nicht bemerkt; der Kulak hat alle Pläne der Sowjet-Regierung in der Kampagne der Getreideeinkäufe durchkreuzt, diese Kulakengefahr wird immer größer und wird schließlich auch die Politik der proletarischen Diktatur gefährden. Hätten die russischen Oppositionellen mit dieser Behauptung recht gehabt, so sollten in diesem Wirtschaftsjahre, vor allem bei der Getreidekampagne der russischen Wirtschaft große Schwierigkeiten entstehen, größer als im Jahre 1925. Man hat dagegen wirklich erreicht, daß man konstatieren kann, daß wir den Getreidemarkt von den Kulaken erobert haben. Und diese Tatsache, die in Widerspruch mit den Prophezeiungen der russischen Oppositionsführer steht, diese Tatsache zeigt wirklich, wie Bucharin gesagt hat, den Zusammenbruch der Wirtschaftsphilosophie der russischen Opposition. Selbstverständlich auch der Prophezeiung und Beschimpfung der deutschen Ultralinken, die angeknüpft haben an die Fragen der „Kulakisierung" der Sowjet-Union. Ja, einmal hat man sogar die ganze Komintern „kulakisiert". Jetzt spricht die russische Opposition über die Kulaki mit viel leiserer Stimme. In der letzten Sitzung des Zentralkomitees der russischen Partei haben Oppositionsführer für die Resolution der Stalinschen Zentrale stimmen müssen. (Zuruf: sehr gut.) Und ich habe gehört, daß z. B. Bariels hier redete über „Kulakisierung". Wenn er jetzt hier auftreten und beweisen will, daß die Wirtschaftsentwicklung in Rußland zur Kulakisierung führt, ich hätte ihm sehr mit seinem Beweisen hier aufzutreten. (Zwischenruf: Er hat noch ein altes Konzept.)

Die Schwierigkeiten

Man hat freilich nicht nur Errungenschaften in der Aufbauarbeit in Rußland, sondern hat auch große Schwierigkeiten und Probleme. Schwierigkeiten in der Frage der Arbeitslosen. Das sind zwar ganz andere Schwierigkeiten als die Schwierigkeiten der deutschen Kapitalisten. Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland wird nicht durch Arbeiterentlassungen sondern durch Ueberbevölkerung vom Lande verursacht.

Die Schwierigkeiten in der Rohstoff-Frage und in der Preispolitik sind ebenfalls groß, obgleich auch die Sowjetstaatswirtschaft des vom Lenin sagt „konsequent sozialistischen Typus" schon zum großen Teil auch den Markt erobert hat. Schwierigkeiten sind da, aber diese sind nicht unüberwindbar. Die Praxis zeigt, daß man an keiner Stelle eine Grenze sieht, wo man sagen könnte, daß bis zu diesem Punkt die Aufbauarbeit gehen kann. Man kann nicht sehen, daß das Proletariat der Sowjet-Union nicht imstande wäre, den Sozialismus bis zum Ende aufzubauen, soweit sie nur von den Angriffen der kapitalistischen Welt in Ruhe bleiben. Das Fundament des Sozialismus wird erfolgreich aufgebaut werden, und wir haben keinen Anlaß, zu fürchten, daß nicht auch ohne amerikanische und andere Kredite der Aufbau erfolgreich weiter gehen wird. Das Geschrei von einer Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union, in einem Lande, dient nur den Feinden Sowjet-Rußlands und nur den Feinden der revolutionären Arbeiterbewegung überall. Zuruf: Sehr richtig.) Darum nennen wir dieses Geschrei eine sozialdemokratische Abweichung, weil es in seinen Auswirkungen das ist. Unsere Aufgabe ist natürlich nicht, den Glauben der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union zu nehmen, sondern, im Gegenteil, zu stärken.

Die Lage in der Sowjet-Union

Wenn jemand von unseren Gegnern glaubt, daß man in Sowjet-Rußland nur schwätzt theoretisch darüber schwätzt, ob der Sozialismus möglich oder unmöglich ist, der irrt sich gründlich. Man arbeitet dort. Zunächst am Aufbau der technischen Basis des Sozialismus. Ich hatte schon vor der russischen Revolution, im Jahre 1917, Gelegenheit, mit dem Genossen Lenin eben über das Thema über die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande zu sprechen. Damals war die Rede nicht über den Aufbau in Rußland, sondern in einem viel kleineren Lande, das gegenwärtig nicht zu Sowjet-Rußland gehört. Lenin sagte mir: Habt Ihr Waffen, frage ich Euch. — Waffen haben wir sehr wenig. — Das ist sehr schlimm. Habt Ihr Kohlen, habt ihr Bergbau und Eisen? — Eisen und Kohlen haben wir gar nicht. — Das war noch schlimmer. — Habt Ihr Eisenerze, Metall? — Nein. Ja, ich muß gestehen, daß die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus in diesem Lande, wenn es isoliert bleiben würde wirklich schlecht sind. — Aber, er fügte hinzu, Sie können das alles bald aus Rußland importieren. — Er war absolut überzeugt, daß in einigen Monaten das russische Proletariat die Macht haben würde und dem kleinen Lande auch diese gewissen Naturvoraussetzungen des Kapitalismus das Sozialismus zum Aufbau geben könnte. In Rußland hat man diese Naturvoraussetzungen in reichlichem Maße. Man hat sie auch in Deutschland, ihr braucht gar nicht unruhig zu sein in dieser Beziehung. (Beifall). Aber die technische Basis muß noch viel vervollständigter werden, um als Fundament des Sozialismus zu taugen. Es ist an sich wunderbar, wie man in Rußland, wo man nicht 10 Jahre für die Aufbauarbeit hatte, — der Krieg hat durch die Interventionen 4 Jahre länger gedauert und während dieser Zeit war keine Rede vom Aufbau, kaum von Wiederherstellung — die Periode der Wiederherstellung der Produktivkräfte im allgemeinen, im großen und ganzen, geendet hat. Das Memorandum des Völkerbundes an die Wirtschaftskonferenz mußte sogar anerkennen, daß die Produktion in Rußland das Niveau der Vorkriegszeit schon ein bißchen überstiegen hat. In einigen Industrien, in der Elektro-Industrie, in der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen, sind wir schon viel weiter. Eigentliche Aufbauarbeit wurde gewissermaßen erst 1922 eingeleitet und doch haben wir Resultat, kleine bescheidene, aber immerhin, wir haben etwas erreicht. Einige konkrete Beispiele: 10 große Ueberlandzentralen, darunter Woschowstroj, sind gebaut, 8 andere große im Bau, 7 neue große Werke der Metallindustrie, 6 Elektrowerke, 76 neue Gruben im Kohlenbergbau, fertiggestellt, weitere 19 im Bau, 5 neue Petroleum-Reinigungswerke 12 neue chemische Großbetriebe, weiter 12 im Bau, 1,5 Tausend Kilometer neue Eisenbahnen, in 5 Städten Straßenbahnen, 62 neue Betriebe zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte. Das sind nur einige Beispiele. Unsere Zuwendungen an die Industrie waren im Jahre 1923/24 225 Millionen Rubel, 1925 385 Millionen, 1926 780 Millionen. Im laufenden Jahre 1 Milliarde Rubel. Und das haben wir alles ohne amerikanische Kredite unter der Leitung der bolschewistischen Partei gemacht. Wir haben für Wohnungsbau 1925/26 248 Millionen Rubel und jetzt 315 Millionen Rubel, zusammen für 660 000 Arbeiter aufbringen können. Gegenwärtig werden in Rußland schätzungsweise 6 Milliarden Mark, das ist gleichviel wie in Deutschland, jährlich akkumuliert.

Wie steht es mit der Abhängigkeit von der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Auf der Exki-Tagung behauptete Trotzki als Hauptwortführer der russischen Opposition, daß die Sowjet-Union mehr und mehr abhängig wird von der kapitalistischen Weltwirtschaft, daß sie uns immer mehr und mehr kontrollieren wird. Wie steht es damit? Natürlich, die kapitalistische Welt hatte ihren Plan auf die Degeneration von Sowjet-Rußland eingestellt. Aber, es ist doch nicht so gegangen. Natürlich, so weit ein Warenaustausch erfolgt zwischen der Sowjet-Union und der kapitalistischen Welt, sind wir auf das kapitalistische Ausland angewiesen. Aber wenn dieser Warenaustausch richtig geregelt wird, so kann man dadurch immer mehr die Sowjet-Wirtschaft unabhängig von der kapitalistischen Wirtschaft machen. Das Außenhandelsmonopol in den Händen der Sowjet-Regierung ist ein mächtiges Mittel. Ein- und Ausfuhr ist nicht der Profitgier einzelner Unternehmer überlassen. Das wird planmäßig durch ein Verwaltungsorgan in der Sowjetmacht geregelt. Eine Zeitlang war die Handelsbilanz passiv, daß es gewissermaßen gefährlich aussah. Durch das Eingreifen der bewußten bolschewistischen Politik ist jetzt diese Handelsbilanz wieder aktiv. Rußland hat so reiche Quellen, daß der Druck der kapitalistischen Weltwirtschaft es nicht erdrosseln kann.

Aber, sagt der Genosse Trotzki, alles hängt vom Tempo der sozialistischen Aufbauarbeit ab. Wie ist das Tempo in der letzten Zeit gewesen?

Da ist zunächst die Tatsache der Zunahme der Rohproduktion im Vergleich mit dem Wirtschaftsjahre 1923/24. In der Landwirtschaft 27 Proz., in der Industrie 120 Proz. bis 1925/26. In diesem Jahre in der Landwirtschaft 35 Proz., in der Industrie 132 Proz. Sie sehen nicht nur ein sehr rasches Tempo in der Zunahme sondern das Schwergewicht in der Entwicklung der Industrie. In der Industrie selbst wieder das Schwergewicht auf der schnelleren Entwicklung der Schwerindustrie, die sich im laufenden Jahre gegenüber 17 Prozent der Leichtindustrie um 25 Prozent vergrößerte. Die Erzeugung von Dampfturbinen wuchs um 75 Prozent im Verhältnis zum vorigen Jahr. Die Herstellung von Dampfkesseln 66 Prozent, und sie wissen, die Großindustrie ist gänzlich in den Händen des Proletariats.

Wie lebt der Arbeiter in Sowjet-Rußland?

Sie wissen fast alle und diese Hunderttausende deutsche Arbeiter wissen, das auch durch die Arbeiter-Delegationen. Aber einiges möchte ich doch kurz anführen. Der Reallohn ist so hoch wie in der Vorkriegszeit. Hinzu kommen zahlreiche soziale Vorzüge, besonders Urlaub, Krankenhäuser mit kostenloser Behandlung, Erholungsheime, freier Theaterbesuch, Vorzüge in bezug auf den Schulbesuch für die Frauen volles Gehalt 8 Wochen vor- und nach der Geburt des Kindes, Säuglingsheime in allen Fabriken besonderer Zuschlag für die Frauen, die ihre Säuglinge selbst stillen usw. Das Ergebnis ist, ganz erstaunliche Abnahme der Kindersterblichkeit in den Industriegebieten. In kultureller Beziehung eine Abnahme des Analphabetentums. Stipendien für proletarische Studenten und überhaupt Studienmöglichkeiten für sie. Verbreitung des Radio auf dem Lande, gewaltige Mittelanwendung für die Naturwissenschaft usw.

Klassenkampf gegen das Privatkapital

Der sozialistische Aufbau bedeutet gleichzeitig den Klassenkampf gegen das Privatkapital, überhaupt gegen die Privatindustrie und auch gegen das Kleingewerbe. Auch hier haben wir bereits Erfolg. Von der gesamten Rohproduktion entfielen auf das Privatkapital und Kleingewerbe im Wirtschaftsjahre 1923-24 — 27 Prozent, im folgenden Jahre 17 Prozent und in diesem Jahre voraussichtlich 13 Prozent; im Handel dieselbe Entwicklungsrichtung. Der Anteil des Privatkapitals ist von 21,8 Prozent auf 9,4 Prozent gesunken. Im Detailhandel von 41 Prozent auf 24 Prozent. Die Hauptrolle dabei spielten die Genossenschaften die Leitung des Staatshandels und eine Planmäßigkeit in der gesamten Wirtschaftsarbeit. Im letzten Jahre hat auch die Besteuerung des Privatkapitals eine bedeutende Steigerung erfahren, wurde der Eisenbahntarif für das Privatkapital gesteigert, besondere Verhaltungsmaßregeln eingeführt.

Die Bauernfrage

Die Ueberwindung des Privatkapitals in ständig zunehmendem Tempo, der Aufbau des Fundaments, die Basis des Sozialismus, insbesondere die Industrialisierung darf natürlich nicht so wie in der kapitalistischen Welt zum Ruin der mittleren Bauernschaft, zur Proletarisierung des Mittelbauern führen, sondern zur Hebung des wirtschaftlichen Niveaus der armen und mittleren Bauernmassen, das ist die leninistische Linie. Billiger produzieren als der Kapitalist, um so die Bauern, zur Wahrung ihrer eigenen Interessen zur Gesolgschaft mit den Kommunisten zu zwingen und so ein Bündnis zwischen Stadt und Land herzustellen. In dieser Frage nahm die russische Opposition eine andere Auffassung ein ich sage ausdrücklich, nahm ein, denn es sehe nt, daß sie gegenwärtig nicht mehr so denkt. Die Opposition hatte ja prophezeit, daß mit der Entwicklung des Kulakentums in der Sowjet-Union große politische Konflikte und Komplikationen eintreten müßten. Die Opposition sagte, daß wenn man ihren Kurs nicht befolge, würde es zu einem verschärften Warenhunger kommen, der schwere politische Folgen nach sich ziehen würde. Es kam ganz anders. Aber

Stabilisierung und Weltrevolution

Auf unserem Plenum wurde dann sehr gründlich die Frage der relativen Stabilisierung in einigen kapitalistischen Ländern besprochen. Und auch hier in der Diskussion ist diese Sache besonders durch Vorstöße der ultralinken Genossen wieder zur Besprechung gekommen. Hier bin ich in einer Verlegenheit. Soll ich wirklich versuchen, zu beweisen, daß hier in Deutschland eine relative Stabilisierung existiert? (Zurufe: Sehr gut!) Ich glaube, bei Ihnen ist das überflüssig, zu beweisen. Und zweitens: die deutschen Proleten, die in Deutschland arbeiten die die große, noch nie dagewesene kapitalistische Konzentration sehen, die den Druck des konzentrierten Kapitals auf ihren Nacken fühlen und die Durchführung der Rationalisierung, die ja auch ein Stück Stabilisierung ist, sie verstehen die Sache. Sie bestreiten nicht die Tatsache der relativen Stabilisierung.

Das steht nicht im Widerspruch mit der Anerkennung der Tatsache, daß in einigen kapitalistischen Staaten im Vergleich mit den Jahren 18/21 eine relative Stabilisierung besteht. Es ist als ganze Epoche jetzt eine Epoche der proletarischen Revolution, der Revolution, der Kriege, der Kolonialkriege, auch der imperialistischen Kriege. Das ist das Charakteristikum dieser ganzen Epoche. Nicht nur in dem Sinn, daß die Kapitalisten in dieser Epoche große Schwierigkeiten haben, sondern daß sie sogar unlösbare Probleme vor sich haben. Das ist klar und ohne weiteres anzuerkennen.

Aber gegenwärtig ist in einigen Ländern die relative Stabilisierung eine Tatsache. Diese Tatsache ist sehr schlecht, sie ist sehr unangenehm. Es wäre uns lieber, daß es nicht so wäre. Aber wir können nicht an Stelle von Tatsachen unsere Wünsche stellen, wenn wir ernste Politik führen sollen. Es gibt auch viele andere unangenehme Tatsachen für uns. Auch die Tatsache, der Existenz des Kapitalismus, das ist auch eine verfluchte Tatsache. (Sehr gut.) Nur der der nicht versteht, oder nicht sonst verstehen will, in richtiger Weise einen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung zu führen, nur der hat eine Lust, diese Tatsache zu bestreiten.

Natürlich, ich sage nicht, daß alle diejenigen Leute in der Welt, die die kapitalistische Stabilisierung nicht nur nicht die absolute, sondern die relative anerkennen, bessere Leute sind, als Weber und Kötter. Mir ist viel lieber, zu hören daß Kötter und Weber hier die relative Stabilisierung bestreiten als zu wissen, daß Maslow diese Stabilisierung auf diese Jahrzehnte zynisch prophezeite. Aber dieses Geschrei von Kötter und Weber gegen die Existenz der relativen Stabilisierung beweist nur, daß sie einfach nicht imstande sind, wie man in richtiger Weise unter diesen Umständen der relativen Stabilisierung eine revolutionäre Arbeit, eine revolutionäre Aktivität entfalten kann und [illegible] soll.

Genossen, als ich hier hörte, in wie verzweifelter Weise z. B. Genosse Weber zu beweisen versuchte, daß keine relative Stabilisierung da ist, so kam mir eine ganz merkwürdige Jugenderinnerung. Zuerst Erinnerungen an das Sprichwort: Viel Geschrei und wenig Welle (Lebhaftes: Sehr richtig.) Besonders wenig Welle, wenn man nicht angeben kann, den Kampf richtig zu führen. Wir hatten zu Hause — ich bitte um Entschuldigung daß ich diese Anekdote erzähle — ein großes, schwarzes Schwein. Ich bin aus Neugierde vor diesem Ungetüm im Schweinestall auf den Zaun geklettert und bin heruntergefallen zu dem Ungetüm. Ich habe natürlich das gemacht und die Kinder von drei Jahren machen. Ich habe die Augen zugemacht und geschrien. (Stürmische Heiterkeit, Händeklatschen.) Die erwachsenen Leute haben mich gerettet. Aber das schwarze Schwein war nicht sehr beunruhigt wegen meines Geschreis. Zuerst hat man diesen meinen Gegner nicht nur geschlachtet, sondern sogar gefressen. (Erneut große Heiterkeit.) Dann sie haben mich man ins Auge sehen, mit offenen Augen, wenn sie auch häßlich aussehen, noch so schrecklich sind. Man darf nicht durch die Schwierigkeiten erschrecken, auch nicht gegenüber der ganz unangenehmen Tatsache, der ganz schweinischen Tatsache, der kapitalistischen Stabilisierung. (Stürmischer Beifall.)

Wir stellen hier gegenüber uns [illegible] Arbeit und unsere Losungen: Die sozialistische Revolution. Wir arbeiten zielbewußt für diese, zur Vorbereitung dieser Revolution.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0014

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 9. März 1927 | 7. Jahrgang * Nr. 57

Kriegstagung des Völkerbundes

Halle, 9. März.

Chamberlain hat vor der internationalen Pressekanaille gestern eine Rede gehalten, die neben den üblichen Friedensphrasen eine neue Hetze gegen die Sowjetunion enthielt. Auf die Frage nach dem gegenwärtigen Stand der englisch-russischen Beziehungen erwiderte der englische Außenminister: „Diese sind sehr schlecht. Das kann auch nicht anders sein, wenn es sich um eine Regierung handelt, die mit einer anderen diplomatische Beziehungen unterhält und gleichzeitig eine Politik offener Feindseligkeit gegenüber der anderen Regierung verfolgt."

Das oberste Ziel des englischen Imperialismus ist die Herstellung einer einheitlichen Front der bürgerlichen Staaten gegen die Sowjetunion. Dieses Ziel zu erreichen ist nicht leicht, denn die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Randstaaten, zwischen Deutschland und Polen, zwischen England und Frankreich, Frankreich und Italien lassen sich nicht ohne weiteres überbrücken. Seit Jahr und Tag laboriert der britische Imperialismus daran, diese Einheitsfront herzustellen. In Genf wird der Versuch gemacht, durch ein großzügiges diplomatisches Manöver Deutschland in die Antisowjetfront endgültig und restlos einzugliedern. Dieser Versuch wird durch drei nebeneinander herlaufende Aktionen unterstützt:

1. Gewinnung Mussolinis für den Krieg gegen die Sowjetunion. Die heute eingetroffenen Nachrichten besagen, daß Italien den sogenannten bessarabischen Vertrag ratifiziert. Was bedeutet dies? Im Jahre 1921 haben England, Frankreich, Italien und Japan mit Rumänien ein Abkommen getroffen, das dem imperialistischen Vasallenstaat Rumänien den Besitz von Bearabien garantiert. Dieser Raubvertrag, gegen den die Sowjetregierung den schärfsten Protest erhoben hat, wurde bis jetzt von Italien und Japan nicht ratifiziert, d. h. der Vertrag wurde von diesen beiden Mächten nicht endgültig anerkannt. Wenn nun Mussolini gerade auf der Genfer Tagung den Beschluß der Ratifizierung mitteilen läßt, so bedeutet dies einen weiteren demonstrativen Schritt zur Einkreisung der Sowjetunion. Gleichzeitig wird damit auf Deutschland ein Druck ausgeübt, um alle Vorbehalte aufzugeben, und den geplanten Feldzug gegen die proletarische Republik nicht nur durch wohlwollende Neutralität, sondern durch aktive Teilnahme zu unterstützen. Es ist noch nicht klar, welchen Preis Mussolini für seine Dienste erhalten hat. Jedenfalls wird er nicht umsonst die Pläne Chamberlains durch die Ratifizierung des Raubvertrages gefördert haben.

2. Gewinnung Frankreichs für die Kriegsfront. Die bürgerliche Presse Englands stellt mit großer Genugtuung fest, daß die französische Regierung sich dem englischen Standpunkt in der Frage der Beziehungen zu Sowjet-Rußland bedeutend genähert habe. Diese Wendung in der französischen Außenpolitik wird darauf zurückgeführt, daß der Sieg der nationalen Revolution in China in Frankreich Unruhe und Bestürzung hervorgerufen habe. Die französischen Imperialisten befürchten, daß die revolutionäre Bewegung auf die französischen Kolonien in Hinderindien übergreifen könnte, und schwenken in die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland ein.

3. Polnisch-litauische Annäherung. Die englischen Geschäftsträger in Riga und Polen entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um das größte Hindernis einer Einheitsfront der Randstaaten, den polnisch-litauischen Gegensatz, zu beseitigen. Man spricht von einer finanziellen „Hilfe" in der Form einer Anleihe an Litauen. Der Zweck dieser Anleihe soll darin bestehen, Litauen zur Aufgabe seiner Ansprüche auf Wilna zu bewegen. Der Besitz von Wilna ist ein Lebensinteresse für Litauen und darum fällt es den gegenwärtigen faschistischen Machthabern nicht leicht, den Raub Wilnas durch Polen ein für alle Mal hinzunehmen. Aber auch hier zeigt es sich, daß die Faschisten überall bereit sind, berechtigte nationale Ansprüche gegen Geld preiszugeben. Neben der Korruption spielen die Versprechungen auf eine Vergrößerung Litauens, die auf Kosten Sowjet-Rußlands erfolgen soll, eine Rolle in den jetzigen Verhandlungen.

Diese drei Aktionen zeichnen die Linie vor, für die der englische Imperialismus Deutschland gewinnen will. Teils werden Deutschland „anfeuernde Beispiele" vorgehalten, teils wird ein Druck auf Stresemann ausgeübt. Dabei spielt auch die zweite Internationale eine ungeheuer wichtige Rolle. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß Chamberlain, der königliche sozialdemokratische Minister Vandervelde und Stresemann gestern eine Sonderbesprechung abhielten.

Die Genfer Völkerbundstagung enthüllt sich immer deutlicher als eine Kriegstagung, deren wichtigster Tagesordnungspunkt Deutschlands Bearbeitung ist. Es wird hier Politik auf lange Sicht gemacht. Der Krieg gegen die Sowjetunion kann nicht in zwei Wochen, auch nicht in zwei Monaten geführt werden. Damit ändert sich aber in bezug auf die Wichtigkeit der in Genf gefaßten Beschlüsse nichts. Die Gegenaktion des deutschen Proletariats darf nicht um eine Minute verschoben werden. Wenn die Gegenaktion des Proletariats nur in dem Moment einsetzen würde, wo nach allen getroffenen Vorbereitungen der Feldzug der imperialistischen Räuber gegen die sozialistische Republik beginnt, so würde sie zu spät kommen. Ein neuer 4. August 1914 soll aber verhindert werden! Das ist möglich, wenn das deutsche Proletariat über den Sinn aller Tagesvorgänge aufgeklärt wird.

Es hat nicht viel Zeit zu verlieren!

Kriegsplan gegen die Sowjetunion

Mussolinien gliedert sich in die Front gegen die Sowjetunion ein Deutschland soll auch marschieren!

Bessarabien als rumänisches Staatsgebiet von Italien offiziell anerkannt

Genf, 8. März.

Im Völkerbundsrat teilte heute vormittag der italienische Ratsvertreter Scialoja mit, daß Italien soeben den Vertrag von 1921, betreffend die Zugehörigkeit **Bessarabiens zu Rumänien, ratifiziert habe.** Zur Inkrafttretung des Vertrages fehlt jetzt, nachdem der Vertrag bereits früher von **Fankeich** und **England** atifiziert wurde, nur noch die **Ratifizierung durch Japan.** Die Ratifizierung durch Italien dürfte zweifellos auf **englische Intrigen** zurückzu- [illegible]r Einkreisungspolitik [illegible]n zwischen Rußland [illegible]uf, daß Italien als [illegible] russische Bessarabien [illegible]rkannt hatte. Wenn [illegible]gen seiner früheren [illegible]s eine ausgesprochen [illegible]gt, daß der englische [illegible]iffen ist.

[illegible]erlin, 9. März. [illegible]westija" imstande ist, [illegible]den ausgearbeiteten [illegible]en und die deutsch- [illegible]h diesem Plan soll [illegible]d sich mit einer Re- [illegible]rklären. Dafür soll **Polen Aktionsfreiheit in Litauen und Memel erhalten. Dieser Plan wird auch bereits in der Presse der Randstaaten behandelt und die „Iswestija" fügt noch Einzelheiten hinzu. So soll Polen das Gebiet am rechten Ufer des Dnjepr, einschließlich Odessa, erhalten. Ein neuer unabhängiger Staat soll am linken Ufer des Dnjepr unter Einschluß des Don-Gebietes unter gemeinsamem polnisch-deutschen Protektorat errichtet werden.**

Für diesen territorialen Vorteil müsse Deutschland Polen militärische Hilfe gegen Sowjet-Rußland leisten.

Dieses englische Programm soll in den Kreisen Pilsudskis günstige Aufnahme gefunden haben. Trotz der Dementis Chamberlains bemühe er sich mit großer Energie, eine antisowjetrussische Front herzustellen. In Genf verspreche er Polen und Frankreich Vorteile auf Kosten Deutschlands und Deutschland Vorteile auf Kosten Polens und Frankreichs. Der englische Gesandte in Riga, der gleichzeitig in Litauen und Estland akkrediert ist, habe bei seinem kurzen Besuch in Kowno zur Bildung eines antisowjetrussischen Blocks der baltischen Staaten aufgefordert.

Chamberlain-Vandervelde-Stresemann

(WTB.) Genf, 8 März.

Reichsminister Dr. Stresemann empfing heute nachmittag nacheinander den Besuch Vanderveldes und Chamberlains. Dieser verweilte 1½ Stunden bei Dr. Stresemann. Die für heute nachmittag beabsichtigte Besprechung mit Briand wurde auf morgen verschoben. Außerdem wird Reichsminister Dr. Stresemann morgen eine Besprechung mit dem polnischen Minister des Aeußern haben.

[illegible]tarbeiter vor der Aussperrung

[illegible]ttenberg, 8. März. [illegible]Woche von der Ar- [illegible]Entschließung ein- [illegible] [illegible]beiden Wittenberger [illegible]bisherigen Verlauf [illegible]Die Versammelten [illegible]rauen aus und sind mit den Ausführungen und Vorschlägen des Kollegen Feustel einverstanden. Der Kollege Feustel wird beauftragt, den beiden hiesigen Firmen folgende Forderungen zu unterbreiten:

Da wir uns in einem tariflosen Zustande befinden und die Lebenslage der Arbeiterschaft sich von Tag zu Tag immer mehr verschlechtert, verlangen wir auf Grund des ablehnenden Standpunktes der Arbeitgeber bei den zentralen Verhandlungen folgendes:

1. **Sämtliche Lohnsätze werden ab 1. Februar um 25 Prozent erhöht.**
2. **In der Frage des Manteltarifes gelten die zentralen Forderungen.**
3. **Diese örtlichen Forderungen haben nur solange Gültigkeit, bis die zentralen Forderungen, hinter welchen die Versammelten nach wie vor stehen, ihre Erledigung gefunden haben.**

Sollten diese bescheidenen Forderungen einen ablehnenden Bescheid erhalten, so sind die Versammelten bereit, dieselben mit allen gesetzlichen Mitteln durchzusetzen. Da nur eine geschlossene Arbeiterschaft in der Lage ist, ihre Lebenslage zu verbessern, verpflichten sich die Anwesenden, der Organisation beizutreten und die Nichtanwesenden auch dazu aufzufordern. — Die gewählte Kommission."

Als Antwort verfügten daraufhin die Unternehmer die Aussperrung der Belegschaften zum 26. März.

Streikbeschluß der Belegschaften in Kahla, Blankenhain, Greußen

Am 5. März hat auch die **Kahlaer Porzellanarbeiterschaft** mit 600 gegen 12 Stimmen den Streik beschlossen, da die Direktion der Kahlaer Werke jedes Entgegenkommen ablehnte. Nach einer Kündigungsfrist von 14 Tagen treten in Kahla 18000 Porzellan-Arbeiter in den Streik.

Von der Belegschaft der Porzellanfabrik E. Garsten in **Blankenhain** wurde mit 203 gegen 13 Stimmen der Streik beschlossen. — Des weiteren hat die Belegschaft der Porzellan-Fabrik Karstens in **Greußen** zum Lohn- und Manteltarif Stellung genommen und ultimative Forderungen eingereicht. Bei Ablehnung dieser Forderungen ist mit der sofortigen Aufnahme des Streiks auch für diesen Betrieb auf Grund einer bereits dementsprechend gefaßten Entschließung zu rechnen. Einstimmig wurde beschlossen, **keine einzige Ueberstunde mehr zu machen, auch nicht, wenn dafür 50 Prozent Zuschlag gezahlt wird.**

*

Im Februar fanden in Leipzig Tarifverhandlungen der feinkeramischen Industrie statt. Der Keramische Bund hatte folgende Forderungen aufgestellt:

Neue Lohntafel mit 80 Pf. Mindeststundenlohnsatz für Facharbeiter über 21 Jahre — Frauenlöhne nicht unter 75 Prozent des Männerlohnes. Mindestens 20 Prozent Akkordlohnerhöhung. Ueberstundenverbot, solange Kurzarbeit und Entlassungen vorgenommen werden.

Die Unternehmer verlangten demgegenüber Lohnabbau und Beibehaltung der bestehenden Arbeitszeit für das ganze Jahr 1927, Fortfall des Ueberstundenzuschlags für die 49. bis 54. Stunde, Verschlechterung in der Urlaubsfrage u. a. m.

Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Am 9. Februar tagte ein Schiedsgericht, das nach mehreren Tagen weiterer ergebnisloser Auseinandersetzungen schließlich am 17. Februar die Vertreter des Keramischen Bundes zur Abreise veranlaßte.

Die Steingutarbeiter von Annaburg und vielen anderen Orten haben von der Verbandsleitung entschiedenen Kampf für die aufgestellten Forderungen verlangt und den Streik beschlossen. Die Unternehmer, die sich ihr scharfmacherisches Vorgehen leisten zu können glauben, haben ihrerseits **für den 26. März die Aussperrung der Belegschaften angekündigt,** so daß etwa 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen dann im Kampfe stehen.

Die Arbeiterschaft der keramischen Industrie hat seit 1925 keine Lohnaufbesserung erhalten, obwohl eine gute Konjunktur in der Industrie herrscht. Es gilt, jetzt endlich dem willkürlichen Treiben der Unternehmer Einhalt zu gebieten und der übrigen Arbeiterschaft das Beispiel zu geben, was eine geschlossene Kampfesfront der Arbeiter vermag.

Insbesondere an die **Erwerbslosen** wird der Appell gerichtet: Unterstützt die Steingutarbeiter in ihrem Kampf für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, der auch Euren Interessen entspricht!

Arbeiter und Arbeiterinnen der Steingutbranche! Besinnt Euch, denn es ist festgestellt, daß Ihr die niedrigsten Löhne am Orte habt. Auf die Provokation des Arbeitgeberverbandes gibt es nur eine Antwort: **Hinein in die Organisation, den Fabrikarbeiterverband! Es lebe der Zusammenschluß zum Keramischen Bund!**

Das Gebot der Stunde sei für uns: Einigkeit macht stark, nur die Geschlossenheit der Organisation kann uns eine Verbesserung der Lebenslage bringen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270309-17/fragment/page=0015